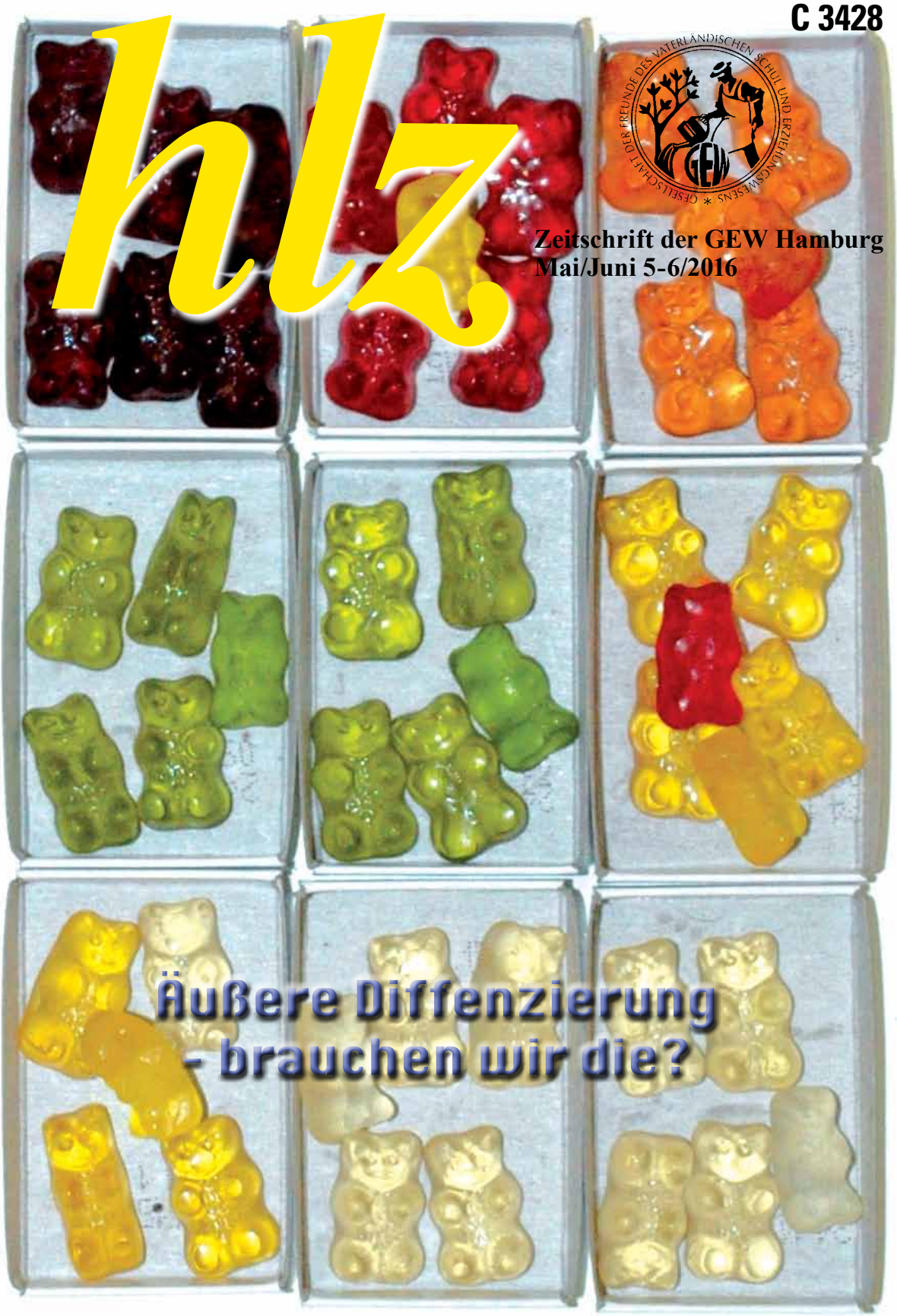
C 3428

hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
Mai/Juni 5-6/2016



Äußere Diffenzierung - brauchen wir die?

BEGRÜSST BITTE HERRN WALTER MÜLLER, DER BESCHLOSSEN HAT, NOCHMAL VON VORNE ANZUFANGEN.

Ende April tagte der Gewerkschaftstag, das höchste Gremium der GEW Hamburg, im Curio-Haus der GEW. Im Mittelpunkt standen Beratungen zur Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher sowie zur schulischen Inklusion. Schulsenator Ties Rabe war zu einem Vortrag mit Diskussion zum Thema Schule für Geflüchtete anwesend.

Bildung für Geflüchtete ist eine große Herausforderung für die Bildungseinrichtungen. Die Bemühungen des Senats und der Schulbehörde bei der Integration der Geflüchteten sind zu begrüßen, dennoch gibt es Probleme, die einer gelungenen schulischen (Aus)Bildung im Wege stehen. Es muss nun darum gehen, so der Beschluss des Gewerkschaftstages, die richtigen Weichen zu stellen, um das Recht auf Bildung für alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen zu verwirklichen. Das bedeutet, eine gleichmäßige Verteilung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in der Stadt und an den Schulen sicherzustellen, eine schnelle Integration in den Regelbetrieb zu fördern, alle Schulabschlüsse für alle zu ermöglichen, das Recht auf Bildung sofort zu verwirklichen, das Kindeswohl in den Vordergrund zu stellen sowie eine gute Personalausstattung zu gewährleisten.

Zugleich haben wir beschlossen, eine solidarische Praxis zu etablieren, indem wir uns institutionell und inhaltlich für Geflüchtete öffnen. Konkret bedeutet dies, Bildungspersonal mit Fluchterfahrung nicht nur als Mitglieder zu werben, sondern aktiv in die Gewerkschaft und in den Arbeitsalltag im Bildungs- und Erziehungswesen einzubeziehen. Das vor Kurzem innerhalb der GEW Hamburg gegründete Netzwerk 'Here to participate!' hat sich zum Ziel gesetzt, Bildungsarbeiter_innen mit und ohne Fluchtgeschichte eine pädagogische Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen und gewährleistet hierfür die nötige strukturelle Unterstützung. Auf dem Gewerkschaftstag haben sich bereits erste Kolleg_innen gemeldet, die sich vorstellen können, jemanden in ihre bzw. seine Schule oder Betrieb mitzunehmen. Auf der Homepage unter „Mitmachen“ – „Arbeitsgruppen“ findet ihr weitere Infos und einen Kontakt.

Auf dem Gewerkschaftstag wurde zudem eine Online-Umfrage zur schulischen Inklusion in Hamburg aus Sicht der Beschäftigten gestartet. Ist die Aufgabe, die insbesondere Grund- und noch stärker die Stadtteilschulen betreffen, noch leistbar? Was sind die größten Mängel bei der Umsetzung der Inklusion, wo sollte schnell nachgesteuert werden? Unter der Fragestellung, wie der Stand der Umsetzung ist, wollen wir herausfinden, was die Beschäftigten denken und wie es um die Akzeptanz der Inklusion unter den Beschäftigten bestellt ist.

Wir rufen alle Kolleg_innen auf, an unserer Online-Umfrage teilzunehmen und uns ihre Erfahrungen mit der Umsetzung der Inklusion mitzuteilen. Ihr findet die Umfrage auf unserer Homepage. Auf Grundlage der Ergebnisse werden wir eine Zwischenbilanz „Hamburgs Inklusion – aus Sicht der Beschäftigten“ ziehen und unsere Positionierung zum Thema Inklusion aktualisieren und weiter entwickeln.

Zuletzt möchten wir auf die Mitgliederentwicklung hinweisen, die erfreulicherweise im achten Jahr in Folge positiv ist. Dies verstehen wir auch als eine Bestätigung unserer Arbeit. Wir danken allen Kolleg_innen, die mit dazu beigetragen haben.

Für uns ist sie Ansporn, in unseren Aktivitäten für ein besseres Bildungssystem sowie für bessere Beschäftigungsbedingungen nicht nachzulassen, sondern nachzulegen.

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Jetzt die richtigen Weichen stellen

Foto: hlz

TVÖD **Seite 10**

Knapp unter 5 Prozent werden die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen – darunter zahlreiches pädagogisches Personal – im Endeffekt steigen. Ein Abschluss, der wenig Widerspruch hervorrief.

Gewerkschaftstag **Seite 14**

Die Beschulung der Flüchtlingskinder und die Inklusion standen im Mittelpunkt. Was sonst noch geschah…

Zwischen Baum und Borke **Seite 19**

Die Gruppe des pädagogisch-therapeutischen Personals, kurz PTF, ist in dem Maße gewachsen, wie die Aufgaben an den Schulen vielfältiger geworden sind. Die Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten haben, verlangen Regeln. Dabei fallen die Vorstellungen der Betroffenen und der Behörde nicht selten auseinander.

Triple **Seite 32**

Nicht erst seit dem Einbrechen der Anmeldezahlen an den STS ist bekannt, dass diese Schulform nicht nur die eher Beladenen, sondern im Rahmen der Inklusion auch die besonders Belasteten zu beschulen hat. Nun kommt eine dritte Aufgabe hinzu, die Integration der Flüchtlingskinder. Wie lange wird das Gebäude mit den zwei Säulen das aushalten?

Grafik: Roland von Selzam

GEW

1. Mai
Wer war dabei? 8

TVÖD
Protest lohnt 10

Gewerkschaftstag
Schul-Aufgaben 14

Dienstzeitregelung PTF
So nicht! 19

Magazin

Flüchtlinge
Debatte 20

Quereinsteiger
Mieser Lohn 23

Integration
Außerschulische Unterstützung 24

Abschiebungen
Bei Nacht und Nebel? 26

Schule Moorflagen
Flächenklau 39

Generation Mix
Bericht vom ‚GEW-Salon' 42

Frauen
Reflektieren, orientieren, aktivieren 46

Poetry Slam/M
Kreativität ist überall 48

Gemeinwohlökonomie
Utopie ist machbar 50

Musik
Hamburger Schüler_innen-Konzerte 52

Rezension
Huisken/abgehauen 54

Nazismus
Tag der Befreiung 56

Titel

Brauchen wir äußere Differenzierung? 36

Bildungspolitik

Auszubildende
Geschönte Zahlen 28

Smartphones
Jedem seines 31

Schulstruktur 1
Grundrechte als Phrase 32

Schulstruktur 2
Gastbeitrag aus Schleswig-Holstein 34

Ressourcen
Schulen in besonderen Lagen 40

Offene Jugendarbeit
Abgrenzung von Schule 44

Rubriken

hlz-Notiz 3

Leser_innenbriefe 6

Impressum 55

Rätsel 58

Aus der Kunsthalle 59

GEW-Termine 61

Foto: hlz

Unsortiert — Seite 36

Frei nach Ursus Wehrli, der zunächst Kunst aufräumte und jetzt auch die Welt sortiert, hat uns die Schulleiterin der Ida-Ehre-Schule erklärt, warum sie keine sortenreine Schule will.

Flüchtlinge — Seite 20

Ein Kollege, der sich engagiert für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen einsetzt, fühlt sich missverstanden und diskreditiert von Kritikern, die in der letzten Ausgabe der hlz zu Wort kamen. Eine Replik.

GEW-Salon — Seite 42

Was Schule vorwegnimmt, dass Deutsche Schüler_innen eine Minderheit unter anderen bilden, wird bald schon Alltag in so manchen Städten sein.

Gedenken — Seite 56

Warum es keinen Grund gibt, an der Notwendigkeit des Erinnerns an die Verbrechen der Nazis zu zweifeln, zeigten die Teilnehmer_innen, davon einige Überlebende, zum 71. Jahrestag der Befreiung des KZ-Neuengamme.

Foto: Stefan Gierlich

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg **hlz@gew-hamburg.de** · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Neue Volks-Hochschule

hlz 3-4/2016, S. 28

Statt nostalgisch 70 Jahre zurück auf die Volksschule zu blicken, sollte die GEW der Politik kluge und umsetzbare Vorschläge anbieten. Dabei liefe sie bei Hamburger Parteien jeglicher Couleur offene Türen ein.

So hat Hamburg in den letzten 15 Jahren völlig unproblematisch auf frühere Haupt- und Realschulen eine – ursprünglich gymnasiale – Oberstufe aufgesattelt und hat bei Berufsschulen genau dasselbe getan, dort sogar unter Umgehung des Zentralabiturs, mit zweijähriger allgemeiner Hochschulreife und unter Aufgabe des wichtigsten aller Kernfächer, Deutsch. Die übervollen Gymnasien erreichen gleichzeitig in Überprüfungsarbeiten der 10.Klasse noch Notendurchschnitte von etwa 4+ in den Kernfächern. Alles, was die Papierqualifikationen mehrt, ist in Hamburg umsetzbar; Leistungsniveaus und Notendurchschnitte nähern sich dabei unvermeidbar einander an. Das Hamburger Gymnasium wird von Erziehungswissenschaftlern der Uni – sachlich richtig – ja schon als die neue Volks-Schule bezeichnet. Die Entscheidung über die Wertigkeit der Abschlüsse übernehmen dann noch mehr als früher Arbeitgeber und Universitäten.

Forderung der GEW sollte also die Umwidmung aller Hamburger Schulen in Gymnasien (statt in alte Volks- oder neue Gesamtschulen) sein: dann ließe sich auch viel leichter argumentieren und durchsetzen, dass die Ausstattung aller Schulen einheitlich sein muss. Und: nein, dies ist nicht satirisch gemeint. Mit einem Senator Rabe wäre dieses spätestens in seiner dritten Amtszeit wohl auch durchsetzbar; bei einer so schwachen CDU und einer FDP ohne Suding wohl auch schon vorher.

Mit besten Grüßen
THOMAS MARTINI

Danke

hlz 3-4/2016, S. 56

Lieber Kollege Geffers,
für Deine Rede bei der Präsentation von Delos Buch danke ich. Du hast gelernt und bekennst das öffentlich. Auf so eine Stellungnahme von wem auch immer habe ich lange gewartet. Als GEW sind wir keine Partei, aber jedes Mitglied hat natürlich eine politische Position. Wenn aber aus politischen Gründen Verbrechen vertuscht werden, ist jeder Meinungsautausch und damit die innergewerkschaftliche Meinungsbildung vergiftet.

Da ich als ehemaliger Vorsitzender weder ein Besserwisser noch ein Ehren-GEWler sein möchte, habe ich mich völlig aus der GEW-Politik zurückgezogen, später auch – wegen mangelnden Kontakts in die Bildungseinrichtungen hinein – aus der Bildungspolitik. Ich beschäftige mich jetzt als Historiker mit der Geschichte der 'Eliten' im Hessen der Frühen Neuzeit, ein bisschen auch mit Adolf Reichwein. Das Mitglied Wunder blättert daher die hlz meist nur noch durch. Delos Artikel zum Verhalten einzelner Lehrkräfte in der Nazizeit habe ich immer gelesen. Delo hat damit etwas Hervorragendes geleistet. Ich gewann nie den Eindruck, dass Delo der eifernde Verurteiler war; er beschreibt sachlich, was herauszufinden war, und wertet auch eindeutig.

Danke, dass Ihr ihn unterstützt habt. Deine Rede passt zu diesem Buch.

Mit kollegialen Grüßen
DIETER WUNDER

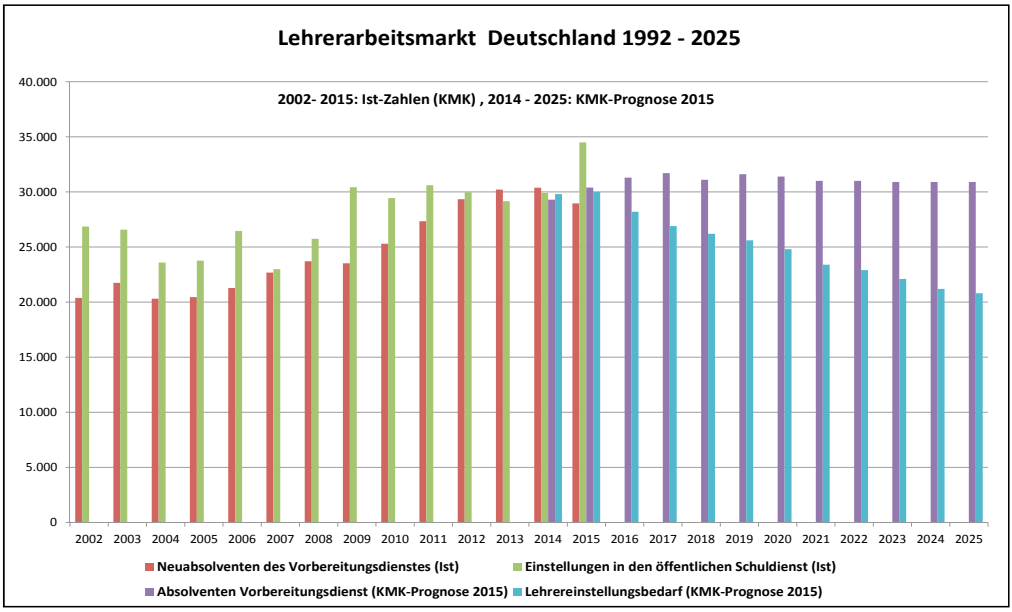
Falsche Fragestellung

hlz 3-4.2016, S. 56

„Wie hätte ich gehandelt?“ Die Überschrift hätte lauten müssen: „Welche Handlungsmöglichkeiten hatte ich?“

Ein amerikanischer Wissenschaftler hat zu diesem Thema vor ein paar Jahrzehnten die These aufgestellt, dass Menschen u.a. bei Exekutionen nicht auf Menschen schießen mussten. (… Aber) die Schulkinder hatten (..) die Straßen zu säumen und „Heil, Heil, Heil“ zu rufen, wenn Hitler (..) vorbeifuhr. Das musste ich als Schüler der Schule Meerweinstraße mitmachen. Obwohl die Mehrheit der Lehrer wusste, dass unser Vater im Stadthaus ermordet worden war und unsere Mutter wegen Vorbereitung zum Hochverrat vorbestraft war. (…) So etwas wie Zivilcourage hatte keinen Platz im 3. Reich. Zivilcourage bedeutet eigenverantwortlich zu handeln. Es war mit ein Grund, dass nach 1945 fast alles verdrängt und verschwiegen wurde und dass auch noch heute geschwiegen wird. (… Wenn) die genannten Lehrer innerlich Monster waren, dann war der Staatssekretär des Bundeskanzlers Adenauer das deutsche Obermonster! Und was waren all die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die Hitler das Ermächtigungsgesetz „geschenkt“ haben?

JENS-PETER BURMESTER
Ruheständler



Quelle: GEW-Hauptvorstand

Bitte weiterreichen an alle Abiturient_innen – immer mit dem Zusatz: Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast.

Eigenlob stinkt

hlz 3-4/2016, Seite 35

Bezugnehmend auf die Erkenntnis von Peter Tränkle, dass bei der Umsetzung der Inklusion auch die „Lebenschancen in einer zunehmend unsolidarischen Gesellschaft ... nicht reflektiert (wurden)“, wäre zu ergänzen, dass Senat und BSB offensichtlich kein Interesse haben, diese gesellschaftliche Fehlentwicklung gründlich zu korrigieren. Anders ist der seit zumindest zehn Jahren beständig hohe Anteil in Armut lebender bzw. von Armut bedrohter Kinder und Jugendlicher in Hamburg nicht zu erklären. Der BSB scheint es wichtiger, die Entwicklung der Armutsquote 'schön(er)' zu reden. So wird im Newsletter der BSB vom 26. Februar 2016 auf den leichten Rückgang der Armutsquote in Hamburg gegenüber dem Vorjahr verwiesen und als ein Grund dafür: „Vor allem der Ausbau kostenloser Betreuungsangebote in Kita und Schule hat die positive Entwicklung in Hamburg gefördert.“ – Wer freut sich nicht über das Eigenlob der BSB?

Doch gilt im Umkehrschluss dann auch, dass die im Jahr 2013 enorm angestiegene Armutsquote auf einen (nicht realen) zwischenzeitlichen Abbau der Ganztagsbetreuung zurückzuführen ist?

...Im Übrigen erweist sich die Darstellung der BSB als halbe Wahrheit oder als: Propaganda. Im Berichtszeitraum ist in Hamburg die absolute Zahl der Kinder unter 15, die Hartz IV beziehen, um 0,7 Prozent gestiegen. In Hamburg leben 21,3 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut oder sind von Armut bedroht (!) – trotz des von der BSB reklamierten Ausbaus der Ganztagsbetreuung!

Dabei ist die Korrelation zwischen Armut und Armutsgefährdung einerseits und dem deutlich erhöhten Auftreten von (sonder)pädagogischem Förderbedarf (LSE-Förderbedarfen) andererseits signifikant. Der sozialdemokratische Tanker hat sich vermanövriert.

„Meine Vorlesung zu ‚Heterogenität und Unterricht‘ im dritten Semester beschließe ich mit einem Diktum, mit dem ich auch diesen Vortrag beenden möchte: Inklusive Schulentwicklung in einer gespaltenen Stadt reflektiert die alltäglichen Erfahrungen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen, dass nämlich ihre Pädagoginnen und Pädagogen kommen und gehen – ihre Lebenslagen aber nun mal bleiben.“

Prof. Joachim Schroeder am 29.4.16 auf der Veranstaltung „Inklusive Bildung in Hamburg – ein Armutszeugnis?“

STEPHAN STÖCKER,
Goethe-Schule-Harburg

Basketball!

Freizeitgruppe in der HafenCity sucht Mitspieler_innen ab ca. 40 für Spielspaß am Freitag Abend.
Kontakt: Manni
0176-24005580 (ab 16 h)

Nicht vergessen – GEW-Solidarität

Fotos: Stefan Gierlich/hlz

Junge Gewerkschafter_innen gucken über den Tellerrand

1.MAI 2016

So kann es gehen

Bestes Wetter und kreative Transparente – Zeit für Solidarität bei der Mai-Demo

Auch wenn der Kalender 2016 den 1. Mai als echten arbeitsfreien Tag verhinderte, nahmen sich viele Kolleg_innen die ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT. Insgesamt 6500 Menschen beteiligten sich an den drei Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg.

Ohne diese persönliche Bereitschaft, sich Zeit für die gemeinsame Aktion zu nehmen, ließe sich auch in den anstehenden Tarifrunden kein Blumentopf gewinnen. Der DGB signalisierte Optimismus: „Viel erreicht und noch viel vor." Nur eine starke Gewerkschaftsbewegung kann der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen vielen Armen und wenigen Reichen etwas entgegensetzen.

Das gilt gerade am international gefeierten 1. Mai auch beim Blick über die nationalen Grenzzäune. Unsere Vorsitzende Anja Bensinger-

Statt AfD-Angstparolen: Widerstand gegen materielle Verschlechterung

Zufriedene Mienen bei den Spitzen der DGB-Teilnehmer_innen

Solidarität kennt keine Generationen-Grenzen

Senior_innen können anders als Angst

Stolze in ihrer Mai-Ansprache dazu: „Gerade in den letzten Monaten haben viele von euch sich sehr solidarisch mit den Menschen gezeigt, die bei uns vor Krieg, Gewalt, Hunger und Not Zuflucht suchen. Viele von Euch haben sich ehrenamtlich engagiert! Die Beschäftigten in den Einrichtungen, Behörden, im Bahnbetrieb und bei der Polizei haben die große Herausforderung angenommen und haben weit über das eigentliche Pensum hinaus gute Arbeit geleistet. Sonst hätte es nicht gelingen können, die geflüchteten Menschen in dieser Weise willkommen zu heißen. Ihr habt gezeigt, wie es gehen kann! Nicht Zäune haben wir errichtet, sondern tatkräftig geholfen und Brücken gebaut. Ihr habt euch eine Menge Zeit für Solidarität genommen. Respekt und Dank an dieser Stelle an Euch!“

STEFAN GIERLICH

Kraftvoll! Esther Bejarano (91) – im Duett mit türkischem Rapper aus Köln

-Gewerkschaften angesichts von 6500

Internationale Begegnung auf dem Asphalt

Kurz und schmerzlos…

... war die Tarifrunde – erst ein Aktionstag vor Dienstbeginn und eine Woche später der eintägige Warnstreik. Aufgerufen hatten ver.di, GEW und der dbb

Fotos: hlz

Am 22. April versammelten sich die Streikenden vor dem Sitz der „Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg“, dem Arbeitgeberverband der Dienstleistungsbetriebe in Hamburg, Beim Neuen Krahn 2, nahe der Speicherstadt.

Die GEW war wieder mit ihrem bewährten Streikerfassungslistenmobil vor Ort, das bei den Kolleginnen und Kollegen aus den Kita- und GBS-Betrieben schon bekannt und gut zu erkennen ist. Dort kann man sich in die Streikerfassungsliste eintragen. Spätestens seit dem vier Wochen andauernden Erzwingungsstreik für eine bessere Eingruppierung im Tarifteil Sozial- und Erziehungsdienst von 2015 wissen die Kolleginnen und Kollegen, dass sie hier ihre mobile Anlaufstelle der GEW finden.

Diesmal trugen alle GEWler_innen Warnstreikwesten, die am Streikmobil ausgegeben wurden. Gut 500 Stück konnten verteilt werden, eine ansehnliche Anzahl, die unter den ca. 2.500 bis 3.000 Streikenden gut erkennbar war.

Unverschämt geringes Angebot

Anders als letztes Jahr, als sich nur die Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozial- und Erziehungsdienst im Streik befanden, waren nun für die allgemeine Tarifrunde auch die anderen Betriebe des öffentlichen Dienstes zum Warnstreik aufgerufen: Stadtreinigung, Theater, Büchereien, Hafenbetriebsgesellschaft, Pflegeeinrichtungen usw. und auch die Kitas und GBS-Kooperationen.

Viele der Redner_innen empörten sich über das unverschämt niedrige Angebot der Arbeitgeber und skandalisierten den geplanten Eingriff in die Zusatzversorgung, der einen Einschnitt in die zu erwartende Zusatzrente darstellen würde.

In der GEW-Geschäftsstelle liefen unterdessen die Telefone heiß, da viele Eltern die Sorge hatten, wieder wochenlang vor geschlossenen Kitas stehen zu müssen.

Auch unter den Gewerkschaftsfunktionären gab es un-

terschiedliche Einschätzungen über die Dauer dieser Tarifauseinandersetzung, da der Eingriff in die Zusatzversorgung unbedingt abgewehrt werden musste.

Der Streiktag war gut verlaufen und bewies die Bereitschaft aller Kolleginnen und Kollegen, sich auch in dieser Tarifrunde an einem möglichen Erzwingungsstreik zahlreich zu beteiligen.

In Potsdam erwartete die Tarifkommissionen der Gewerkschaften eine Überraschung. Das Thema Zusatzversorgung war schnell behandelt, man einte sich schnell. Es hatte sich herausgestellt, dass sich die kommunalen Zusatzversorgungskassen in der großen Mehrzahl gar nicht in der von den kommunalen Arbeitgeberverbänden behaupteten finanziellen Schieflage befanden, im Gegenteil, einige waren sogar finanziell sehr gut ausgestattet. Das machte die Verhandlungen an dieser Stelle sehr einfach. Eine Einigung auf eine gewisse Steigerung wurde nicht ganz so schnell gefunden. Nur die Mehrkosten, die den Arbeitgebern durch die endlich vorhandene Entgeltordnung für den gesamten öffentlichen Dienst entstehen, verzögerten den Abschluss dieser Tarifrunde.

Auch für die Gewerkschaftsseite war nachzuvollziehen, dass die neue Entgeltordnung zum Teil sehr deutliche Verbesserungen enthält, die bezahlt werden müssen. Man einigte sich auf eine Kompensation, die von allen Arbeitnehmer_innen getragen wird: die dauerhafte Absenkung der Sonderzahlung um 4 Prozentpunkte ab 2017.

Nachdem dies in den Tarifkommissionen der Gewerkschaften ausführlich diskutiert worden war, ergaben die Abstimmungen in den Kommissionen eine relativ hohe Zustimmung zu dem Gesamtpaket des Tarifabschlusses.

Die Einzelheiten des Tarifabschlusses können auf den Webseiten nachgelesen werden.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen ist wichtig, dass zu den in 2015/2016 erkämpften strukturellen Verbesserungen im SuE-Bereich diese neue Tarifrunde noch einmal Gehaltserhöhungen wirksam werden lässt. Formal muss dieser Abschluss noch auf Hamburg übertragen werden, was aber wohl nur ein rein formaler Akt sein wird. Bis dahin ist dieser Tarifabschluss in Hamburg noch nicht wirksam.

In der GEW liefen die Telefone heiß. Viele Eltern hatten die Sorge, wieder wochenlang vor geschlossenen Kitas zu stehen

Wie hoch ist der Abschluss tatsächlich ausgefallen?

Mit dem Tarifabschluss ist erreicht worden, dass die Tabellenwerte zum 01. Februar 2017 um 4,81 Prozent erhöht wurden.

11 Monate à 2,4 Prozent plus 1 Monat und danach 2,35 Prozent – das entspricht einem Zugewinn je 1.000 Euro Monatseinkommen in 12 Monaten von 312,06 Euro bzw. einer Steigerung um 2,4191 Prozent für 12 Monate inklusive eingefrorene Sonderzahlung. Wegen des vorgezogenen Februar 2017 ist dies ein etwas höherer Satz, als wenn es eine Steigerung von 2,4 Prozent für 12 Monate ohne Einfrierung der Sonderzahlung gegeben hätte.

Für die ersten zwölf Monate ist der Vergleich von Forderung mit Ergebnis noch relativ einfach, wenn man die weiteren Vereinbarungen außer Acht lässt.

Der Umstand, dass die Sonderzahlung auf den Stand von 2015 eingefroren ist, wird nicht mehr wie in den ersten zwölf Monaten der Laufzeit dieses Tarifabschlusses kompensiert.

Was bedeuten die weiteren Vereinbarungen?

Das Einfrieren der Sonderzahlung auf den Wert von 2015 bedeutet, dass das Gehalt des Monats September 2015 als Grundlage für die Sonderzahlungen in 2016, 2017 und 2018 genommen wird.

Allerdings beträgt die Sonderzahlung in 2016 noch 90/80/60 Prozent des Grundlagenwertes und in den Jahren 2017 und 2018 nur noch 86/76/56 Prozent.

Auch im Jahr 2019 wird das Gehalt von September 2015 zugrunde gelegt und mit den abgesenkten Werten errechnet, allerdings mit der ab 2019 geltenden Dynamisierung.

Den Wert einer endlich vorhandenen Entgeltordnung für den gesamten öffentlichen Dienst mögen andere beziffern, dass diese auch für die Kolleginnen und Kollegen z.B. aus den Pflegeberufen zusätzlich deutliche Erhöhungen bringt, ist zu begrüßen und wird selbstverständlich solidarisch mitgetragen.

So wirkt sich prozentual die Kompensation durch die Absenkung der Sonderzahlung aus:

- Bei der Minderung von 12,9 auf 12,86 Gehälter beträgt die Minderung 0,31 Prozent des ursprünglichen Gesamteinkommens (ohne LOB).
- Bei der Minderung von 12,8 auf 12,76 Gehälter beträgt die Minderung 0,3125 Prozent des ursprünglichen Gesamteinkommens (ohne LOB).
- Bei der Minderung von 12,6 auf 12,56 Gehälter beträgt die Minderung 0,3175 Prozent des ursprünglichen Gesamteinkommens (ohne LOB).

Richtig ist die Aussage, dass auch am Ende der Laufzeit dieses Tarifabschlusses die Tabellenwerte dauerhaft um 4,81 Prozent erhöht wurden. Richtig ist aber auch die Aussage, dass das Gesamteinkommen durch die Absenkung der Sonderzahlung dauerhaft um 0,31 Prozent (bzw. 0,3125 Prozent oder 0,3175 Pro-

Wir arbeiten nicht, bis wir tot umfallen – Protest jetzt

zent) verringert wurde.

Diese beiden Prozentzahlen können zusammengerechnet werden, sodass die Aussage: „Am Ende der Laufzeit wird eine Erhöhung von 4,5 Prozent des zukünftigen Einkommens erreicht“, zutreffend ist, sofern der Umstand des Einfrierens der Sonderzahlung auf den Stand von 2015 nicht berücksichtigt wird.

Wie lässt sich dss Einfrieren in Prozent ausdrücken?

Für 2016 und 2017 lässt sich das Einfrieren errechnen, aber für die darauffolgenden Jahre kann nur gesagt werden, dass es wieder Tariferhöhungen geben wird. Über die Höhe lässt sich allerdings keine sinnvolle Aussage treffen, noch kann ausgeschlossen werden, dass wieder über die Sonderzahlung verhandelt wird.

Für den jetzigen Tarifabschluss ist festzuhalten, dass die Auswirkung des Einfrierens der Sonderzahlung 2016 auf dem Stand von 2015 durch das Vorziehen der zweiten Erhöhungsstufe um einen Monat mehr als aufgefangen wird. Laut Tarifjargon haben wir ein Ergebnis von 4,81 Prozent, bzw. 4,5 Prozent erzielt.

Wenn wir berechnen, wie viel Geld wir am Ende der Laufzeit dieses Tarifabschlusses mehr in der Tasche haben als ohne Tarifabschluss, so sind es am 28. Februar 2018 im Vergleich zum 29. Februar 2016 mehr als 3,29 Prozent, die sich in den zwei Jahren Laufzeit ansammeln konnten.

Welches Vokabular auch zur Anwendung kommt: es gibt mehr Geld und es ist mehr als nur ein Inflationsausgleich. Ein vertretbarer Abschluss, wenn alle Details betrachtet werden: Verbesserungen in Geld und Urlaubstagen für die Auszubildenden, Angleichung der Ost-Länder an die Westländerzahlung, (dies ist in der Entgeltordnung neu formuliert: es wird zukünftig stufengleich höhergruppiert), Verlängerung der bisherigen flexiblen Vorruhestandsregelung (FALTER) und einiges mehr. Es ist kein Ergebnis der Superlative, aber eines, das wir akzeptieren können.

JENS KASTNER, Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe

NEU
Erhältlich in der GEW-Geschäftsstelle

Broschüre Kindheitspädagogik

Seit über einem Jahr treffen sich angehende Kindheitspädagog_innen der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) sowie Kindheitspädagog_innen in Beruf oder Weiterbildung in der Arbeitsgruppe Kindheitspädagogik der GEW Hamburg.

Das Anliegen der Arbeitsgruppe besteht darin, sich für die Belange der Hamburger Kindheitspädagog_innen einzusetzen und andere Akteur_innen des pädagogischen Arbeitsfeldes darüber zu informieren, welche Kompetenzen die Qualifikation der Kindheitspädagog_innen umfassen. Dazu hat die AG eine Broschüre verfasst, die sich an Dachverbände, Trägervertreter, Behörden und weitere Interessierte richtet.

Vom eigenem Gehalt leben können

Eckpunktepapier zwischen BASFI und Kita-Trägern führt in Trippelschritten zu einer besseren Personalausstattung in der Krippe

2013 / 2014 haben die Beschäftigten der Kitas, unter Führung des Kita-Netzwerks, in großen Aktionen klargemacht, dass eine bessere Personalausstattung in Kitas unerlässlich ist. Die gestiegenen Anforderungen, die mittelbare pädagogische Arbeit, ausreichende Vorbereitungszeiten und die hohen Ausfallzeiten verlangen mehr Pädagogische Kräfte. Die Vertreter_innen der Träger und Verbände nahmen daraufhin die Verhandlungen mit der BASFI auf. Als Ergebnis kam Ende 2014 das sogenannte Eckpunktepapier heraus und führte damit zu einem relativ ruhigen Wahlkampf.

Auszüge aus dem Eckpunktepapier

Im Wesentlichen sieht das Eckpunktepapier vor, dass die Personalausstattung der Krippenkinder bis 24 Monate zum 01.08.2015 um 10 Prozent erhöht worden sind. Zum 01.08.2017 sollte die Erhöhung für die Kinder zwischen 24 und 36 Monate verbindlich erfolgen. Die Verhandlungsparteien hielten die Absicht fest, bis zum Jahre 2019 eine Personalausstattung in der Krippe von 1:4 zu erreichen. Falls zusätzliche Mittel durch den Prozess gegen das Betreuungsgeld vom Bund kämen, sollten die Verbesserungen beschleunigt werden. Das Papier beinhaltet eine Klausel zu Nachverhandlungen, wenn Träger Kosten, wie z. B. Tarifabschlüsse, nicht finanzieren können.

Regierungsparteien legen das Eckpunktepapier anders aus

Am 23.03.16 auf der Diskussionsveranstaltung des Kita-Netzwerks wurde deutlich, dass die familienpolitischen Sprecher_innen von SPD und Grünen das Papier anders interpretieren. Sie erklärten, die Beschäftigten in Kitas hätten Pech gehabt, weil die Träger schlecht verhandelt hätten. Das ganze Papier stehe unter dem Vorbehalt zusätzlicher Gelder vom Bund. Positiv sei, dass die zweite Rate im Koalitionsvertrag auf den 01.08.2016 vorgezogen worden sei. Trotz des gewonnenen Prozesses um das Betreuungsgeld kämen die Gelder vom Bund nicht in der erwarteten Höhe. Deshalb würden die weiteren Verbesserungen nicht umgesetzt. Im Gegenteil, ein Teil der Gelder vom Bund werde sogar in den weiteren Platzausbau fließen, statt in die vereinbarten Personalverbesserungen (Quantität vor Qualität).

Umgang mit den Beschäftigten der Kitas ist unredlich

Die Mitglieder der GEW-orientierten **O**ffenen **L**iste (DOL) sind der Ansicht, dass die Beschäftigten im Kitabereich sich nicht länger auf Verhandlungsergebnisse der Träger mit der Behörde verlassen können. Die Folgen unzureichender Verhandlungstaktiken tragen sie. Den Interessenvertretungen der Beschäftigten bleibt nichts anderes übrig, als häufiger die rechtliche Verbindlichkeit von solchen Papieren prüfen zu lassen, um vor bösen Überraschungen gefeit zu sein.

Foto: hlz

Die **O**ffene **L**iste und die Beschäftigten in den Kitas wollen von der neuen Sozialsenatorin Frau Leonhard wissen:

- Was tun Sie, damit das Ziel bis zum Jahr 2019 eine Personalausstattung in der Krippe von 1:4 auch erreicht wird?
- Wie ist Ihre Einschätzung zur Verbindlichkeit von Vereinbarungen wie dem Eckpunktepapier?
- Was tun Sie, damit die Zusage, dass Tarifabschlüsse finanziert werden, auch eingehalten wird und die finanzielle Grundlage von Kitas nicht geschwächt wird?

Tarifgerechte Bezahlung ist Voraussetzung, damit der Beruf der Erzieherin attraktiver wird und die Kolleg_innen von ihrem Gehalt leben können.

Tariftreue Träger dürfen nicht länger benachteiligt werden, sondern müssen ihre realen Personalkosten von der Sozialbehörde refinanziert bekommen.

SABINE LAFRENTZ
Vereinigung Betriebsrat

Der Sachzwang regiert

Im thematischen Mittelpunkt unseres höchsten beschlussfähigen Gremiums stand neben der Inklusion die Beschulung der Flüchtlingskinder

Starredner auf dem Gewerkschaftstag war ohne Zweifel Senator Rabe. Ihm gelang es, durch die Darstellung der eigenen Erfahrungen das Persönliche mit dem Ganzen zu verbinden. So erzählte er von seiner Kindheit in Börnsen, als dort zwei Kinder einer Flüchtlingsfamilie auftauchten. Die einzigen in der ganzen Schule. Man riss sich um sie! Heute, das müsse an dieser Stelle mal gesagt werden, meinte der Senator, habe Hamburg im Bund den mit Abstand größten Anteil, nämlich 45 Prozent, an Kindern mit Migrationshintergrund – mit steigender Tendenz; gefolgt von Bremen mit 40, Berlin 35, Schleswig-Holstein 12 Prozent und Thüringen mit 2 Prozent. Warum das so sei? Da gebe es den ‚Königsteiner Schlüssel', der überproportional die Fläche und nicht die Zahl der Einwohner_innen als Maßgröße für die Zuteilung der Flüchtlinge zugrunde lege. Bei dieser Schilderung erübrige sich fast der Hinweis, dass dies die Stadt in besonderer Weise herausfordere.

So eingestimmt konnte die Zuhörerschaft nur noch kopfnickend der Sachzwanglogik folgen. Sprich: es gibt auch in Sachen Flüchtlinge keine anderen Lösungen als die jetzt vom Senat angestrebten. Wenn man dem Senator Glauben schenken will, dann hat die Regierung alles getan, um der postulierten positiven Willkommenskultur Rechnung zu tragen. Unter den gegebenen Voraussetzungen heiße dies eben, dass man sie dort untergebracht habe, wo es überhaupt möglich sei. Und dies seien eben nicht die urbanen Stadtteile, sondern jene, in denen Freiflächen existierten. Oft an der Peripherie, nicht selten in sozial belasteten Gebieten. Diese soziale Schieflage setze sich dann in der Verteilung der zu beschulenden Flüchtlingskinder fort. Konkret: In Schulen mit KESS 1 und 2 – also stark belastet – seien 42 Prozent der Kinder untergebracht, in Schulen mit KESS 3 und 4 seien es 32 Prozent und in den Schulen im Speckgürtel – der Senator sprach natürlich von Schulen mit KESS-Faktor 5 und 6 - seien es 25 Prozent. Man wolle dies ändern in Richtung Gleichverteilung. Dies allerdings schlösse dann längere Schulwege mit ein und die Aufgabe der freien Schulwahl.

Gleichverteilung heiße auch, dass Stadtteilschulen wie Gymnasien die gleiche Last zu tragen hätten. Auch davon sei man weit entfernt, weil die Gymnasien aufgrund des Anmeldeverhaltens der Eltern schon jetzt überfüllt seien, während es in Stadteilschulen oft noch Raumkapazitäten und auch mehr Freiflächen gebe. Dies zu ändern fordere die Bereitschaft aller Beteiligten. Integration funktioniere nur dann, wenn alle mitmachten, so das Credo des Senators.

Man sei stolz darauf, dass es durch 650 Neueinstellungen gelungen sei, den Lehrer_innen- /Schüler_innenschlüssel mit 1:11,5 günstig zu halten. Wenn das irgendwo nicht der Fall sei, würden die Schulen die Stunden anders verteilen als vorgesehen. Man sei stolz darauf, dass man es geschafft habe, die Unterbringung in Turnhallen, so sie denn von den Schulen gebraucht würden, zu vermeiden und schließlich sei es gelungen, anders als in vielen anderen Bundesländern, die Flüchtlinge in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen (ZEA's) sofort zu beschulen. Und dies unabhängig von ihrer Bleiberechtsperspektive.

Und – auch hier verwies der Senator auf sein unmittelbares Einwirken – es sei gelungen, über das LI allen derzeit zu be-

Fotos: hlz

Stolz auf das Erreichte (Senator Ties Rabe)

schulenden Flüchtlingen einen Ordner mit Unterrichtsmaterial und einen anderen mit, er nannte es, Lebensorientierung in ihren Klassen zur Verfügung zu stellen.

Alles gut?

So viel des Guten, da blieb nach Applaus nur wenig Raum für kritische Fragen. Aber sie blieben nicht aus. So verwies unsere Vorsitzende darauf, dass es angesichts des psychischen Elends der vom Krieg Gezeichneten nach wie vor wenig Konzepte und personelle Kapazitäten gebe, um den Traumatisierten zu helfen. Der Senator widersprach nicht.

Eine Kollegin, die an einer Berufsschule in die Beschulung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge involviert ist, verwies darauf, dass viele Neueingestellte nicht über die volle Qualifikation eines Lehrers/ einer Lehrerin verfügten. Die Bezahlung reiche runter bis zu E9, was eine Spaltung der Kollegien befördere. Rabe verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass bei dieser Flüchtlingsgruppe 20 Prozent noch nie in eine Schule gegangen seien. Das heiße, sie könnten in der eigenen Sprache weder lesen noch schreiben! Da sei sozialpädagogische Kompetenz mindestens so wichtig wie originär pädagogische. Er verspreche sich in diesem Zusammenhang viel von dem auch bundesweit hoch gelobten Konzept der Allgemeinen Berufsvorbereitung für Migrant_innen (AV-dual-M). Sie ermögliche eine so früh wie möglich über Praktika eingefädelte berufliche Orientierung, die gleichzeitig die Steigerung der sprachlichen Kompetenz mit einschließe.

Ins Allgemeine konnte der Senator sich nur flüchten, als Ursula Sapel vom Bleiberechtsausschuss der GEW die Abschiebepraxis als moralischen Offenbarungseid des Senats geißelte. Es seien allein dieses Jahr bereits

Der Antrag: „Schule für geflüchtete Kinder", erhielt dank Kai Kobelt und Ute Koch von der Fachgruppe Berufliche Schulen einige Präzisierungen. Der ganze Antrag unter: www. gew-hamburg.de

80 Familien abgeschoben worden, mit Kindern, die hier geboren wurden. Wie könne es angehen, dass Familien bei Nacht und Nebel aus ihren Wohnungen geholt würden und ohne die Möglichkeit, noch rechtlichen Beistand einzufordern, ins Flugzeug gesetzt würden? Vorher hatte Anja Bensinger-Stolze bereits auf den Konflikt verwiesen, dass im Sozialpakt der UNO das Recht auf Bildung für jedes Kind verbrieft sei.

Alles gehe nach Recht und Gesetz zu. Trotz des ja sehr großzügigen Asylrechts sei es nun mal so, dass nicht jede_r, der/die es möchte, auch hierbleiben könne. Hier sprach zugleich der Bürgermeister. Solchen Abschiebungen gehe ein langer Rechtsstreit voraus. Und er, Rabe, habe sich persönlich bei der Innenbehörde über jeden einzelnen Fall informieren lassen, wenn Schulkinder mit im Spiel gewesen seien. Von Nacht- und Nebel-Aktionen könne also keine Rede sein. Ja, das Recht auf Asyl sei ein Menschenrecht und es gelte für diejenigen, denen es zusteht. In einem Nebensatz erwähnte Rabe allerdings auch, dass die Durchsetzung dieses Rechts Zivilcourage verlange. Was dies bedeutet, blieb unausgeführt.

Ebenfalls unbeantwortet blieb die Frage, wie denn die Stadtteilschulen die Aufgabe der Integration der Flüchtlingskinder meistern sollten. Zu den bereits Belasteten und Beladenen käme jetzt, quasi als Triple, die Aufgabe hinzu, die Flüchtlingskinder nicht nur zu beschulen, sondern sie auch gesellschaftlich zu integrieren. Welchen Einfluss dies seiner Meinung nach auf das zukünftige Wahlverhalten der Eltern der Kinder nach Klasse vier haben werde, was unmittelbar die Entwicklungsmöglichkeiten

Schnelle Reaktion

Wenige Tage nach unserem Beschluss auf dem Gewerkschaftstag zur Beschulung von Flüchtlingskindern (einzusehen unter: www.gew-hamburg.de, Beschlüsse), in dem wir die gleichmäßige Verteilung der Kinder auf alle Schulen fordern, kündigte Senator Rabe eine Gesetzesänderung an, nach der die Schulwahl eingeschränkt wird, um dies zu ermöglichen. Rechtlich sicherlich umstritten, weil es keine Sondergesetzgebung geben darf und es deshalb auch u.a. politisch fragwürdig sein dürfte.

Sven Quiring, 2. stellvertretender Vorsitzender, rief dazu auf an der Online-Befragung zur Belastungssituation in Sachen Inklusion teilzunehmen.

So einfach ist das: Startseite www.gew-hamburg.de aufrufen, online-Umfrage anklicken und ankreuzen und/oder sagen, was Sache ist.

der Stadtteilschulen betrifft, ließ der Senator im Dunkeln.

Licht

Nicht im Dunkeln ließ uns der zweite Redner, der Vorsitzende der GEW Bremerhaven Bernd Winkelmann, über die Situation an den Schulen in Bezug auf Inklusion in seiner Stadt. Das klang alles nach einem déja vu! Dort wurde nämlich das 2-Säulen-Modell zwei Jahre vor Hamburg eingeführt und mit ihm die Inklusion. Das ‚Neue Deutschland' orakelte damals:

„Vielleicht wird es dereinst heißen, dass die Schulrevolution in Deutschland in Bremen begann, als sich Ende 2008 im kleinsten Bundesland fast alle Parteien auf ein neues Schulsystem einigten." (ND, 9. Januar 2009).

Von dieser Euphorie sei nicht viel übrig geblieben, so Bernd. Es reiche nicht aus, in Studium und Referendariat verbindliche Module zu „Heterogenität" und „inklusiver Pädagogik" vorzuschreiben. Die Kolleg_innen benötigten praktisch umsetzbare Konzepte, mit denen sie erfolgreich Bildungsprozesse initiieren können. „Nebenbei" schaffe das niemand, Kooperation brauche Zeit, unterstützende Fortbildung müsse präzise angelegt sein. Das alles verlange personelle Ressourcen.

Angesichts mangelnder finanzieller Ausstattung seien einzig die Ansprüche an eine inklusive Bildung geblieben. Selbst die Aussicht auf sinkende Schüler_innenzahlen und die damit verbundene Hoffnung, bei gleichem Personalbestand eine bessere Personalausstattung erreichen zu können, man sprach – noch ganz neo-liberal geprägt – von einer ‚demografischen Rendite',

Hamburger Gewerkschaftstag am 25. April 2016
Wahlergebnisse
3. Schriftführerin
Barbara Geier
1 Beisitzerin
Dr. Claudia Lemke

Antragstellerin Susanne Wulff, Schule Fünfhausen-Warwisch

Beschluss

Die GEW HH befasst sich in geeigneten Formen mit dem Problem **Arbeitszeit auf Klassenreisen** mit dem Ziel, eine angemessene Anrechnung der realen Arbeitszeit auf Klassenreisen zu erreichen.

Begründung:

Bei einer fünftägigen Reise fallen z.B. insgesamt etwa 105 Stunden Arbeitszeit an. Berechnet werden mir aber nur 46,57 (und selbst das finde ich fraglich, denn es fällt ja lediglich der Unterricht in dieser Woche weg, nicht aber Elterngespräche, Korrekturen etc.), so dass trotzdem noch um die 60 Überstunden anfallen, die aber nie ausgeglichen werden.

Zudem darf die tägliche Arbeitszeit eigentlich nicht über 10 Stunden hinausgehen. Dass das auf Klassenreisen nicht gewährleistet ist, ist offensichtlich. D.h., ich gefährde nicht nur meine eigene Gesundheit, sondern auch die Sicherheit der Schüler_innen, denn nach 10 Stunden Dienst (und Lärm) kann ich keine adäquaten Entscheidungen mehr treffen. Zudem ist, wenn nur zwei Begleitpersonen mitfahren, eine 11-stündige Ruhepause auf 24 Stunden nicht gewährleistet.

enttäuschte. Angesichts leerer Kassen und der selbst auferlegten Schuldenbremse sei nicht zu erwarten, dass sich etwas zum Besseren wende.

Es bleibt die Erkenntnis, dass nur der organisierte, kollektive Protest und Widerstand, das harte Ringen um bessere Bedingungen der einzig begehbare Weg ist. Dies gilt nicht weniger für die übrigen Beschlüsse, die gefasst wurden. (s. Kästen)

JOACHIM GEFFERS

Ab jetzt ohne Wenn und Aber…

Beschluss auf Satzungsänderung
§ 4 Gewerkschaftliche Mittel
Als Mittel zur Erreichung dieses Zwecks betrachtet die GEW u. a.
(…)
l) die konsequente Anwendung antidiskriminierender und
geschlechtersensibler Sprache, die die Vielfalt der Geschlechter sichtbar macht.

Die hlz-Redaktion ist seit Jahren Vorreiter_in einer Entwicklung, wie er sich jetzt in dem Beschluss manifestiert. Wir haben uns für den Unterstrich entschieden, weil neben den Polen hetero- und homosexuelle Orientierung noch ein vielseitiges Dazwischen existiert. JG

BESCHLUSS DES HAMBURGER GEWERKSCHAFTSTAGS AM 25.4.16

Das schreit zum Himmel!

Aufruf: Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte

Der Hamburger Hafen ist Drehscheibe des internationalen Waffenhandels geworden. Deutschland gehört weltweit zu den größten Rüstungsexporteuren. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden deutsche Rüstungsexporte im Wert von 6,35 Milliarden Euro genehmigt.

Wir – unsere Stadt und unser Land – sind mitverantwortlich für die massenhaften Morde, die mit deutschen Waffen verübt werden und für die Gewalt, die Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Aus dem Hamburger Hafen werden jährlich für ca. 400 Millionen Euro Waffen und 1000 Container Munition verschifft. Auch die legale Verbreitung gelieferter Waffen ist nachweisbar außer Kontrolle geraten.

Seit 2013 besteht die „Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte“. Mit der bundesweiten „Aktion Aufschrei“ (www.aufschrei-waffenhandel) fordern wir:

Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen. Hamburg soll nicht das Tor zum Tod in der Welt sein.

Wir wollen die Menschen in Hamburg über die umfangreichen Exporte von Waffen, Munition und Kriegstechnologie aus dem Hamburger Hafen aufklären und auf deren Produktion im Großraum Hamburg aufmerksam machen.

Wir fordern von Senat und Bürgerschaft, den Rüstungsexport fortlaufend zu veröffentlichen und im Geiste der Verfassung am Leitbild eines zivilen Hafens zu orientieren.

Wir arbeiten auf ein breites Bündnis hin, das auf Landes- und Bundespolitik Druck ausübt, um die Ausfuhr der todbringenden Frachten zu stoppen.

Wir treten dafür ein, bei den Ursachen internationaler und regionaler Konflikte anzusetzen und gewaltfreie Lösungen zu suchen.

Rüstungspolitik muss durch Friedenspolitik abgelöst werden.

Wir konzentrieren uns auf die Problemlage vor Ort. Wir führen Veranstaltungen durch, informieren, klären auf und motivieren zu politischem Engagement. Dabei bedienen wir uns auch neuer, kreativ-künstlerischer und medialer Aktionen im öffentlichen Raum – bis hin zu Formen des zivilen Ungehorsams.

Kontakt@hamburger-gegen-ruestung.de; www.hamburger-gegen ruestung.de

In der Präambel ihrer Verfassung verpflichtet sich die Freie und Hansestadt Hamburg: „… Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“

In der Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte arbeiten zusammen*: Brot &Rosen, Bündnis Hamburger Deserteurdenkmal, Christian Peacemaker Teams, Comm e.V., Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V., Frauen in Schwarz, Initiative Mexiko, KunstHaus am Schüberg, Ökumenisches Forum HafenCity, Willi-Bredel-Gesellschaft, Geschichtswerkstatt.*

EINLADUNG

STADT des Ankommens

1.000 „Rückführungen“ im ersten Vierteljahr 2016, davon 270 Abschiebungen. Ist das die Ankommenskultur, von der in Hamburg und darüber hinaus so oft die Rede ist?

Zusammenleben oder Abschieben?

Veranstaltung des Bündnisses „Stadt des Ankommens“

Sicherheit und Perspektiven hier bleiben zu können, sind für Geflüchtete ganz wesentliche Voraussetzungen für ein gelingendes und gleichberechtigtes Zusammenleben. Doch die Situation der hier angekommenen Menschen ist in den letzten Monaten immer schwieriger geworden, insbesondere, seitdem Geflüchtete u.a. in die Türkei zurück gedrängt werden. Viele müssen mit Abschiebungen rechnen, viele haben Sorge um ihre Angehörigen, die in Idomeni oder der Türkei festgesetzt sind.
Wir sehen uns daher gerade jetzt aufgefordert, die Lage derjenigen Menschen ins Licht zu rücken, die abgeschoben werden oder denen die Rückführung in angeblich „sichere Herkunftsländer“ droht, aus denen sie erst kurz zuvor geflüchtet sind.
Im Interesse einer solidarischen Willkommenskultur, einer gerechten Stadt und eines gelingenden und emanzipatorischen Zusammenlebens können und wollen wir dazu nicht schweigen. **Wir laden deshalb zu einer Veranstaltung ein, in der die Perspektive der Menschenrechte im Mittelpunkt steht und aus der Sicht von Betroffenen, Beteiligten, Politik und Kultur betrachtet wird.**

Das Bündnis „Stadt des Ankommens“ hat sich im Herbst 2015 gebildet. Engagiert sind darin Akteure*innen aus Flüchtlings- und Stadtteilinitiativen, Kirche, Wissenschaft und Gewerkschaften. Am 11. Dezember 2015 wurde eine erste Konferenz unter der Überschrift „Hamburg – Stadt des Ankommens“ mit 300 Teilnehmer*innen durchgeführt. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, welche Bedingungen geschaffen werden müssen, um das zukünftige Zusammenleben positiv zu gestalten.

Der vorläufige Ablaufplan

16.00 Uhr Einlass, Kaffee und Tee

16.15 Uhr Eröffnung durch die Veranstalter*innen

16.30 Uhr Beitrag von **Selmin Çalışkan,** Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland (angefragt)

17.15 Uhr Beiträge von **Geflüchteten und Unterstützer*innen**

18.15 Uhr Beitrag von **Christoph Strässer** (MdB, SPD), dem kürzlich zurückgetreten Flüchtlingsbeauftragten der Bundesregierung

ab 19.15 Uhr Pause: *Suppe und Vernetzung an Bistrotischen*

Abendprogramm

ab 20.00 Uhr **Perspektiven der Kultur**

Lesung aus Jenny Erpenbeks Roman: „Gehen, ging, gegangen“, 2015
*mit der Schauspielerin **Sylvia Wempner***
Performance *mit **Real Explosion** – Nachwuchs der international besetzten Gruppe Hajusom*
Musik *von der Band **STROM & WASSER** feat. The Refugees*

SAVE THE DATE ▪ SAVE THE DATE ▪ SAVE THE DATE ▪ SAVE THE DATE ▪ SAVE THE DATE

Freitag, 10. Juni 2016 | 16.00 – 19.30 Uhr | Abendprogramm: 20.00 – 22.00 Uhr
Hochschule für Angewandte Wissenschaften HAW – Department Soziale Arbeit
Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg
Facebook: Stadt des Ankommens

Die Teilnahme ist kostenlos.

Nicht mit uns!

GEW kritisiert BSB-Entwurf zur Dienstzeitregelung PTF

Liebe Kolleginnen und Kollegen des pädagogischen und therapeutischen Fachpersonals,

die Katze ist aus dem Sack. Ende März präsentierte die BSB dem Gesamtpersonalrat ihren Entwurf einer neuen Dienstzeitregelung PTF. Am 7. April wurde er auf der Fachgruppensitzung PTF den anwesenden Kolleg_innen vorgestellt. Erste Einschätzungen der Schulen liegen nun vor.

Zur Erinnerung:

Seit der Abschaffung der Integrationsklassen zugunsten der flächendeckenden Inklusion und der Einführung der flächendeckenden Ganztagsbetreuung für alle Kinder bis 14 Jahre im Jahr 2010 greifen viele Regelungen der Dienstzeitregelung nicht mehr.

Zur Folge hat dies, dass jede Schule das PTF-Personal unterschiedlich – und nicht immer rechtskonform – einsetzt. Fachliche Maßstäbe und berufsspezifische Standards werden dabei häufig den Nöten und Zwängen des schulischen Alltags untergeordnet, Kolleginnen und Kollegen bis an die Grenze der Belastbarkeit von Schulleitungen verplant.

Nur aufgrund gewerkschaftlichen Drucks und der Hartnäckigkeit des Gesamtpersonalrats hat sich die BSB bewegt und nach über fünf Jahren regelungsunklarer Zeit endlich einen eigenen Entwurf für eine Dienstzeitregelung für eure Berufsgruppen vorgelegt.

Kern des BSB-Modells ist die Aufteilung der Arbeit der Sozialpädagog_innen, Therapeut_innen , Erzieher_innen, Heilerziehungspfleger_innen und weiterer pädagogischer bzw. therapeutischer Berufsgruppen an Schulen in drei unterschiedliche Bereiche: K-Zeit, B-Zeit und sogenannte V/N-Zeit. K-Zeit steht für Kooperation, Koordination und Kommunikation, B-Zeit für Bildung, Begleitung, Beratung, Betreuung und Behandlung und die V/N-Zeit für die Vor- und Nachbereitung.

Die Krux liegt vor allem im Detail. Insbesondere die Zeitkontingente der einzelnen Bereiche lösen Empörung aus, wenn z.B. für die K-Zeit nur 3,9 Stunden pro Woche zur Verfügung stehen sollen. Immerhin sind die hier genannten Bereiche ein essenzieller Bestandteil eurer professionellen Arbeit. Hinzu kommt, dass für Fortbildung pauschal nur 2,5 Tage vorgesehen sind. Das führt jeglichen Anspruch an qualifizierte Arbeit ad absurdum. Es wundert deshalb nicht, dass bereits die ersten Einschätzungen der GEW-Fachgruppe PTF deutlich machen, dass es so nicht geht.

Wie weiter?

Klar ist: Eine neue Dienstzeitregelung ist mitbestimmungspflichtig, d.h. der Gesamtpersonalrat setzt sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mittel dafür ein, dass es nicht zu Verschlechterungen eurer Arbeitszeitaufteilung kommt.

Klar ist auch: Die GEW begleitet diesen Prozess, informiert, führt Gespräche und ist sich mit ver.di darin einig, dass der jetzige Entwurf der BSB nicht akzeptabel ist.

Wir fordern eine Dienstzeitregelung,

- die die unmittelbare Arbeit an Klient_innen dahingehend begrenzt, dass Zeitkorridore für die mittelbaren Tätigkeiten, Supervision, für Koordination, Vor- und Nachbereitung, Telefonate und Elterngespräche etc. in einem Ausmaß zur Verfügung stehen, die eurem professionellen Anspruch gerecht werden.
- die Urlaub auch außerhalb der Ferien ermöglicht.
- die am Bedarf orientierte Zeiten für Fortbildung während der regulären Dienstzeit zulässt.
- deren Einhaltung gesichert ist durch das Verlagern der Fachaufsicht für das PTF-Personal in die BSB.
- die sich von eurer spezifischen Fachlichkeit ableitet statt von dem Zwang zur Ressourcenneutralität und einer Struktur, die professionelle Beziehungsarbeit in 45 Minuten Rhythmen vertaktet.

Hierfür setzten wir uns ein.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Birgit Rettmer
Gewerkschaftssekretärin

Jetzt seid ihr gefragt:
Informiert Eure Kolleginnen und Kollegen und kommt zur Diskussion des Entwurfs in die GEW zur Sondersitzung Fachgruppe PTF am 2.6., von 18.00 – 20.00 in der GEW, Raum A
Einziges Thema: Beratung des Entwurfs der BSB zur Dienstzeitregelung PTF

Vorschläge aus den Hinterhöfen

Kritik an der Senatspolitik ist notwendig und gerechtfertigt

Anlass für diesen Beitrag sind die Artikel in der letzten Ausgabe der hlz unter der Rubrik ‚Flüchtlinge 2 und 3'. In beiden Artikeln werden Bürgerinitiativen der Stadt für ihre Kritik an der Senatspolitik in der Flüchtlingsfrage pauschal der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus verdächtigt. Ich werde mich mit den einzelnen Aussagen hier nicht auseinandersetzen. Diese Beiträge in meiner Gewerkschaftszeitung haben mich schwer enttäuscht. Der Bezug zu damit verbundenen gewerkschaftlichen Themen, wie die Lage der Stadtteilschulen und Problemlagen der Inklusion, wird nicht hergestellt. Und ich sehe mich in meinem gesellschaftlichen Engagement angegriffen, das ich auch außerhalb meiner Mitgliedschaft in der GEW ausgeübt habe und ausübe. Ich bin nicht der einzige Gewerkschafter unter den Aktivist_innen vor Ort.

Eine große Anzahl von Bürgerinitiativen und ihr Dachverband ‚Initiativen für Integration' (IFI) fordern als Alternative zu großen Flüchtlingsunterkünften mit bis zu mehreren tausend Personen die gleichmäßige und damit gerechte Verteilung der zu uns geflüchteten Menschen auf alle Teile der Stadt – auch nach Blankenese! Diese Zielsetzung stärkt die Willkommenskultur vor Ort, erleichtert Aufnahme und Unterbringung und liegt damit im Interesse aller Beteiligten – der ansässigen Bevölkerung und der Flüchtlinge! Über alle diese Vorschläge kann man unterschiedlicher Meinung sein und das auch in kontroverser Debatte austragen. Dazu haben die o.g. Beiträge keinen Beitrag geleistet.

Ich habe vor einem halben Jahr die Initiative ‚Flüchtlinge in Eppendorf' mitgegründet, nachdem eine geplante Erstaufnahmeeinrichtung im Stadtteil nicht zustande gekommen ist. In unserem Internetauftritt heißt es dazu: „Die Initiative ‚Flüchtlinge in Eppendorf' hat sich mit dem Ziel gegründet, Flüchtlingen in unserem Stadtteil eine menschenwürdige Unterkunft zu verschaffen." Dazu haben wir Vorschläge für eine kleinteilige Unterbringung im Stadtteil entwickelt.

Kurz darauf sind wir von dem Plan der Bezirksverwaltung überrascht worden, dass am Rande des Stadtteils in einem Gewerbegebiet eine Flüchtlingsunterkunft für rund 2.500 Menschen geschaffen werden soll.

Auch in unserer Initiative wird über die möglichen Alternativen diskutiert. Niemand käme aber auf den Gedanken, dem jeweils anderen in der Art und Weise Motive zu unterstellen, wie das in den o.g. Artikeln in der hlz geschehen ist.

Worum geht es in der Debatte um die Flüchtlingsfrage in Hamburg?

Die Stadt steht vor der Herausforderung, eine große Anzahl von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten in kurzer Zeit aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen (ZEA) gelingt das nur sehr eingeschränkt. Der Senat hat wegen der Olympiabewerbung zu spät auf die Herausforderungen reagiert. Die bisher von der Stadt getroffenen Maßnahmen werden bei Kritik an den Verhältnissen in einzelnen Einrichtungen gesellschaftlich breit getragen. Das gilt auch für den Dachverband der Initiativen für Integration (IFI), der die Verpflichtung Hamburgs zur Aufnahme des auf die Stadt entfallenen Kontingents an Flüchtlingen in vollem Umfang teilt. Das schließt eine kritische Haltung gegenüber den weiteren Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik in Hamburg jedoch nicht aus.

Diese Beiträge in meiner Gewerkschaftszeitung haben mich schwer enttäuscht. Der Bezug zu damit verbundenen gewerkschaftlichen Themen, wie die Lage der Stadtteilschulen und Problemlagen der Inklusion, wird nicht hergestellt

Das Konzept des Senats für die Folgeunterbringung

In der öffentlich-rechtlichen Folgeunterbringung (örU) in den vom Senat geplanten ‚Expressbauten' sollen die Flüchtlinge nach Anerkennung ihres Status eine zweite Bleibe finden. Ende 2015 sind die Bezirke angewiesen worden, je 800 Wohneinheiten möglichst konzentriert bereit zu stellen. Jede Einheit soll mit mindestens 5 Personen belegt werden (= 4.000 Personen). Die meisten dieser Einrichtungen werden nach den Ausnahmebestimmungen des § 246 Baugesetzbuch auf Flächen errichtet, auf denen Wohnungsbau nach Planungsrecht nicht gestattet ist (u.a. Gewerbeflächen, Natur-

und Landschaftsschutzgebiete). Nach einer Zeitspanne von 2-3 Jahren sollen die Bewohner_innen in Wohnungen auf dem (freien?) Wohnungsmarkt wechseln. Nach der vertraglich geregelten Frist von 15 Jahren kann der private Investor die erstellten Wohnungen frei vermarkten (hier: Präsentation von fördern&wohnen für die Osterfeldstraße in Eppendorf).

Das Konzept des Senats wird gegenüber der Öffentlichkeit wegen des zeitlichen Drucks und nicht vorhandener Flächen als ‚alternativlos' hingestellt. Die Erstellung und der Bezug der ‚Expressbauten' wurde für Ende 2016 in Aussicht gestellt. Jetzt wird von Mitte/Ende 2017 gesprochen. Zu den Flächen im Bezirk Nord liegt seit Mitte Februar eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der bezirklichen CDU-Fraktion vor, in der mitgeteilt wird, dass sich allein im Bezirk Nord 489 freie Flächen größer als 1 ha im Besitz der Stadt befinden, ohne Spiel- und Schulflächen. Sowohl das Zeit- als auch das Flächenargument, die für die Großunterkünfte angeführt worden sind, sind damit nicht mehr haltbar.

Vorschläge und Alternativen von Bürgerinitiativen

Gegen dieses Konzept von Senat und Bezirken hat sich vor allem dort Widerstand aus dem Kreis der Anwohner_innen entwickelt, wo Einrichtungen mit einer großen Anzahl von Bewohner_innen geplant sind, häufig in direkter Nachbarschaft zu schon bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen. Würde dies Konzept umgesetzt, würden 80 Prozent der Flüchtlinge in 30 Prozent der Hamburger Stadtteile untergebracht. Ein Fünftel der 104 Stadtteile hat bisher gar keine Flüchtlinge.

Dazu kommt, dass der Senat bisher bei Aufnahme und Unterbringung nur in der Kategorie ‚Gebäude' plant. Alle nachfolgenden Herausforderungen, die man unter dem Begriff ‚Integration' fassen kann, bleiben außen vor.

„Menschen und nicht Flächen integrieren Menschen". Mit dieser Aussage wird gefordert, dass sich alle Maßnahmen der Frage stellen, wie die Geflüchteten und ihre Kinder einen Weg in unsere Gesellschaft finden. Das fängt mit dem Erwerb der Sprache an, setzt sich im Besuch von Kita und Schule fort und findet einen Abschluss mit einer/m erfolgreichen Berufsausbildung/Studium und einem Beruf, der materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist. Darüber hinaus geht es um gute Nachbarschaft, Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Teilhabe am öffentlichen Leben.

Mit dem Misstrauen gegenüber ihren Bürger_innen läuft die Stadt Gefahr, dass die positive Haltung zu Aufnahme und Integration der Geflüchteten nachhaltig beschädigt wird

Jede einzelne Maßnahme in diesem Prozess erfordert eine passende lokale Infrastruktur, die dieser Herausforderung gewachsen oder entsprechend erweitert und ergänzt werden muss. Für die frühkindliche Erziehung und die Grundschule heißt das, dass die Flüchtlingskinder in schon bestehende Einrichtungen/Schulen vor Ort aufgenommen werden, damit sie von Anfang an mit den einheimischen Kindern gemeinsam aufwachsen und lernen können. Entsprechende Anforderungen sind für den weiteren Bildungsweg zu stellen. Der Gewerkschaftstag der GEW Ende April hat die Forderung aufgestellt, dass die Flüchtlingskinder gleichmäßig auf alle Schulen der Stadt verteilt werden, auch auf die Gymnasien. Das kann aber nur bedeuten, dass auch die Familien gleichmäßig über alle Stadtteile verteilt untergebracht werden. Das ist die zentrale Forderung der Initiativen im Dachverband IFI.

Ähnliche Herausforderungen stellen sich für die anderen Lebensbereiche. Insbesondere für die ca. 40 Prozent alleinstehende Flüchtlinge ab 19 Jahren. Die Stadtteile mit großen Unterkünften, wie z.B. in Eppendorf, werden nicht in der Lage sein, die Bedürfnisse einer so großen Personengruppe an Freizeitgestaltung, Sport und Teilhabe am kulturellen und öffentlichen Leben abzudecken. Auch diese Konstellation spricht dafür, dass die Potentiale und Ressourcen der ganzen Stadt für Unterbringung und Integration genutzt werden.

Zu all diesen Fragen gibt es für die geplante Einrichtung in Eppendorf bisher keine Auskünfte seitens Stadt, Bezirk und Betreiber. Das hindert die Bezirksamtsleitung aber nicht, von den Bewohner_innen des Stadtteils bürgerschaftliches Engagement für den Betrieb der Einrichtung einzufordern.

Bürgerbeteiligung als Schlüssel für gelingende Integration

Senat und Bezirke versuchen mit ihren Planungen, an den Bürger_innen in den Stadtteilen vorbei Fakten zu schaffen, ohne die Menschen vor Ort an diesen Entscheidungen zu beteiligen.

Aus meinen Erfahrungen der letzten Jahre in Bürgerinitiativen im Bezirk Nord spricht vieles dafür, den Planungen der Stadt in Fragen von Stadtentwicklung und Wohnungsbau eine gehörige Portion Skepsis entgegen zu bringen. In Hamburg Nord sind in den letzten Jahren mehrere erfolgreiche Bürgerentscheide vom Senat evoziert oder durch Weisungen des Senats außer Kraft gesetzt worden (Langenhorn 73, Schwimmbad Ohlsdorf, so genanntes ‚Pergolenviertel').

Leider folgen die Entscheidungen über die Unterbringung von Flüchtlingen diesem Muster. Mit dem Misstrauen gegenüber ihren Bürger_innen läuft die Stadt Gefahr, dass die positive Haltung zu Aufnahme und Integration der Geflüchteten leichtfertig und nachhaltig beschädigt wird.

Die Herausforderungen der Flüchtlingsfrage müssen so angegangen werden, dass die Bedürfnisse der Geflüchteten und die legitimen Interessen der Bevölkerung gleichermaßen beachtet werden. Wird hier keine Übereinstimmung hergestellt, wird es in den betreffenden Wohngebieten auch in Zukunft nur schwerlich zu einem zugewandten nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen den alten und den neuen Bewohner_innen kommen.

Im Idealfall werden die Bewohner_innen der Orts- und Stadtteile zu Akteuren des Integrationsprozesses, indem sie Aufnahme und Integration der Geflüchteten zu ihrer Aufgabe machen. Das kann aber nur dann gelingen, wenn die Menschen vor Ort an Planung und Durchführung von Unterbringung und Integration gleichberechtigt beteiligt werden.

Und um was geht es in der Debatte nicht?

Zu all den aufgeworfenen Fragen wünsche ich mir eine engagierte Debatte in der Stadt – und auch in der hlz! Und bei allem Respekt vor der gesellschaftlichen Brisanz: Auch zu diesem Thema ist eine kritische Position gegenüber den Planungen und Maßnahmen des Senats möglich und notwendig. Dazu gehören auch die Instrumente der Volksgesetzgebung wie Bürgerbegehren und Volksentscheide. Die Nutzung dieser Instrumente der politischen Willensbildung hat nichts mit einer ‚Spaltung der Gesellschaft' zu tun. Es findet dadurch auch keine ‚Abstimmung über das Grundrecht auf Asyl' statt. Und wenn Olaf Scholz in der letzten Woche in einem Publikumsgespräch im NDR das Motiv ‚not in my backyard' (NIMB) unterstellt, dann soll das allein seine Politik rechtfertigen, sagt aber nichts über die Motive der Bürgerinitiativen, die sehr wohl Vorschläge für ihre jeweiligen ‚Hinterhöfe' machen.

Zurück zu meinem Tätigkeitsfeld vor Ort: Vom Bezirksamt Hamburg Nord gibt es seit Anfang November keine Antwort auf unsere Vorschläge zur Unterbringung von Flüchtlingen im

Bereichernde Arbeit

Zum Artikel „Doppelte Freude" von Uwe Kuvert der BGH Ruheständler_innen in hlz 3-4/ 2016

Den Appell von Uwe Kuvert kann ich nur bekräftigen. Zunächst ehrenamtlich und später im Rahmen eines Lehrauftrags mache auch ich nur positive Erfahrungen bei der Arbeit mit Jugendlichen, Flüchtlingen und Flüchtlingen im jungen Erwachsenenalter. An einer Hamburger Berufsschule unterrichte ich VJM bzw. AVM-Klassen und freue mich, welche schnellen Fortschritte viele machen – auf Grund ihrer Neugierde auf Deutschland und der Zielgerichtetheit, in Deutschland auch beruflich Fuß zu fassen.

Ich empfinde es als sehr bereichernd, aus erster Hand authentisch – und nicht nur aus Medien – etwas über Motive und Wege, die diese Menschen zu uns geführt haben, zu erfahren, und das, was ich Jahrzehnte lang gelernt habe, anderen zugute kommen lassen zu können. Sicher gehe ich auch manchmal bedrückt nach Hause, wenn ein_e Schüler_in plötzlich nicht mehr in der Schule erscheint, weil er/sie z. B. abgeschoben wurde oder auf Grund traumatischer Erkrankung eine „Schulpause" einlegen muss.

Mich empört allerdings, welche zusätzliche Belastung das HIBB Vollzeitlehrer_innen zumutet, indem diese z. B. Alphabetisierungsklassen ohne Teilungsunterricht in einem völlig neuen Erfahrungsfeld betreuen und unterrichten müssen. Hoch motiviert steigen die Kolleg_innen in ihre neue Aufgabe ein, hoher Zeitaufwand für notwendige Fortbildungen und Kommunikationsbedarf von Betreuer_innen von außen produziert zusätzlichen Stress, den Lehrkräfte, die ihre Aufgaben ernst nehmen, ohnehin schon im Überfluss haben. Das berühmt-berüchtigte Hamburger Arbeitszeitmodell ist eben auch hier kontraproduktiv.

Nun, Ruheständler_innen haben es diesbezüglich entspannter. Sie können weitgehend selbst vorgeben, in welchem Umfang sie wann ihr Engagement einbringen wollen, sie finden hier eine Aufgabe, die auf viel Zustimmung bei den Schüler_innen stößt, die authentische Einblicke in die herausfordernde Flüchtlingsproblematk verschafft und die ihnen die Möglichkeit bietet, ihre erworbenen und lange praktizierten Kompetenzen engagiert einzubringen.

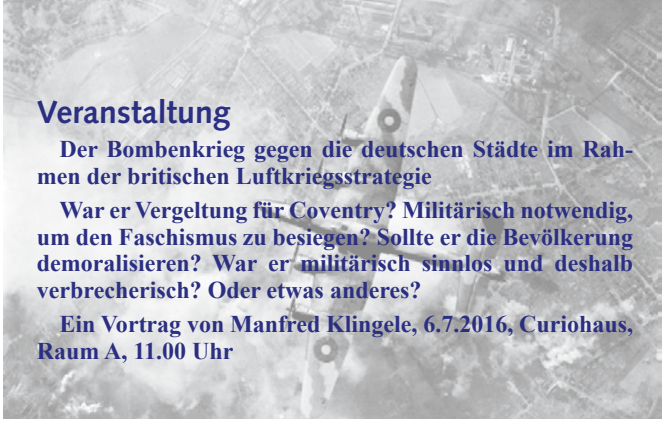
Versucht's doch einfach mal, wenn ihr euch angesprochen fühlt!

ANNE KREYMANN
annekreymann@t-online.de

Stadtteil. Auch ein Nachtrag im Februar 2016 ist ohne Reaktion geblieben. Damit sollen wir uns zufrieden geben?

GÖTZ V. GRONE
ehem. Max-Brauer-Schule in Altona

Die Initiative ‚Flüchtlinge in Eppendorf' hat seit Anfang des Jahres Kontakt zum Dachverband IFI, gehört ihm aber nicht an.



Veranstaltung

Der Bombenkrieg gegen die deutschen Städte im Rahmen der britischen Luftkriegsstrategie

War er Vergeltung für Coventry? Militärisch notwendig, um den Faschismus zu besiegen? Sollte er die Bevölkerung demoralisieren? War er militärisch sinnlos und deshalb verbrecherisch? Oder etwas anderes?

Ein Vortrag von Manfred Klingele, 6.7.2016, Curiohaus, Raum A, 11.00 Uhr

LEHRKRÄFTE FÜR FLÜCHTLINGE

„Nicht berufsrelevant"

Quereinsteiger_innen, die geflüchtete Berufsschüler_innen unterrichten, werden nicht als qualifiziert anerkannt

Foto: hlz

So viel Ignoranz kann schon krank machen!

In den letzten Monaten wurden zahlreiche Lehrer_innenstellen für die „Beschulung" (unaussprechlicher, weil absolut unpädagogischer Begriff!) von geflüchteten (unbegleiteten) Jugendlichen an den Hamburger Berufsschulen neu eingerichtet. Es handelt sich dabei z.T. um sogenannten Quereinsteiger/innen: Fachpersonal aus der Volkshochschule sowie aus anderen Trägern von Integrationskursen.

Fachlich betrachtet sind diese absolut qualifiziert, da sie meistens Deutsch als Zweitsprache studiert haben und über eine langjährige Erfahrung verfügen. Nach über 10 Jahren Berufstätigkeit als DaZ-Dozentin und weiteren 4 Jahren als interkulturelle Beraterin von migrantischen Eltern an Schulen habe ich mich auch dazu entschlossen, der BSB – und vor allem den geflüchteten Jugendlichen – meine Kompetenz zur Verfügung zu stellen. Die Lohneingruppierung erfolgte auf der Grundlage meines akademischen Abschlusses.

Hinsichtlich der Einstufung musste ich jedoch die bittere Erfahrung machen, als Berufsanfängerin behandelt zu werden, da 1. die Tätigkeit als „freie" Dozentin *nicht,* ich wiederhole: *nicht* anerkannt und 2. die vier Jahre als angestellte interkulturelle Beraterin von Migrant_innen an Schule als „nicht berufsrelevant" betrachtet wird.

Im Lehrerzimmer sitzen wir Quereinsteiger_innen also neben den Kolleginnen und Kollegen der Berufsschule, die als berufserfahren gelten, obwohl sie weder über einen entsprechenden Abschluss noch über irgendeine Berufserfahrung im Unterricht von Deutsch als Zweitsprache verfügen.

„Vom Prekariat in die Unerfahrenheit"

Man möge mir glauben oder nicht: Es geht uns bei der tagtäglichen Empörung, die wir empfinden, nicht (nur) um eine entsprechende Entlohnung, sondern (auch) um das frustrierende Gefühl, zuerst jahrelang als „freie" Mitarbeiterinnen im ständigen Prekariat gelebt zu haben, um anschließend auch noch der so hart erarbeiteten Berufserfahrung beraubt zu werden.

Von der „selbstverständlichen" Befristung unserer Stellen ganz zu schweigen.

THEKLA TEUBERT

Wer hilft wann und wo?

Die Träger der außerschulischen Unterstützung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen stellten sich vor

Laut Schulbehörde wurden im August 2015 ca. 4600 jugendliche Flüchtlinge in den allgemeinbildenden Schulen, in den Stadtteilschulen oder an den Berufsschulen eingeschult. Davon sind rund 1400 unbegleitete jugendliche Flüchtlinge im Alter von 14 bis 17 Jahren, die unter den besonderen Schutz des Jugendhilfegesetzes fallen. Neben dem Erwerb der deutschen Sprache müssen diese Jugendlichen in kürzester Zeit mit fachlichen oder beruflichen Anforderungen fertig werden. Daher benötigen viele von ihnen innerhalb der Schule und/oder in ihrem Alltag zusätzliche Unterstützung durch außerschulische Nachhilfe oder geduldige Begleitung beim Übergang ins berufliche Leben.

Der Aufenthaltsstatus solcher Jugendlichen kann sehr unterschiedlich sein: Duldung, Aufenthaltsgestattung (von der Abschiebung bedroht) oder als Flüchtling mit positiv beschiedenem Asylantrag unbefristeter Aufenthalt. Die Jugendlichen leiden also häufig unter unklarem Aufenthaltsstatus, den ständigen damit verbundenen Behördengängen, so dass sie durch diese Verunsicherungen oft nur schwer eine längerfristige Berufs- und Lebensperspektive entwickeln können. Der Königssteiner Schlüssel zur Verteilung von Flüchtlingen unter den Bundesländern wird neuerdings auch auf die Gruppe der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge angewandt. So sollen rund 300 jugendliche Flüchtlinge aus Hamburg in andere Bundesländer umverteilt worden sein. Da nimmt es nicht Wunder, dass einige von ihnen in die Illegalität gehen. Hamburg will so Geld aus dem Haushaltstopf „Hilfen zur Erziehung“ des Jugendhilfegesetztes sparen, ein Topf der seit 2012 um 4 Prozent gestiegen ist.

Im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe *GEW-Salon* stellten sich am 5.4. zwei Hamburger Organisationen im Curiohaus vor, die neben vielen anderen Aktivitäten sich auch um die Integration von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen kümmern: *SchlauFox e.V.* und *basis&woge.*

GEW-Mitglieder können auf vielfältige Art die Integrationsarbeit unterstützen

Es gibt weitere Organisationen, die sich um minderjährige unbegleitete jugendliche Flüchtlinge kümmern, z.B. *PFIFF* und die *Lawaetz-Stiftung*, die Pflegund Vormundschaften und private Wohnunterkunftsmöglichkeiten vermitteln möchten.

Diese Vereine und Stiftungen haben ein großes Interesse an der Zusammenarbeit mit Lehrer_innen und mit der GEW, um ihre Arbeit bekannter zu machen und für Unterstützung ihrer Aktivitäten im Bereich der minderjährigen unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge (MUFs) zu werben. GEW-Mitglieder, aktive Lehrer_innen und Pensionär_innen können auf vielfältige Art diese Integrationsarbeit unterstützen: durch Spenden, durch Weiterverbreitung, Nachhilfe bis hin zu Paten- und Pflegschaften. Für Lehrer_innen, die MUFs in ihrer Klasse haben, kann eine solche Vernetzung nützlich sein, so dass diesen Jugendlichen schnell und unbürokratisch geholfen werden kann.

SchlauFox

Diese Organisation setzt sich für die Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen auf ihrem individuellen Bildungsweg ein. *SchlauFox* unterstützt nicht nur jugendliche Flüchtlinge, sondern auch benachteiligte Jugendliche in 7 verschiedenen Programmen. Damit erreicht *SchlauFox* ca. 400 Kinder und Jugendliche. Die Arbeit wird überwiegend über Stiftungen finanziert und lebt vom Engagement vieler ehrenamtlicher Helfer_innen. Arbeitet *SchlauFox* mit einer Kooperationsschule zusammen, so fällt für die Schule ein Beteiligungsbeitrag von 1:4 an. Das Projekt für die jugendlichen Flüchtlinge bei *SchlauFox* nennt sich *Ankerlicht* und hat das Ziel, einen erfolgreichen Schulbesuch und das Bestehen von Abschlussprüfungen (ESA, MSA) zu ermöglichen sowie die Suche von Praktika und den Übergang in eine Ausbildung konstruktiv zu begleiten.

Im allgemeinen Schulwesen müssen die Schüler_innen nach 12 Monaten aus der Internationalen Vorbereitungsklasse in die Regelklasse wechseln und häufig in nur kurzer Vorbereitungszeit gleich den Ersten Schulabschluss (früher Hauptschulabschluss) nach der neunten oder zehnten Klasse machen. Einige schaffen auch den Weg zum Mittleren Schulabschluss oder den Übergang in die Oberstufe.

Einmal pro Woche treffen sich die fortgebildeten Mentoren von *SchlauFox* mit ihren Jugend-

lichen für 90 Minuten in den Räumen der Kooperationsschulen und bearbeiten die Themen, die die Jugendlichen einbringen oder die schulisch anliegen. Derzeit kooperiert *SchlauFox* mit zwei Stadtteilschulen und könnte sich eine Ausdehnung des Ankerlicht-Programms gut vorstellen. Auch eine Zusammenarbeit mit Berufsschulen wird von *SchlauFox* ins Auge gefasst. *SchlauFox* verfügt derzeit über 30 fortgebildete Mentor_innen, die aus allen Berufsgruppen kommen, darunter sind auch einige pensionierte Lehrer_innen. Wer Interesse hat, sich als Mentor_in bei *SchlauFox* ausbilden zu lassen, wird zu einem Erstgespräch eingeladen, bekommt begleitende Fortbildung im Projektjahr, gehört einem Team an und bekommt kollegiale Beratung.

Wer Kontakt aufnehmen will als interessierte Schule oder als ehrenamtliche_r Helfer_in, findet alles unter www.schlaufox.de, kontakt@schlaufox.de oder Tel.: 42884-3280

Basis&woge e.V.

Diese Organisation ist ein sozialer Träger, der vielfältige Aktivitäten im Bereich Flüchtlinge entwickelt hat, u.a Jugendwohnungen betreut, in denen jugendliche Flüchtlinge untergebracht sind. Der Bereich beruflicher Qualifizierung und rechtliche Fragen zum Aufenthaltsrecht sind weitere Betätigungsfelder. Bei den rechtlichen Fragen kooperiert *basis&woge* mit verschiedenen Fachanwälten.

Basis&woge arbeitet anders als *SchlauFox* mit Jugendlichen und jungen Erwachsenenflüchtlinge im Alter von 17 bis 25 Jahren. Die Zielgruppe sind jugendliche und jungerwachsene Flüchtlinge, die Interesse an Qualifizierung, Ausbildung oder Beschäftigung haben, insbesondere auch Schüler_innen aus Vorbereitungsklassen für Migrant_innen an beruflichen Schulen.

Franziska Gottschalk von *basis&woge* stellte ihre Arbeit vor, die Beratung und Vermittlung für jugendliche Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt (Duldung, Aufenthaltsgestattung und /oder Bleiberecht) auf ihrem Weg zur Berufsausbildung umfasst. In Kooperation mit der HAW (Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften/ Studiengang Sozialpädagogik) werden Studierende als ehrenamtliche Mentor_innen eingesetzt, um junge Flüchtlinge zu begleiten. Als Angebote stellt *basis&woge* individuelle Förderung der Ausbildungsfähigkeit, Suche nach Praktikums- und Ausbildungsplätzen sowie sozialpädagogische Beratung und Begleitung zur Verfügung. Im Fokus bei *basis&woge* steht die Einzelfallberatung. Wer Kontakt zu *basis&woge* suchen will, findet alles unter www.basisundwoge.de oder unter Tel.: 398426-55.

Basis&woge begreift sich als Bestandteil eines Netzwerkes in Hamburg, das sich *Chancen am FLUCHTort Hamburg* nennt. Der Projektverbund *FLUCHTort Hamburg* wird durch Geld vom Bund, Land und dem europäischen Sozialfond nur befristet gefördert.

Hieran setzte auch die Kritik auf der Veranstaltung an, dass die Flüchtlingsarbeit immer nur kurzfristig und vielfach durch private Stiftungen finanziert wird, so dass viel Energie der Organisationen und der Beschäftigten durch das Auffinden von Fördertöpfen und das Schreiben von Projektanträgen absorbiert wird.

WILLI BARTELS
Gewerkschaftliche Bildungsarbeit gb@

Senator spielt Schwarzer Peter

Knapp 80 schulpflichtige Kinder aus Hamburg abgeschoben

Auf dem Gewerkschaftstag am 25.4.2016 wollte ich von Schulsenator Rabe wissen, was er dazu sagt, dass in diesem Jahr bereits 79 schulpflichtige Kinder in Hamburg einfach aus der Schule verschwunden sind und in ihr Herkunftsland abgeschoben wurden. Es handelt sich dabei größtenteils um Kinder von Romafamilien bzw. Familien aus den so genannten sicheren Herkunftsländern.

Ich erwähnte, dass ich weiß, dass z.B. in die Flüchtlingsunterkunft Billstieg unangekündigt nachts gegen 4 Uhr die Polizei kommt. Die Familien werden aus dem Schlaf gerissen, ihnen bleibt nur wenig Zeit, um die notwendigsten Sachen in die auf 20kg pro Person begrenzten Taschen zu packen.

Eine Mutter erzählte mir später, dass sie in der Wohnung herumlief und gar nicht wusste, was sie einpacken sollte und was nicht und als sie im Bus bemerkte, dass sie gar nicht die richtige Babynahrung mitgenommen hatte und in der Nähe eines Geschäfts bat, aussteigen zu dürfen, wurde ihr das von dem mitfahrenden Beamten verboten. Ihre Mobiltelefone waren ihnen noch in der Wohnung abgenommen worden; erst aus dem Wartebereich im Flughafen Hannover konnte sie mir auf ihrem Handy antworten.

„Freiwillige Ausreise“

In seiner Antwort teilte Senator Rabe mit, dass er sich nach den empörten Briefen, die er von Schulen nach dem plötzlichen Wegbleiben von Mitschüler_innen erhalten habe, bei der Zentralen Ausländerbehörde erkundigt habe. Die hätte ihm erklärt, alle Familien hätten den Hinweis auf eine mögliche so genannte freiwillige Ausreise erhalten. Damit war für ihn das Problem erledigt. Der Schwarze Peter ging an die betroffenen Familien.

Ich will hier darauf verzichten aufzuzählen, in was für minderheitenfeindliche Bedingungen Roma nicht „freiwillig“ zurückkehren wollen und dass die Situation der Roma asylrechtlich anders bewertet werden muss. Das ist bekannt!

Der Vater einer der Familien, die im September 2015 kurzfristig die Michelkirche besetzt hatten und die jetzt laut Artikel des HA vom 18.4.2016 „... vor der Abschiebung" stehen, sagte mir, dass zu den bekannten schlechten Bedingungen in seinem Heimatland eine neu hinzu gekommen sei. Er habe dort mit der Verfolgung durch die Behörden zu rechnen. Er und die anderen Familien haben sich öffentlich für ihr Bleiberecht in Hamburg eingesetzt, zu Demonstrationen aufgerufen, einen Verein gegründet.

Alle Familien sollen den Hinweis auf eine mögliche so genannte freiwillige Ausreise erhalten haben

Ich kenne den Vater einer Familie, die vor einigen Jahren "freiwillig" in ihr Herkunftsland zurückgegangen ist. Er bekam dort plötzlich Besuch von zwei Polizeibeamten, die ihn mit zur Polizeistation nahmen. Dort warfen sie ihm Verleumdung der Regierung vor, weil er öffentlich über Missstände berichtet hatte, sie legten ihm Zeitungsartikel vor und beschuldigten ihn.

Eine „freiwillige“ Ausreise wurde von den Betroffenen oft gewählt, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft waren, denn Abschiebung bedeutet, für den Flug bezahlen zu müssen und mit einer Einreisesperre belegt zu werden.

Seit am 17.3.2016 das Asylpaket II verabschiedet wurde, haben sich die Bedingungen für Menschen aus so genannten sicheren Herkunftsländern noch einmal verschärft.

Bisher wurde der Termin der Abschiebung schriftlich mitgeteilt. Oft hatten die Familien für ihr Aufenthaltsrecht geklagt und wenn sie vor Gericht verloren, waren sie von heute auf morgen von der Abschiebung bedroht; aber sie bekamen Bescheid. Das war schrecklich – und sie konnten sich darauf vorbereiten. Ich selber habe erlebt, wie sich z.B. die Kinder von ihren Mitschüler_innen und Lehrer_innen verabschiedeten, Adressen austauschten.

Ausweg Petition

Für eine Familie, in der die Frau ein Kind erwartete, habe ich eine Petition gestellt. Ich war zufällig in der Nebenwohnung, als der Bescheid für die Abschiebung am nächsten Morgen kam. Eine Petition bietet einen Schutz vor Abschiebung. Auf seiner nächsten Sitzung erkannte der Petitionsausschuss die Gründe der Familie für eine weiter bestehende Duldung an. Die Mutter brachte ihr Kind in Hamburg zur Welt.

Doch mit dem Asylpaket II wurde die gesetzlich vorgeschriebene Ankündigung von Abschiebungen abgeschafft. Über 80 Hamburger Anwält_innen und Mediziner_innen haben am 18.2.16 auf dem Rathaus-

Foto: hlz

Die gesetzlich vorgeschriebene Ankündigung der Abschiebung ist abgeschafft. (Ursula Sapel)

markt dagegen protestiert; Mediziner_innen deshalb, weil Kranke nicht mehr vor Abschiebung geschützt sind und z.B. Atteste von Psycholog_innen nicht mehr anerkannt werden, nur noch Atteste, die von Fachärzt_innen im Verlauf einer Woche ausgestellt sind.

Romafamilien leben in ihren Herkunftsländern oft an schadstoffbelasteten Orten und arbeiten mit giftigen Abfallprodukten. Krankheiten sind so vorprogrammiert. Die werden ihnen aber hier zum Vorwurf gemacht.

Inwieweit nach Verabschiedung des Asylpakets II überhaupt noch Angebote zur „freiwilligen" Ausreise gemacht werden, ist mir nicht bekannt. Die Auskunft der ZAB an den Senator kann sich auf Angebote an die Familien beziehen, die irgendwann einmal gemacht wurden. Auf jeden Fall gibt es keine Entschuldigung dafür wegzusehen, wenn Menschen ungerecht behandelt werden, Kinder und Jugendliche aus den Schulen von einem auf den anderen Tag verschwinden. Und die Aussage des Senators, er halte sich nur an das Asylgesetz, ist ein Wegsehen.

URSULA SAPEL
Bleiberechtsausschuss

ABSCHIEBUNGEN 2

Hamburg: Knapp 80 Schüler_innen abgeschoben

Die Zahl der abgeschobenen Schüler_innen dürfte in diesem Jahr stark ansteigen.

Im ersten Quartal 2016 sind in Hamburg 79 Personen im schulpflichtigen Alter abgeschoben worden. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die dem NDR vorliegt. Demnach war unter den 79 Schülerinnen und Schülern ein Kind, das in Hamburg geboren wurde; zwei weitere kamen im Bundesgebiet auf die Welt und wurden nun abgeschoben. Unbekannt sei, wie hoch der Anteil der "schulpflichtigen Personen an den freiwilligen Ausreisen (insgesamt 735)" sei, heißt es in der Antwort weiter.

Deutlich mehr Abschiebungen

Damit dürfte die Zahl der Abschiebungen von Schüler_innen in diesem Jahr stark ansteigen. Hamburg hatte im vergangenen Jahr 109 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter abgeschoben, darunter sechs, die in Hamburg geboren wurden.

Proteste von Schüler_innen

Unter anderem kritisieren Schüler_innen der Stadtteilschule am Hafen das Vorgehen des Senats. "Unsere Mitschüler werden abgeschoben. Sie werden mit Eltern und Geschwistern nachts aus dem Schlaf gerissen, aus ihrem Zuhause geholt und zum Flughafen gefahren."

Was sie besonders schockiert: Niemand wisse, wann es einen Mitschüler oder eine Mitschülerin trifft. Zurück blieben nur Spinde, Fächer und Schränke, in denen zurückgelassene Sachen liegen. Hamburger Schüler_innen fordern, das Recht jedes Kindes auf Bildung anzuerkennen und die Abschiebungen zumindest während des laufenden Schuljahres auszusetzen. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert das Vorgehen: Es könne nicht sein, dass behördliches Handeln und die geltenden Asylgesetze wichtiger seien als die Kinderrechte.

Auch in Berlin regt sich Widerstand gegen die Praxis, schulpflichtige Kinder, die sogar in Deutschland geboren wurden, abzuschieben. Rund 300 Schüler_innen protestierten im März beispielsweise für die siebenjährige Ayla, die mit ihrer Familie abgeschoben werden soll. Neuköllns Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey forderte, die Regelungen für langjährig geduldete Menschen zu ändern.

Quelle: ndr.de, 19.4.2016

"Fühlen sich als Hamburger_innen“

Die innenpolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion, Christiane Schneider, sagte im Gespräch mit dem NDR: "Gerade die Abschiebung von Kindern, die hier geboren sind – und vor allem, wenn sie hier sozialisiert wurden –, bedeutet einen tiefen Eingriff in ihre Entwicklung bis hin zur Kindeswohlgefährdung". Sie habe einige Kinder und Jugendliche kennengelernt, die sich als Hamburger_innen fühlten. Diese könnten "es oft bis zuletzt nicht fassen, dass und wie diese Gesellschaft sie ausstößt". Jede dritte Rückführung von abgelehnten Asylbewerber_innen oder ausreisepflichtigen Ausländer_innen ist 2015 in Hamburg nicht durchgeführt worden. Die SPD ist mit der Bilanz zufrieden.

PATRICK GENSING, NDR

„Nahezu 70 Prozent“

Der Senat inszeniert ein Verwirrspiel in Sachen Übergang ins Beschäftigungssystem, um mit geschönten Zahlen aufzuwarten

Die Übergangszahlen nach Klasse 10 sind mit 36,7 Prozent Schulentlassenen, die einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz finden (so die Schulabgängerbefragung 2015), weit entfernt von dem, was mit der „Ausbildungsgarantie“ einmal versprochen worden war. Dort hieß es: „Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren.“ (SPD-Regierungsprogramm von 2011) Nach fünf Jahren ist man diesem Ziel kaum nähergekommen.

Nun haben sich Senat und Schulbehörde eine neue Erzählung einfallen lassen. Es wird gesagt, dass das nicht so schlimm sei, weil dank der Ausbildungsvorbereitung ein Jahr nach Schulabschluss „insgesamt nahezu 70 Prozent“ eine Ausbildung aufnehmen konnten (so Bürgermeister Scholz auf dem Senatsempfang „150 Jahre berufliche Bildung in Hamburg“ am 08.09.2015). Schulsenator Rabe formulierte dies so: „Als ich mein Amt begonnen habe, hat nur jeder vierte Abgänger nach der zehnten Klasse eine Ausbildung gefunden, inzwischen ist es mehr als ein Drittel. Und nach einem weiteren Jahr der Vorbereitung in den Berufsschulen finden zwei Drittel einen Ausbildungsplatz.“ *(Zeit Hamburg* vom 10.03.2016)

Wenn das so stimmen würde, wäre das sicherlich besser als die 36,7 Prozent nach Klasse 10. Aber stimmen die Zahlen? Wie kommen Bürgermeister Scholz und Schulsenator Rabe dazu? Auf Nachfrage hat die Schulbehörde mitgeteilt, dass sie einfach zu den Jugendlichen, die nach Klasse 10 einen Ausbildungsplatz bekommen haben, diejenigen hinzuzählt, denen dies nach der Ausbildungsvorbereitung gelungen ist. Sie berufen sich dabei auf das Schuljahr 2012/13. Dies ist aber ein Ausnahmejahr, weil hier erstmals die neue Warteschleife 10. Schuljahr in Kraft trat. Alle Schülerinnen und Schüler, die in der 9. Klasse keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, mussten nun ein Jahr länger zur Schule gehen. Während im Vorjahr ca. 29 Prozent (bzw. ca. 1.200) Jugendliche nach Klasse 9 die Stadtteilschulen verließen, waren es jetzt nur noch etwa 3 Prozent (ca. 100). Dadurch haben sich die Chancen der Schulentlassenen auf dem Ausbildungsmarkt erheblich verbessert: einmal, weil es weniger Bewerberinnen und Bewerber für die vorhandenen Ausbildungsplätze gab, zum zweiten, weil die meisten Schulentlassenen über einen mittleren Schulabschluss verfügten und drittens,

Sprechstunde zur Arbeitszeit

Die GEW (Hans Voß, GBW-Referent) bietet zum Thema KSP (**K**apazitäts- und **S**truktur **P**lanung) / Lehrerarbeitszeit (Wochenstunden-Bilanz) auch eine Sprechstunde an.

In der KSP-Sprechstunde soll den GEW-Mitgliedern in den Personalräten die Möglichkeit geboten werden, die aus der jeweiligen Schule vorliegenden KSP-Unterlagen (Bilanz der Wochenarbeitszeit) zu analysieren, zu erläutern und Fragen zu klären bzw. zu formulieren.

Da die Analyse einzelner KSPs u. U. zeitintensiv sein kann und um längere Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir um eine Email-Anmeldung zu einem Gesprächstermin.

Anmeldung unter ksp@gew-hamburg.de

Bringt bitte die euch vorliegenden KSP-Unterlagen mit.

Die nächsten **Termine** sind: 07.06., 05.07. – jeweils 14.00 – 17.00 Uhr

Weitere Infos unter zum download: http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine

		Schulabgänger-befragung 2104	Ausbildungsvorbereitung (AV) + Produktionsschule (PS) 2014/2015	„Berechnung“ von Senat und Schulbehörde	Eigene Berechnung
		1	2	3	4
Schulentlassene insgesamt	1	5.059			
„Abmeldungen“ aus HH	2	250			
Schulentlassene ohne Abmeldungen	3	1.893		100,0 %	100,0 %
Übergang in Ausbildung	4	1.910		39,4 %	39,4 %
Übergang in Ausbildungsvorbereitung + Produktionsschule	5				
Abgänger_innen aus AV + PS	6		2.631		
Abgänger_innen-Vermehrung durch „Zuzügler“ und Abbrecher_innen (Zeile 5 – Zeile 4) abs. in Prozent von Zeile 4	7		721 37,7 %		
Übergang aus AV + PS in Ausbildung	8		1.021	21,2 %	
ohne Abgänger_innen-Vermehrung	9		636		13,2 %
Übergang in Ausbildung insgesamt in Prozent von Zeile 3	10			**60,6 %**	**52,6 %**

Quelle: Schulabgängerbefragung 2014 und verschiedene Bürgerschaftsdrucksachen (Drs. 21/2075, 21/2941 und 21/4175)

weil einige Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf die nun älteren Schulentlassenen nicht mehr zutrafen.

Zur Überprüfung der Aussagen von Bürgermeister Scholz und Schulsenator Rabe sollte nicht ein Ausnahmejahr, sondern ein normales Schuljahr gewählt werden. Laut Schulabgängerbefragung 2014 gab es in dem Jahr 5.059 Schulentlassene, von denen 1.893 oder 37,4 Prozent einen Ausbildungsplatz gefunden haben, 1.910 oder 37,8 Prozent sind laut Schulabgängerbefragung in die Ausbildungsvorbereitung oder eine Produktionsschule übergegangen. Nach einem Jahr haben wiederum 1.021 Jugendliche aus der Ausbildungsvorbereitung oder Produktionsschule doch noch einen Ausbildungsplatz erhalten. Damit hätten – so die Argumentation von Senat und Schulbehörde – insgesamt 2.931 Jugendliche einen Ausbildungsplatz gefunden (1.893 + 1.021). Bezogen auf die 5.059 Schulentlassenen wären dies 57,9 Prozent oder, weil die Schulbehörde noch 250 „Abmeldungen“ aus Hamburg abzieht (5.059 – 250 = 4.809), um die „Erfolgszahlen“ noch etwas anzuheben, sogar 60,6 Prozent.

Diese Berechnungsweise von Schulbehörde und Senat ist schlicht fehlerhaft. Denn es fehlen die Ausbildungsabbrecherinnen und -abbrecher. 24,6 Prozent der Ausbildungsverträge werden vorzeitig gelöst, davon zwei Drittel im 1. Ausbildungsjahr (Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016, S. 179 f). In Hamburg liegt die Vertragslösungsquote mit 28,1Prozent überdurchschnittlich hoch, im Hamburger Handwerk beträgt sie sogar 40,2 Prozent. Wenn man diesen Sachverhalt ausblendet, zeugt das entweder von grober Unkenntnis der Ausbildungsprozesse oder man will der Öffentlichkeit etwas vormachen.

Auf Nachfrage, wie viele der Schulentlassenen, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, die Ausbildung im 1. Ausbildungsjahr abbrechen, konnte uns die Schulbehörde keine Zahlen nennen. Man muss sich daher dem Sachverhalt auf anderem Wege nähern. Zuvor haben wir aufgeführt, dass 1.910 der Schulentlassenen laut Schulabgängerbefragung 2014 in die Ausbildungsvorbereitung oder

Produktionsschule übergegangen sind. Der Senat teilte nun aber mit, dass 2.631 Jugendliche die Ausbildungsvorbereitung und Produktionsschule beendet haben (Bürgerschaftsdrucksache 21/4175). Das sind 721 (oder 37,7 Prozent) mehr als diejenigen, die die Ausbildungsvorbereitung oder Produktionsschule begonnen haben. Dies Phänomen der Abgängervermehrung erklärt der Senat wie folgt: „Diese werden z. B. durch Zuzügler nach Hamburg oder Abbrecherinnen und Abbrecher aus einer Ausbildung etc. verursacht“ (Bürgerschaftsdrucksache 21/2941).

Laut Senat haben nun 1.021 der 2.631 Jugendlichen, die die Ausbildungsvorbereitung oder Produktionsschule beendet haben, eine Ausbildung gefunden. Korrekterweise dürfte man nur die Übergänge in Ausbildung bezogen auf die 1.910 Jugendlichen zählen, die die Ausbildungsvorbereitung oder Produktionsschule begonnen haben. Dies sind rechnerisch 636 Jugendliche. Insgesamt erhält man dann 2.529 oder lediglich 52,6 Prozent Jugendliche, die ein Jahr nach Schulabschluss und Ausbildungsvorbereitung einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Eben 52,6 Prozent und nicht die „insgesamt nahezu 70 Prozent“ von Bürgermeister Scholz oder die „zwei Drittel“ von Schulsenator Rabe.

Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen:

- Senat und Schulbehörde müssen endlich das Verwirrspiel bei den Ausbildungszahlen beenden und nachprüfbare und aussagekräftige Statistiken vorlegen.
- Hamburg ist weit entfernt von der „Ausbildungsgarantie“. Noch mehr Berufsorientierung, noch mehr Vermittlung durch Jugendberufsagenturen schaffen keine Ausbildungsplätze. Und bevor man Abiturientinnen und Abiturienten versucht, in eine Ausbildung zu locken, was den Verdrängungswettbewerb für Schulentlassene mit erstem oder mittlerem Schulabschluss erhöht, sollte Hamburg endlich die versprochene „Ausbildungsgarantie“ einlösen. Solange betriebliche Ausbildungsplätze fehlen, müssen staatlich geförderte, außerbetriebliche Ausbildungsplätze – wie bspw. im ‚Hamburger Ausbildungsmodell‘ – geschaffen werden.

DORA HEYENN (MdBÜ)
KAY BEIDERWIEDEN (Referent)

ANZEIGE

Ein iPhone 6 bitte, Herr Rabe

Der Schulsenator bewirbt virtuelle Arbeitsplätze als Gewinn. Und wer stellt Lehrer_innen die nötigen Geräte zur Verfügung?

Foto: pexels/Adrianna Calvo

Wer besorgt uns ein iPhone 6?

In einer Pressemitteilung der BSB vom 26. April 2016 wurde die Einführung des Kommunikationsportals „eduPort“ und dienstlicher E-Mail-Adressen für rund 17.000 Hamburger Lehrkräfte und Pädagog_innen als „echter Gewinn“ verkauft.

Unter Anderem wurde Schulsenator Rabe mit den Worten zitiert: „Das Besondere: Die Beschäftigten können dafür ihre eigenen Smartphones, Laptops, Tablets oder Computer nutzen, zudem haben sie jederzeit und von jedem Ort der Welt Zugang zu der Plattform.“

Ich halte die Tatsache für äußerst problematisch, dass behördlicherseits der Eindruck erweckt wird, die Möglichkeit, eduPort mit privaten Endgeräten nutzen zu können, sei ein Vorteil/positiver Aspekt, (um nicht eine deutlichere Umschreibung zu verwenden).

Es gab einmal Zeiten, in denen (ernsthaft?) diskutiert wurde, den Kolleg_innen in den Schulen „vernünftige“ und (auch technisch) voll ausgestattete sowie funktionsfähige Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Nun wird die Nutzung privater und somit privat bezahlter Endgeräte für dienstliche Belange medienwirksam als Erfolg verbrämt...

Mein Schwiegersohn und mein Bruder, die in der „freien Wirtschaft“ arbeiten, haben für berufliche Belange ebenfalls berufliche E-Mail-Adressen. Sie haben von ihren Arbeitgebern allerdings auch kostenfrei internetfähige „Dienst“-Smartphones und -Laptops zur Verfügung gestellt bekommen.

Mich würde interessieren, ob Schulsenator Rabe dies auch für die Kolleg_innen an den Schulen in Erwägung zieht!

Für diesen Fall hätte eine Kollegin an meiner Schule gern ein iPhone 6; ich selbst wäre auch mit einem kostengünstigeren Gerät zufrieden...

Sofern ich für dienstlichen E-Mail-Verkehr ein Dienstgerät nutze/nutzen kann, bin ich gern bereit, meine (bereits vorhandene) dienstliche E-Mail-Adresse zu nutzen. Wenn dann auch noch das in unserer Schule bereits vor geraumer Zeit installierte zugehörige WLAN nutzbar wäre, wäre wohl tatsächlich ein „echter Gewinn“ erreicht worden.

Solange ich für dienstliche Belange jedoch private Endgeräte nutze/nutzen muss, möchte ich mir nicht vorschreiben lassen, welche E-Mail-Adresse ich – etwa für die Kommunikation mit Eltern und/oder Schüler_innen – nutze...

TORSTEN VAN DER HEYDEN
Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer

Heiße Zeiten damals – Aktionen gegen die LehrerArbeitszeitVerordnung

Für eine „DiaShow“ zum o.g. Thema auf der Tagung für GEW-Seniorinnen und Senioren am 4.10. suche ich noch
- weiteres Bildmaterial in Dateiform
- eine Kollegin / einen Kollegen mit Interesse daran mitzuarbeiten.

JOACHIM KROLL, 0172 4018395, krolli_und_hilde@gmx.de

Nur hohle Phrase?

In Bezug auf das selektive Schulsystem bleibt die Einlösung des Gleichheits- und Sozialstaatspostulats auf der Strecke

Strauß, den Franz-Josef, haben wir immer kritisiert, wenn er davon sprach, dass man die Widersprüche sich zuspitzen lassen solle. Dann sei der Boden bereitet, dass das, was vorher fest auf einem Sockel verankert schien, ins Wanken gerate und es folglich nur noch wenig Kraftanstrengung bedürfe, das Bauwerk zum Einsturz zu bringen. Fatal ist eine solche Sichtweise, die er mit Populisten auf der ganzen Welt teilt, weil man nicht bereit ist, dann soziale Verantwortung zu übernehmen, wenn die Situation es verlangt.

Und an einem solchen Punkt sind wir nach meiner Einschätzung angelangt. Man kann nämlich sehen, wie derzeit das von vielen politischen Akteur_innen gepriesene 2-Säulen-Modell bröckelt. Und das nicht nur aufgrund der desaströsen Anmeldezahlen bei den Stadtteilschulen: 42 Prozent der jetzigen Viertklässler_innen, von denen wiederum 22 Prozent sonderpädagogischen Förderbedarf diagnostiziert bekommen haben; gymnasial empfohlene Kinder: ohnehin Fehlanzeige. Das ist der Stand der Dinge. Und als ob dies nicht schon genug strukturelle Benachteiligung gegenüber den Gymnasien bedeutet, sollen die Stadtteilschulen neben der Herkulesaufgabe der Inklusion nun auch mehrheitlich die Integration der Flüchtlingskinder bewerkstelligen.

Nun hat der Senator in seiner Rede auf unserem Gewerkschaftstag (s. Bericht auf S. 14) nichts unversucht gelassen, um das Bemühen des Senats um eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge zu betonen. Nur der politische Wille, so der Senator, genüge nicht, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben seien. Es sei nun mal so, dass es keine Freiflächen für Flüchtlingsunterkünfte in den urbanen Stadtteilen, er nannte Eimsbüttel, gebe. Entsprechend bekämen die Schulen dort weniger Flüchtlingskinder zugewiesen. Das könne man nur ändern, wenn man längere Schulwege akzeptiere. Hinzu komme, dass aufgrund der geringeren Anmeldezahlen an den Stadtteilschulen in diesen Leerstand entstehe. Folglich käme man gar nicht drum herum, die Flüchtlingskinder dort, also an den Stadtteilschulen, unterzubringen. Gegenwärtig gebe es diese Schieflage: Während an den Gymnasien 30 Flüchtlingsklassen eingerichtet sind, gibt es fast 100 an Stadtteilschulen. Das wolle man ändern, vor allem auch durch die jetzt noch vorhandene Schieflage in Hinblick auf die jeweilige soziale Belastung, denen die Schulen ausgesetzt seien (60 Prozent aller Flüchtlingsklassen sind an Schulen mit KESS-Faktor 1 und 2, also sozial belastet). Perspektivisch wolle man eine Gleichverteilung in Bezug auch auf die nach KESS-Faktoren eingeteilten Schulen. Davon sei man allerdings noch ein stückweit

entfernt. Der Sachzwang diktiere das Handeln.

Nun ist es bei den Flüchtlingen nicht anders als in unserer Gesellschaft, dass es Arme und Reiche gibt und damit meist korrespondierend Bildungsfernere und Bildungsnahe. Der Riss verläuft eben nicht zwischen den Völkern, sondern den Klassen. Oder, wer diese Kategorie nicht mag: zwischen den Schichten. Das heißt, dass über kurz oder lang die Flüchtlingskinder aus bildungsnahen Elternhäusern den Sprung aufs Gymnasium schaffen werden, während das Gros auf die Stadtteilschulen geht. Und das ist auch gut so, könnte man sagen, weil dort die pädagogischen Konzepte ohnehin stärker auf den/die Einzelne_n ausgerichtet sind. Zyniker könnten anmerken: na ja, da gehören sie doch auch hin. Da sind sie unter denen, deren Platz in der Gesellschaftshierarchie doch schon festgelegt wurde. Auf jeden Fall nicht oben.

Das Problem ist nur, dass durch das Aussortieren und Aussondern in unserem von so Vielen gepriesenen 2-Säulen-Modell zu den ohnehin schon Belasteten und Beladenen nun noch jene hinzukommen, die als Flüchtlinge ihr sprachliches Defizit und ihre kulturelle Fremdheit mit einbringen. Dies wird Eltern, die in ihrer Wahl, an welche Schule sie ihr Kind geben, unsicher sind, nicht gerade ermutigen, sich für die Stadtteilschule zu entscheiden.

In vielen anderen sozialen Zusammenhängen würde man sagen: die Stärkeren müssen eigentlich die Integration der Flüchtlingskinder schultern. Auf jeden Fall entspreche dies dem im Grundgesetz formulierten Auftrag. Die Bundesrepublik ist nach Artikel 20 GG eine sozial ausgerichtete Gesellschaft – übrigens mit Ewigkeitsgarantie! Dieses Sozialstaatspostulat durchdringt dem Anspruch nach unser gesamtes Rechtssystem. Für mich erwächst daraus eine soziale Verantwortung, die mich zum Handeln zwingt, wenn ich dieses Grundrecht nicht zur hohlen Phrase verkommen lassen will.

Gemäß Artikel 3 GG, nach dem niemand seiner Herkunft wegen benachteiligt werden darf, wäre somit das Aus- und Absondern, das Selektieren, im Rahmen des 2-Säulen-Systems verfassungswidrig

Man muss also keineswegs die gesellschaftliche Systemfrage stellen, um dieses schreiende Unrecht, das den Kindern und Jugendlichen der Stadtteilschulen widerfährt, zu geißeln. Zusammen mit dem Gleichheitsgebot nach Artikel 3 GG, nach dem niemand seiner Herkunft wegen benachteiligt werden darf, wäre somit das Aus- und Absondern, das Selektieren, im Rahmen des 2-Säulen-Systems verfassungswidrig.

Aber das Recht ist natürlich nur so stark, wie die Beteiligten dies einfordern. Insofern bleibt uns nichts anderes übrig, als auf den Druck der Straße zu setzen. Damit der entsteht, muss das Unrecht wahrgenommen werden. Dies geschieht i.d.R. nicht über Nacht. Es ist unsere Aufgabe, die Menschen davon zu überzeugen.

JOACHIM GEFFERS

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Jeweils Dienstag am 14. Juni und 19. Juli 2016 (nicht wie versehendtlich in der letzten Ausgabe genannt, der 19. Juni) bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen. Offene Sprechstunde (ohne Terminvereinbarung) jeweils von 15 bis 17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle

GERHARD BRAUER, ehrenamtlich tätiges GEW-Mitglied

Ideologie und Folklore

Von der Bildungsmisere im eigenen Land zur weltweiten Krise der Bildungsarbeit – ein Gastbeitrag aus Schleswig-Holstein

Es gibt ein Wort, das sich zur Denkblockade in der pädagogischen und bildungspolitischen Diskussion gemausert hat, ein Wort, das jeden Ansatz, der der Wirklichkeit auf den Grund gehen will, kontaminieren soll, ein Wort, das jeden Diskurs in einen Tunnel zwingt. Es ist das Wort Ideologie. Man kann sich sicher sein, dass in jeder öffentlichen Diskussion mit diesem Wort Demarkationsgrenzen gezogen werden, die das vermeintlich Unseriöse von dem vermeintlich Seriösen scheiden sollen.

Wenn ein ehemaliger Schulleiter Tabubrüche begeht, indem er die Wirklichkeit ohne Rücksicht auf Imageverluste beschreibt, indem er nicht mitspielt in der Beweihräucherung der guten Absichten, dann mag das in der öffentlichen Wahrnehmung noch angehen. Es kann ja noch als angenehme Erregung empfunden werden. Wenn aber diese Wirklichkeit anders als mit der Steigerung der guten Absichten verändert werden soll, dann wird der Kampfbegriff „Ideologie“ aus dem Köcher gezogen. „Kampfbegriff“ ist vermutlich noch nicht einmal das richtige Wort. Es steht schon immer unausgesprochen im Raum. Wird es ausgesprochen, tritt eine Lähmung ein, eine Art präventiver Erschöpfung, die aus der Erinnerung erfolglosen Streitens erwächst. Es scheint kein Kraut dagegen gewachsen zu sein.

Jede_r, der/die in einer Schule arbeitet, in der diejenigen Kinder das Lernklima bestimmen, die mit sich selbst, mit ihrer Umgebung, in ihrer gesamten Lebensgeschichte keine guten Erfahrungen gemacht haben, weiß, wie schwer es ist, Optimismus zu verbreiten. Optimismus ist nun aber das Lebenselixier erfolgreichen Lernens. Und Lehrens. Wenn das Klima fehlt, in dem man sich auf ein Gelingen freuen kann, in dem man auf ein Arbeitsergebnis gespannt sein kann, wird man sich nicht auf ein Gelingen freuen und auf ein Arbeitsergebnis gespannt sein. Es wird kein Lernen stattfinden. Das hat nichts mit Klugheit und Dummheit zu tun. Das hat mit Erfahrung zu tun. Wenn Kinder in die Schule kommen, sind sie in einem höchst unterschiedlichen Zustand, nicht in erster Linie, weil es ihnen in die Wiege gelegt wäre, sondern weil ihre Lebensgeschichte sie sehr unterschiedlich mit dem Selbstbewusstsein ausgestattet hat, auf sie komme es an, sie könnten in einem positiven Resonanzraum glückliche Momente erleben. Sehr viele Kinder haben keine positive Resonanzerfahrung. Sie sind auf Vermeidung eingestimmt. (Der Zusammenhang zwischen Resonanzmangel und Fanatismus verdient ausführlichere Betrachtungen.) Aber: Mit diesen Worten bin ich vermutlich schon als Ideologe gebrandmarkt. Für viele Zeitgenossen habe ich mit diesen Worten schon das Feld der Ideologie betreten. Denn es klingt ja die Neigung an, es mit der Trennung von Kindern sein zu lassen.

Mit dem mobilisierenden Slogan „Wir wollen lernen!“ war in Hamburg vor wenigen Jahren gemeint, dass Zehn- bis Zwölfjährige nur dann lernen können, wenn sie von vermeintlich leistungsschwächeren Kindern, die dem Slogan nach nicht lernen können, getrennt werden

Es muss mit der Verbannung der Emotionalität aus den bildungspolitischen Diskursen zu tun haben, wenn nur von wenigen die Gemeinheit empfunden wurde, die man Zehnjährigen zufügt, indem man sie nach ihrer gemessenen Leistung und ihren Resonanzerfahrungen sortiert, noch bevor sie ein klares Bewusstsein von dem bekommen können, was in dem Moment geschieht. Sie wissen zwar – die Spannungen im 4. Grundschuljahr sorgen schon dafür –, dass etwas Prägendes passiert, das für ihren weiteren Lebensweg bedeutsam ist, das ein Versprechen auf die Zukunft enthält, aber auch, dass diese Versprechungen höchst unterschiedlich sind. Sie wirken wie unbegriffene Festlegungen. Da kann man noch so freundlich die Alternativen benennen. Mit dem mobilisierenden Slogan „Wir wollen lernen!“ war in Hamburg vor wenigen Jahren gemeint, dass Zehn- bis Zwölfjährige nur dann lernen können, wenn sie von vermeintlich leistungsschwächeren Kindern, die dem Slogan nach nicht lernen können, getrennt werden. Diese Bewegung hatte Erfolg. In gewisser Hinsicht befinden wir uns mit unserem Schulwesen noch im 19. Jahrhundert. Manchmal hilft der Blick auf die Mythen eines anderen Kulturkreises. Die Männer Saudi-Arabiens glauben, dass Frauen unfruchtbar werden, wenn sie eigenständig Auto fahren. Das glauben sie schon sehr lange und sehr fest. Wir

halten das in unserem Kulturkreis für falsch. Dafür glauben wir, dass man eine Population von zehnjährigen Kindern aufteilen muss nach Bildungsprognosen. Ich glaube ja, dass Frauen durch Autofahren nicht unfruchtbar werden und dass Kinder zehnjährig durch kategoriale Trennungen nicht gefördert, sondern entmutigt werden.

Nehmen wir die Inklusion. Da wird ein Wort bemüht, das nichts anderes behauptet, als dass wir als Lernende Zusammengehörige sind. Wenn wir aber öffentlich fragen, was dieses Wort eigentlich bedeutet, entsteht eine merkwürdige Freudlosigkeit, als würde – unausgesprochen – ein Reden über Verbotenes erfolgen. Das Wort ja, aber bitte ohne seine Bedeutung. Inklusion in segregierenden Systemen: Das geht nur in den Nebelbänken des Status quo. Es ist bei Licht eine intellektuelle Zumutung.

Ein weiteres Wort geistert im Nebel des Status quo umher: Individualisierung. Was machen wir aber mit der Bedeutung des Wortes, ohne unter Ideologieverdacht zu geraten? Wenn das Wort eine Berechtigung haben soll, dann heißt das doch, dass in erster Linie Kinder immer an sich selbst anknüpfen müssen, wenn Lernen überhaupt stattfinden soll. Und dann heißt das doch auch, dass es uns nicht in erster Linie auf Unterscheidung ankommen darf. Sollte da jemand Sorge haben: Unterscheidungen ergeben sich ganz von selbst. Man muss sie nicht inszenieren. Erst inszeniert wirken sie fatal. Wollen wir in erster Linie Unterscheidung oder erfolgreiches Lernen?

Ich glaube ja, dass Frauen durch Autofahren nicht unfruchtbar werden und dass Kinder zehnjährig durch kategoriale Trennungen nicht gefördert, sondern entmutigt werden

Optimismus, das Gefühl, dazuzugehören und Lernen als stets individuelles Ereignis: Woher kommt die Neigung, pädagogisches Bemühen solcher Art unter Ideologieverdacht zu setzen? Wir haben es mit einer Schulfolklore zu tun, die viel wirksamer ist als jede Ideologie, der es um die Legitimierung gesellschaftlicher Partikularinteressen geht.

Das Schlimme ist, dass diese Schulfolklore in uns allen steckt. Dabei hat sie es verdient, dass man sie aufs Korn nimmt. Sie vertritt den Stammtisch der Pädagogik. Die Stammtischprotagonisten sind denkfaul und meistens borniert. Um sich selbst nicht in den Blick zu bekommen, haben sie für alles Scheitern EINEN Grund: faule oder dumme Lernende, faule oder unfähige Lehrende, die anmaßenden oder gleichgültigen Eltern. Wenn das alles nicht passt, bleibt ihnen: So ist die Schule/So ist das Leben/So war es schon immer. Das ist eingebrannt ins Bewusstsein. Konstruktive Kritik ist ihnen ein Gräuel. Visionen sind ihnen ein Krankheitssymptom. Glück ist ihnen ein Zufallsprodukt. Jede Veränderung ist ihnen eine Zumutung, unnütz und schlimmstenfalls Missbrauch an Kindern. Den Status quo sprechen sie heilig. Notfalls liefern sie einen zuckersüßen Überguss über eine unbefriedigende Wirklichkeit.

Man muss ihre verdammt große Macht beschneiden, wenn wir das Lernen ernster nehmen wollen.

Die Folklore tritt sehr flexibel auf. Ihr Ziel ist aber immer dasselbe: Nur nicht Probleme des Lernens so angehen, dass man in seinen Gewohnheiten und Einstellungen irritiert wird. Die Folklore ist zu Hause in Lehrerzimmern, in Elternhäusern und in Redaktionsräumen. Leider auch in manchen Lehrerbildungszentralen und Universitätsseminaren. Die letzte Spielform der Folklore stammt von Donald Trump mit seinem Satz: „Ich liebe die Ungebildeten."

Wollen wir die Macht der Schulfolklore brechen, müssen wir Zentralen, Kooperative und Netzwerke einer neuen Konstruktivität schaffen. Einige fallen mir ein: „Blick über den Zaun", „Archiv der Zukunft", die Deutsche Schulakademie, die Preisträgerschulen des deutschen Schulpreises, in gewisser Hinsicht auch der Bildungsclub der Hamburger GEW. Hier ist ein großes Wissen über erfolgreiches Lernen, ohne Kinder systematisch zu trennen, angesammelt. Selbst ohne irgendwo dort organisiert zu sein, empfehle ich, sich zu befreien von der epidemischen Infizierung durch den pejorativen Begriff der Ideologie. Der Ideologieverdacht ist ein Kind der Schulfolklore.

Wer mir nicht glauben mag, lässt sich vielleicht von der amerikanischen Philosophin Martha C. Nussbaum irritieren, die in ihrem Buch „Nicht für den Profit! Warum Demokratie Bildung braucht" erläutert, warum in einer Demokratie alle (!) Menschen ihre Fähigkeit entwickeln müssen, demokratisch zu partizipieren. Wenn Kinderseelen durch unbegreifbare Niederlagen zerstört werden, ist das kaum möglich. Sie stellt eingangs fest: „Wir befinden uns mitten in einer schweren Krise von großer globaler Bedeutung. Nein, ich meine nicht die Wirtschaftskrise, die 2008 einsetzte. […] Nein, ich meine eine Krise, die bislang weitgehend unbemerkt bleibt, so wie ein Krebsgeschwür; eine Krise, die aber für die Zukunft einer demokratischen Selbstregierung langfristig wohl schädlicher ist: eine weltweite Krise der Bildungsarbeit."

Welch unerträgliche Ideologin! Welch aktueller Befund!

ANTONIUS SOEST
Schulleiter i.R., Schleswig-Holstein

Zurück zur äußeren Differenzierung?

Interview mit Helga Wendland, Schulleiterin der Ida-Ehre-Schule

hlz: *Frau Wendland, sieben STS sind letztes Jahr von der Fahne gegangen: zurück zur äußeren Differenzierung. Erleben wir ein Rollback zum nicht nur zwei-, sondern mehrfach gegliederten Schulwesen?*

Helga Wendland: Es ist richtig: immer mehr Stadtteilschulen wollen wieder zur äußeren Leistungsdifferenzierung zurückkehren. Es gibt ja nach wie vor nur ganz wenige Schulen, die seit Gesamtschulzeiten dabei geblieben sind, zum Beispiel die Goethe-Schule Harburg fällt mir da ein. Dann haben wir die Schulen, die der Senator jetzt als Paradeschulen vorstellt, die kooperativen Schulen, die das ja richtig durchdekliniert haben und dann gab es ein paar, die in den höheren Jahrgängen in den Fächern Deutsch, Mathe, Englisch dabei geblieben sind. Was ich jetzt so insgesamt gehört habe, ist, dass der Druck der Kollegien, zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung zurückzukehren, größer geworden ist.

hlz: *Nun haben Sie mir im Vorgespräche auf meine Frage, ob es denn an Ihrer Schule auch diese Tendenz gebe, gesagt, das mag sein, aber es trete nicht offen zutage, weil es dafür keine Mehrheiten gäbe. Warum ist es Ihnen so wichtig, dass es keine äußere Fachleistungsdifferenzierung gibt?*

Helga Wendland: Mir ist das gemeinsame Lernen wichtig und ich weiß einfach auch aus meiner eigenen Geschichte, dass der Wunsch da ist, äußerlich zu trennen, weil man sich wünscht, dass man allen Kindern besser gerecht wird: Man glaubt, wenn man – ich sage das jetzt mal aus meiner Brille – sich an einer Mitte orientiert – und das tut ein_e Lehrer_in in der Regel –, dann ist es einfacher, wenn die Mitte nicht so weit streut, wie wir es in der Stadtteilschule haben, nämlich vom Förderkind bis zum Gymnasiasten. Meine Erfahrung als Lehrerin: Ich bin ’82 in Hamburg Lehrerin geworden – in einer Gesamtschule. Damals gab es die 1-er und die 2-er Kurse. Ich bin Sprachenlehrerin und ich hatte als Lehrerin das Gefühl, ich kann den Schüler_innen gar nicht gerecht werden und habe dann Anträge gestellt, war sehr maßgeblich mit dabei zu sagen: Wir brauchen nicht nur 2-er Kurse, sondern da sind ja so Schwache, die können gar nicht Englisch lernen, sollen die nicht lieber Deutsch machen? Dann habe ich dafür plädiert, einen 2-2-er Kurs einzurichten und es gab 1-1-er Kurse. Wir haben trotzdem das Gefühl gehabt, wir werden nicht allen gerecht und sind sehr schnell dahin gekommen, dass wir vor der Situation standen, dass es keine_n Lehrer_in gab, der/die den 2-2-er Kurs unterrichten wollte. Es war für die Kinder im 2-2-er der reine Frust. Die Schüler_innen im 1-1-er Kurs sind nicht besser geworden dadurch, dass sie im 1-1er-Kurs waren. Die Erfahrung aus dieser Zeit, in der ich mich wirklich intensiv damit auseinandergesetzt habe, sagt mir: Das ist nicht die Lösung. Es ist der Wunsch eine bessere Orientierung zu haben, weil: wenn man zwei Ebenen

© Ursus Wwhrli

Ursus Wehrli (siehe auch Seite 59) räumt nicht nur die Kunst auf, sondern ordnet auch die Welt. Absurd? Das aber prägt in aller Regel den Schulalltag

einrichtet, hat man trotzdem innerhalb seines Kurses noch eine riesengroße Bandbreite. Die Kinder mit Förderbedarf oder erhöhtem Förderbedarf – für die muss ich sowieso etwas ganz Eigenes haben. Ich muss gucken: Brauche ich was ganz Eigenes? Die Frage ist, zieldifferent oder zielgleich zu unterrichten. Die Überflieger_innen, an denen orientiere ich mich auch nicht, wenn ich mich an einer Mitte orientiere, also kann nach meiner Ansicht die Lösung nur sein, differenziert zu unterrichten und in jeder vorbereiteten Unterrichtsstunde im Blick zu haben, dass ich sehr, sehr unterschiedliche Schüler_innen vor mir habe, die vielleicht in Mathe ganz, ganz große Schwierigkeiten haben, in Englisch aber leistungsstark sind. Es gab eine Tendenz, wenn Schüler_innen in zwei Fächern im 1-er-Kurs waren, dann sind sie sehr schnell in allen drei Fächern im 1-er-Kurs gewesen und damit hat man Festschreibungen vorgenommen. Das will ich nicht. Im Moment ist es so, dass die Mathematiker_innen die äußere Fachleistungsdifferenzierung in meiner Schule auch überlegen. Unsere Ergebnisse in den Tests sind schlecht und wir haben eine besondere Gruppe eingerichtet, die „Mugies“, die tagen seit einem Jahr. Sie sagen: Der Wunsch der Kolleg_innen nach Differenzierung ist groß, dann wird alles einfacher, dann kann ich immer Aufgaben auf erweitertem Niveau anbieten und die anderen immer auf grundlegendem Niveau versorgen. Das sei viel einfacher. Kann ich ja aber nicht. Ich muss die anderen ja auch so fördern, dass sie in den erweiterten Kurs gehen können. Und dann habe ich gefragt, ob ich hospitieren kann, um mir einen Eindruck zu verschaffen. Ich gehe im Moment durch alle Mathe-Kurse und sehe mich zu hundert Prozent bestätigt. Die Kunst ist, die unterschiedlichen Kinder oder Jugendlichen im Blick zu haben, die Aufgaben so zu gestalten, dass für jede_n eine Herausforderung dabei ist und den Unterricht methodisch didaktisch so einzurichten, dass auch jede_r Gelegenheit hat, seine/ihre Aufgaben zu rechnen, um eben aber auch von der Lehrkraft eine Rückmeldung zu kriegen, ob das richtig ist, was er/sie da gemacht hat oder eben auch um Zusätze, Ergänzungen, Verstärkung zu bekommen. Diese Erfahrung sagt mir, dass das der bessere Weg ist.

Fotos: hlz

Es ist der Wunsch, eine bessere Orientierung zu haben, aber es ist nicht die Lösung, weil: egal – wenn man zwei Ebenen einrichtet, hat man trotzdem innerhalb seines Kurses noch eine riesengroße Bandbreite

hlz: *Nun sagen Sie, dass Sie selber auch Sprachenlehrerin sind. Moderner Sprachunterricht zeichnet sich doch gerade durch mündliche Kommunikation aus. Wie kriegen Sie da den Spagat hin, die Starken mit den Schwachen trotzdem in ein Gespräch zu bringen, das alle Beteiligten voranbringt?*

Helga Wendland: Gerade in der Sprache kann man das ja wunderbar begründen. Also, menschliche Kommunikation läuft ja auf so vielen Kanälen ab und sie können sich gerade im Sprechen wirklich auf unterschiedlichen Ebenen befinden und trotzdem von der gleichen Sache sprechen. Jemand, der sich im Ausland aufhält und eben nicht Muttersprachler_in ist, muss ja auch mit seinem Stückwerk an Wörtern oder mit Satzanfängen kommunizieren, während andere fließend sprechen können. Also gerade da geht es wirklich gut. Schwierig wird es bei Grammatik und schwierig wird es, wenn ich an die sprachliche Korrektheit herangehe. Da gibt es Kinder, die kriegen das sehr schnell hin und verstehen auch, wenn ich ihnen ein Regelwerk erkläre und können es anwenden. Andere können es nicht verstehen, andere bleiben auf der Wortebene, auf kleinen kurzen Sätzen ohne Satzgefüge hängen. Aber ich habe trotzdem mit dem Thema, an dem ich arbeite, grammatisch oder vom Wortschatz her, eine Ebene, wo ich sie wieder alle zusammenbringen kann. Können Sie sich Sprachunterricht vorstellen, in dem 20 Kinder sitzen, die alle kaum die Sprache können, die sich alle auf Wortebene bewegen? Das ist traurig. Beim Sprachunterricht mit Schüler_innen, bei denen in Jahrgang 11die Hälfte vielleicht ein Jahr in Amerika gewesen ist, werden diese doch nicht aufgehalten, weil andere mehr Fehler machen beim Sprechen oder in kürzeren Sätzen antworten, als sie selber das können. Also: ich halte niemanden auf, wenn ich meine Schüler_innen gemeinsam unterrichte, fördere aber sehr stark die, die das Vorbild der Lehrkraft und des guten Schülers und der guten Schülerin brauchen.

hlz: *Was ist mit den Schüler_innen, wird dieses ‚Alle-lernen-gemeinsam' eigentlich akzeptiert?*

Helga Wendland: Ja. Und von Eltern auch. Ich habe das offen diskutiert im Elternrat. Wir haben darüber bei einer Elternvollversammlung gesprochen und die Eltern finden das in Ordnung. Es gibt keinen Antrag, von Schüler_innen nicht, von Eltern nicht, dass wir die äußere Fachleistungsdifferenzierung einreichen sollten. Es gibt von Kindern, die sehr leistungsstark sind, manchmal die Äußerung: „Ich will mehr lernen" oder wie auch immer das formuliert wird oder: „Französisch ist langweilig" oder: „Englisch ist langweilig, es geht mir nicht schnell genug voran". So etwas gibt es, aber nicht: Das wird besser, wenn ich nur mit Leistungsstarken bin. Der Wunsch ist: „Ich will interessanteren Unterricht haben" oder: „Ich will was Eigenes haben, wo ich mich besser dran messen kann". Wir haben inzwischen kaum noch Lektüren, die von allen gleich gelesen werden, sondern wir sind sehr stark dazu übergegangen, Lektüren zu einem Thema an unterschiedliche Kinder zu geben auf sehr unterschiedlicher sprachlicher Ebene. Sie können da miteinander doch gemeinsam reden.

hlz: *Wie erklären Sie sich dann aber, dass es derzeit diesen Trend zurück zur äußeren Differenzierung gibt?*

Helga Wendland: Ich erkläre mir das so, dass es schwierig ist so guten Unterricht zu machen, dass man alle bedienen kann. Man muss wirklich stärker, als wenn man sich an einer Mitte orientiert, planen, muss viel stärker die Aufgaben auswählen, immer darauf achten: Habe ich für alle das Richtige? Immer darauf achten: Was ist das Verbindende? Was ist das Trennende? Das ist viel anstrengender als zu sagen: Okay, ich schicke die einen eben in den E-Kurs, dann sind sie da drin und ich kann ruhig sein, kann sicher sein, muss mir keine Gedanken machen, ob sie die richtige Förderung kriegen. Das ist der einfachere Weg und das kann ich verstehen. Das hat ja auch was mit Belastung zu tun, mit Arbeitszeit. Ich muss mich vielleicht intensiver vorbereiten. Ich muss verschiedene Aufgaben vorhalten. Ich muss mich nicht nur in eine Lektüre einlesen, sondern in drei, weil ich eben drei unterschiedliche verteilt habe. Das ist mehr Arbeit. Deswegen kann ich das verstehen.

hlz: *Wir reden, so denke ich, über das Herzstück der Reformpädagogik, dass man den Anspruch hat, alle gemeinsam zu unterrichten. Wenn man das auflöste, dann käme man wohl in der Konsequenz wieder zu einem mehrgliedrigen System. Nun habe ich den Eindruck, dass aufgrund des politischen Drucks der Senator sich ein bisschen wegduckt, indem er sagt: Das überlassen wir mal im Rahmen der selbstverantworteten Schule den Schulen, wie sie entscheiden. Halten Sie das für die richtige Antwort?*

Helga Wendland: Ich bin zufrieden mit einer Antwort, die den Schulen die Entscheidung überlässt. Das wünsche ich mir vom Senator. Ich glaube nicht, dass man an einer Schule wie der, die ich leite, die gleiche Pädagogik haben kann wie in einer Schule – ich sage mal – auf der Veddel oder in Wilhelmsburg. Eine Schule, die Kinder aufnimmt, um sie zu beschulen, ist verpflichtet, die Schule so zu gestalten, dass die Kinder dort ordentlich viel lernen. Deswegen finde ich es schwierig zu sagen: Ihr müsst das alle gleich machen. Wenn dann die Politik uns vor sich hertreibt, indem sie Leistungen, Fächerorientierungen und ich weiß nicht was alles von uns verlangt, dann beachtet diese Politik in keiner Weise die Unterschiedlichkeiten der Schulen. Dazu gibt es Zahlen, Statistiken. Man muss wirklich nur einmal hingucken. Man kann sehr schnell sehen, dass die eine Schule nicht wie die andere ist, dass das eine Gymnasium in der Schülerschaft so ist wie eine andere Stadtteilschule. Da gibt es nicht die eine Lösung, die für alle gilt. Schlimm wäre, wenn der Senator sagt: Ihr dürft jetzt alle verzichten. Wenn eine Schule für sich einen Weg geht, wo sie sagt: „Wir wollen die äußere Fachleistungsdifferenzierung, wir haben uns ganz intensiv damit beschäftigt, für unsere Schülerschaft ist das das Richtige, unsere Eltern wollen das auch", würde ich sagen: sollen sie. Warum nicht? Ich glaube, man muss hinter dem stehen, was man tut. Ich erwarte von meinem Senator, dass er, wenn er sieht, die Schule arbeitet ordentlich, die Kinder lernen genug, dies akzeptiert und uns die Freiheit in Zeiten von selbstverantworteter Schule lässt, das so zu machen, dass die Eltern, die Kinder und die Kollegen zufrieden sind.

hlz: *Wird aber der Senator damit dauerhaft zufrieden sein?*

Unser Senator verlangt auch, dass wir alle Schüler_innen zu einem Abschluss führen. Wenn dies gewollt ist und wir wissen, dass leistungsschwächere Schüler_innen mit dem Vorbild der leistungsstärkeren erfolgreicher lernen und gleichzeitig leistungsstarke Schüler_innen erfolgreich lernen, wenn sie genug herausfordernde Aufgaben bekommen, kann auch unser Senator nicht für die Rückkehr zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung für alle sein.

hlz: *Ich danke Ihnen.*

Das Gespräch führte
JOACHIM GEFFERS

Inklusion braucht Platz

Schule und Elternrat der Schule Moorflagen wehren sich

Das Thema Inklusion kann aus unterschiedlichsten Perspektiven betrachtet werden. Wir, der Elternrat der Schule Moorflagen in Niendorf, schauen als Mütter und Väter darauf, die jeden Tag ihre Kinder in eine Grundschule schicken, in der Regelkinder gemeinsam mit Handicap-Kindern lernen. Für unsere Familien ist das Miteinander ganz alltäglich. Alltäglich mit seinen reibungslosen Seiten, denn dank der jahrzehntelangen Tradition unserer Schule als Integrations- beziehungsweise Inklusions-Schwerpunktschule hat die Institution ausreichend Erfahrung, um die Bedürfnisse von Kindern mit und ohne Handicaps unter Berücksichtigung auch viel zu knapper Ressourcen so gut wie möglich zu erfüllen. Alltäglich auch mit seinen Stolpersteinen, die seit dem Zeitalter der Inklusion vermehrt auftreten: Seien es die großen Schwierigkeiten, weil die Mittel gekürzt oder die Betreuung in GBS am Nachmittag in der Planung völlig außer Acht gelassen wurde oder die alltagsnahen Fragen, dass Begleiter_innen nicht rechtzeitig genehmigt oder der Schwimmunterricht nicht mitbedacht wurde. In diesen und anderen Ausprägungen landen die Inklusionsprobleme dann auch auf unserem Elternratstisch und wir versuchen an der Lösung mitzuwirken.

Im April diesen Jahres erreichte uns nun eine Nachricht, die uns entsetzt und empört hat, entzieht sie unserer Inklusions-Schwerpunktschule doch die einfachste Voraussetzung für inklusives Lernen: den dringend erforderlichen Platz. Die Schulbehörde Hamburg will auf der Grundlage des Musterflächenprogramms von 2011 der Schule Moorflagen ein weiteres Klassenhaus wegnehmen. Es ist bereits beschlossene Sache, bestätigten uns OSR Holster und Schulentwicklungsplaner Grab bei einem persönlichen Gespräch am 21.04.16. Ab dem 01.08.2016 soll Haus 3 unserem Schulbetrieb nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies verursacht eine Raumnot, die nicht nur die Gesundheit unserer behinderten Kinder gefährdet, sondern auch das Ende der Inklusion an der Grundschule Moorflagen bedeutet. 17 Kinder mit Handicaps werden hier zurzeit beschult: acht Kinder mit dem Handicap körperlich-motorische Entwicklung, sechs Kinder mit dem Handicap geistige Entwicklung und drei autistische Kinder. Alle Kinder nehmen auch an GBS teil. Die meisten der Therapien – die ja notwendig sind, damit die Kinder den Schultag meistern können – finden in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr in der Schule statt. Insgesamt gilt es, 33 Therapietermine à 45 Minuten pro Woche räumlich unterzubringen. 90 Prozent liegen dabei am Vormittag. Hierfür werden die Räume eines vierten Klassenhauses benötigt, auch wenn sie für Schwerpunktschulen nicht im Musterflächenprogramm vorgesehen sind. Aus unserer Sicht ist dies eine Sparpolitik auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft: Kinder und Behinderte.

Unsere Meinung ist: Ein Mus-

Foto: Schule Moorflagen

Mit einer Mini-Demo zeigten auch die Grundschüler_innen selbst ihren Unmut über die drohende Schließung eines weiteren Klassenhauses

terflächenprogramm, das für Inklusions-Schulen keinen zusätzlichen Raumbedarf vorsieht, ist eine Fehlplanung und muss korrigiert werden. Wir haben deshalb Protestaktionen gestartet. Am 09.05.2016 ist nun ein Gespräch mit Schulsenator Rabe angesetzt. Hoffentlich ein gutes Signal für unser Anliegen. Alle Interessierten halten wir auf der Schulhomepage, unserer Facebookseite und per Twitter auf dem Laufenden.

http://schule-moorflagen.hamburg.de/aktuelle-themen
facebook.com/moorflagen
twitter.com/RetteMoorflagen

DER ELTERNRAT
Grundschule Moorflagen

RESSOURCEN

Herausforderung 23+

Kollegien und Personalräte von 23 Schulen in besonderen sozialen Lagen machen mobil

Das Projekt 23+ ist die Antwort der Bildungsbehörde auf die Herausforderungen der inklusiven Schule. Im Projekt, das auskömmlich aus dem Funktionspool aller Hamburger Schulen gespeist wird, werden den beteiligten Schulen zusätzliche Ressourcen für die Umsetzung der Inklusion zugewiesen.

Der Umgang mit diesen Ressourcen und deren Umfang hat die Personalräte von den 23 Schulen zusammengebracht. Auf Initative der GEW-Mitglieder im PR der Nelson-Mandela-Schule wurden die Personalräte der betroffenen Schulen eingeladen. Auf mehreren PR-Treffen wurde die Belastung der Kollegien thematisiert. Es sind alles Schulen, die in besonderer Weise von der Inklusion betroffen sind, weil sie einen ungünstigen KESS-Faktor haben und damit über die Aufgabe der Inklusion hinaus zusätzlich belastet sind.

Die gemeinsame Arbeit der Personalräte ist der Behörde nicht verborgen geblieben und führte zu einer Einladung der PR durch den zuständigen Schulaufsichtsbeamten Herrn Altenburg-Hack. Auf dem Treffen fand ein erster Austausch statt.

In den darauf folgenden Beratungen der PR wurde schnell deutlich, dass die zeitliche Begrenzung des Projektes und die Verwendung der zugewiesenen Ressourcen ein gemeinsames Handeln sinnvoll machen. Da die Mehrzahl der Beteiligten Mitglieder der GEW sind, war es folgerichtig, dass die gewählte Sprecher_innengruppe unserer Gewerkschaft angehört, die die Forderungen aus der Versammlung redaktionell zusammenfasste. Das von allen abgestimmte Ergebnis ist ein Forderungspapier, das den Kollegien in den Schulen auf Personalversammlungen oder Konferenzen zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. 585 Kolleg_innen stellten sich hinter die Forderungen, die von den PR ausgearbeitet worden waren.

585 Kolleg_innen stellten sich hinter die Forderungen, die von den PR ausgearbeitet worden waren

Bei einem zweiten Treffen mit der zuständigen Schulaufsicht wurden dann die Forderungen überreicht und die Unterstützung durch die Kollegien bekanntgegeben. In den beteiligten Schulen hat es kaum Gegenstimmen oder Enthaltungen zu den Forderungen gegeben. Das hat den neuen Schulaufsichtsbeamten Herrn Schumacher sichtbar beeindruckt. In der Sache ergab sich noch nicht viel Neues. Es wurde lediglich klargestellt, dass die Kollegien bei der Erstellung des Vertretungskonzeptes ihrer Schule zu beteiligen sind. Damit wäre schulintern zu klären, dass die Ressourcen, die für die Inklusion bereitgestellt werden, nicht als „Steinbruch" für Vertretungszwecke verwendet bzw. missbraucht werden. Doppelbesetzungen, wenn auch nur zeitweise, sollen ja einen pädagogischen Sinn erfüllen. Anerkennung seitens der Behörde erfuhr die von nahezu allen Schulen selbstgewählte Aufgabe der zusätzlichen Sprachförderung. Hier wurde die Idee geäußert, nach dem Prinzip der „best Practice" voneinander zu lernen. Die weiteren Hinweise der PR wurden mit Hinweis auf die begrenzten Handlungsmöglichkeiten innerhalb des Projektes zu unerfüllbaren Wünschen erklärt. Hier kam von der Schulaufsicht der klare Hinweis auf die Notwendigkeit, die über das Projekt hinausgehenden Forderungen auf anderer Ebene zu befördern. Ein unausgesprochener Fingerzeig auf die notwendige Tätigkeit der GEW.

Einige Wochen später erfolgte eine Einladung der Sprecher_innen, um die Forderungen im Einzelnen zu bewerten. Die Forderungen waren im Detail bewertet und analysiert worden. Die einzig bekannte Verbesserung ist die Bereitstellung von Teamzeiten für die Gymnasien im Projekt. Vorher war die Besserstellung der Gymnasien gegenüber dem vorherigen Standard sparsam ausgefallen, wenn

man sie mit den anderen Schulformen vergleicht. Aber immerhin ist auch hier der Einstieg in die multiprofessionelle Schule durch die Schaffung von Sozialpädagog_innenstellen erreicht worden. Die Ressourcen für die Stadtteilschulen und Grundschulen waren auf dem Papier deutlich besser, werden aber durch andere „Sachzwänge“ nicht immer für den eigentlichen Zweck eingesetzt.

Allen beteiligten PR ist klar, dass die neuen Herausforderungen der Inklusion von den Lehrer_innen allein nicht bewältigt werden können. Die Bereitstellung von PTF-Stellen in allen Schulen, die die Inklusion bewerkstelligen sollen, muss das Ziel der GEW in der nächsten Zeit sein. Zukünftige Schulen müssen multiprofessionell besetzt sein.

Übersicht über die gestellten Forderungen:

- Funktionszeiten für SL erweitern, damit sie nicht dem Kollegium entzogen werden
- Koordinationszeiten im Stundenplan verankern
- Absentismusbearbeitung außerhalb der Schule
- Bauliche Voraussetzungen schaffen für Inklusionsarbeit: Differenzierungsräume, Lärmschutz, Ganztagesräume
- Sprachförderung ergänzen (Deutsch im Fachunterricht)
- Dolmetscherdienst bereitstellen
- Vertretungsreserve bereitstellen
- Beschäftigung von Betreuungspersonal mit mindestens einer halben Stelle
- Schulungsangebote zur Betreuung von LSE-Kindern und zur Kooperation
- Unangemessen hohe Fallzahlen in den Klassen vermeiden, Zuweisung von EUSE-Kindern steuern
- Doppelbesetzung in den Langfächern der Eingangsklassen
- Zuweisung von Teamzeiten
- Mindestens eine Sozialpädagog_innenstelle pro Schule
- Beratungslehrer_innen an jeder Schule.

Fazit: Die Gelegenheit, die Anliegen der Beschäftigten der Behördenspitze vorzutragen, ist insofern ein Erfolg, als wir sicher sind, dass unsere Anliegen nicht auf dem Weg zu den Entscheidungsträgern verloren gehen und irgendwo abgeheftet werden. Wenn der Dialog mit den Betroffenen zur neuen Leitungskultur würde, wäre das zu begrüßen.

Wir haben aber eben auch aus erster Hand erfahren, wo die Grenzen des Projektes gesehen werden und haben den deutlichen Hinweis bekommen, dass weitere Verbesserungen in der politischen Auseinandersetzung erstritten werden müssen. Wenn die Schulen, die die Herausforderungen der Inklusion meistern sollen, dauerhaft mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden sollen, kann das nur im gewerkschaftlichen Kampf erstritten werden.

Wir haben gelernt, dass das Projekt 23+ zeitlich begrenzt ist und ohne personelle Erweiterungen des Personalbestandes durchgeführt wird. Die Inklusion kann aber nicht zum Nulltarif geleistet werden, sie erfordert dauerhaft eine erhöhte Personalzuweisung und das nicht nur an den Schulen im Projekt. Die GEW schließt an diese Arbeit an mit der Aktion „Stark vor Ort“, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Betriebsgruppen zu reaktivieren und zu stärken. Die Vorgaben aus der PR-Aktion zu 23+ müssen weiter getragen und im Zusammenhang mit den schulischen Bedingungen fortentwickelt werden.

Die Sprecher der Personalräte
an den 23+ Schulen
RUDOLF RIEP (Gymnasien)
JÖRG REINCKE (Stadtteilschulen)
DAGMAR WELKE (Grundschulen)
LISA LAUER (Pädagogisch
Therapeutisches Fachpersonal)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

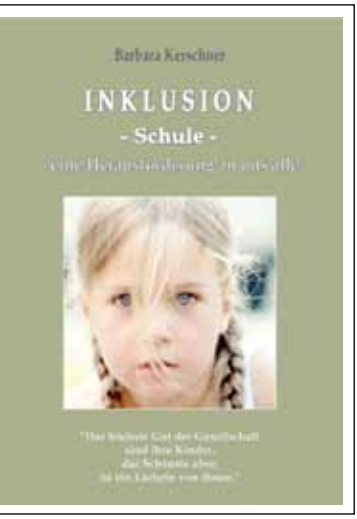
lange habe ich die Entwicklung der Inklusion von behinderten und lernschwachen Schüler_innen an den Grund- und Regelschulen, Berufsschulen sowie Gymnasien beobachtet.

Es reifte in mir der Entschluss, über die Probleme der Inklusion zu schreiben.

Es wurde zu meiner Erkenntnis, dass Inklusion unter derzeitigen Bedingungen so nicht funktionieren kann.

BARBARA KERSCHNER aus Suhl/Thür

bestellbar unter 03681 421739, bkerschner@web.de
Betreff: Broschüre “Inklusion-Schule-”, Handy/SMS: 015787583003,
Preis: 6,50 €



Schule als Avantgarde

Was längst den Alltag an manchen Schulen in Hamburg prägt, wird sich über kurz oder lang auf die gesamte Gesellschaft übertragen lassen (siehe auch hlz 1-2/2016, S.29)

„Majority minority cities“, „super-diverse Städte“, „Mehrfachidentitäten“ – was soll mit diesen Stichworten ausgedrückt werden? Jens Schneider, Universität Osnabrück, präsentierte in seinem Einleitungsreferat eindrucksvolle Zahlen und Fakten. 2012 haben ungefähr 44,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Hamburg einen Migrationshintergrund. Überdurchschnittlich viele dieser Jugendlichen leben in Hamburg-Mitte und Harburg. In Eidelstedt haben 48,2 Prozent der unter-18-Jährigen einen Migrationshintergrund, in Lurup 58,5 Prozent, in Altona/Sternschanze durchschnittlich 52 Prozent.

Supervielfalt funktioniert, ist aber kein Selbstgänger (Jens Schneider)

In super-diversen Städten leben „mehrheitlich Minderheiten“, aber es gibt „keine neue 'ethnische' Mehrheit“, so berichtete Jens Schneider. Einwohner_innen, deren Familien seit Generationen „bundesdeutsch“-mitteleuropäisch 'erzogen' worden sind treffen auf Gruppen, die durch andere politische, religiöse und kulturelle Werte und Normen geprägt wurden. Keine Gruppe dominiert allein durch ihre Größe. Beschränkte Aufenthaltsgenehmigungen, Duldungen, Abschiebedrohungen, finanzielle Unsicherheiten, Niedriglohn und Wohnungsnot bestimmen die Lebensplanung vieler Bewohner_innen. Die „Lebensentwürfe“ müssen sich an diesen Bedingungen orientieren.

Immer mehr Menschen leben zudem in 'bi-nationalen' Partnerschaften. Oft bereichern diese Verhältnisse sowohl Kinder, die mehrsprachig aufwachsen als auch Partner_innen. Aber auch Konflikte treten auf. Das stellt auch die Schule vor neue Herausforderungen. Wie gut ist das Bildungssystem auf die Situation vorbereitet?

Motivieren und fördern!

„Bildungsverläufe lesen sich vielfach wie eine systematische Verhinderung von Talentförderung“. Sieht das Jens Schneider zu negativ? Erschreckend war, bei seinem Vortrag von Vorurteilen und rassistischen Meinungen zu hören, die Kinder in ihrem Lernen massiv behinderten und die noch im Erwachsenenleben nachwirkten. Da „folgerte“ eine Lehrerin, dass ein türkisches Kind auf dem Gymnasium nicht bestehen werde, da die Mutter nur wenig Deutsch spreche und der Vater wegen der Arbeit lange aus dem Haus sei. Ein Befragter erinnerte sich, eine Deutschlehrerin habe zu ihm gesagt: „Du wärst der erste Türke, der hier Abitur macht, das würde ich nie zulassen. Du hast keine Chance, ich lasse dich jetzt durchfallen.“

Wie ist es möglich, dass in den Niederlanden und Schweden 27 bzw. 29 Prozent der „Türkischstämmigen“ der zweiten Generation einen Schulabschluss mit der Möglichkeit zum Wechsel auf eine Hochschule erwerben, in der Bundesrepublik Deutschland hingegen nur 5 Prozent? Ist das „nur“ ein Definitionsproblem? Was ist unter „Hochschule“ zu verstehen? Warum arbeiten in Stockholm in türkischstämmigen Familien mit niedrigerem Bildungsniveau 20 Prozent der Frauen der zweiten Generation nicht, in Berlin sind es hingegen 43 Prozent, die nicht außerhalb der Familie arbeiten?

Tabelle Jens Schneider

Stadtteil/Bezirk	Bevölkerung mit Migrationshintergrund (tausend)	Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in %	Unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund in %
Billstedt	35.206	50,7	69,5
Hamm	12.024	32,0	58,0
Veddel	3.424	70,4	91,4
Wilhelmsburg	28.867	56,8	76,8
Horn	16.743	44,2	68,4
St. Pauli	7.615	35,0	53,4

Vorreiterrolle deutlich ausgeprägt

Warum arbeiten in Berlin bei türkischstämmigen Menschen der zweiten Generation (mit Eltern, die gering gebildet sind) nur 8 Prozent, in Stockholm aber immerhin 22 Prozent in hochqualifizierten Jobs? Warum haben in Zürich und Stockholm viele Menschen einen „interethnischen Freundeskreis", in Berlin aber viel weniger?

Die Herausforderung

Aus den Statistiken und Befragungen ergeben sich für Jens Schneider grundlegende Schlussfolgerungen: In der Schule zeigen sich die Folgen der demographischen Entwicklung besonders deutlich. Dies drückt er wissenschaftlich zurückhaltend aus: „Supervielfalt" „erfordert gleichberechtigte Teilhabe und Möglichkeiten der Zugehörigkeit", „Nachholbedarfe bei der bisherigen Mehrheitsgesellschaft", „Schule steht an vorderster Front der demographischen Entwicklung". Vielleicht könnte es aber auch so gesagt werden: In Deutschland haben viele überhaupt noch nicht begriffen, welche Potentiale sie wegen ideologischer und institutioneller Verblendung brach liegen lassen und wie das Recht auf Bildung mit Füßen getreten wird.

Podium und Publikumsbeteiligung

Morten Gierke, Schüler der Helmuth-Hübener Stadtteilschule, berichtete von Reaktionen der Schüler_innen seiner Schule. Nach einer Gedenkveranstaltung in der Schule zu den Anschlägen in Paris wurde gefragt, warum denn nicht schon früher bei den grausamen Anschlägen in Istanbul, in der Türkei, in anderen Ländern, „etwas gemacht" worden sei? Sind wir zu europa-zentriert?

Eine Zuhörerin berichtete, eine kopftuchtragende Kollegin sei in einer Schule von einem Teil des Kollegiums gemobbt worden. Das Kopftuch bei einer Lehrerin sei nicht erwünscht.

Özlem Nas, Mitglied im Integrationsbeirat der Stadt Hamburg und im Vorstand des Bündnisses der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland, monierte, dass in Lehrerkollegien Fragen der Integration meist an Funktionsträger_innen „delegiert" werden („interkulturelle Koordinatorin"). Eine inhaltliche Ausgestaltung unterbleibe dann weitestgehend – obwohl viele Fragen zu besprechen seien: Sind die Feiertage anderer Religionen bekannt? Werden sie gemeinsam begangen? Ist für Schüler_innen die Interkulturalität normal? Für Schülerinnen und Schüler sei das wohl kein Problem … aber für das Kollegium?

Ein Schüler meinte zum Abschluss: „Eigentlich spielt es keine Rolle, woher ich komme." Schön wäre es, wenn alle so dächten!

WOLFGANG SVENSSON
hlz-Redaktion

Fotos: Stefan Gierlich

Integration wird an interkulturelle Koordinator_innen delegiert (Özlem Nas)

Konkurrierende Kompetenz

Beim Auf- bzw. Ausbau des Ganztagsangebotes an Schulen sollen diese kooperativ mit der „Kinder- und Jugendarbeit“ zusammenarbeiten – Konflikte nicht ausgeschlossen

In den zurückliegenden Jahren habe ich mich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie eine Kooperationsvereinbarung eigentlich aussehen und was sie regeln soll, damit es zu einer tatsächlichen und fruchtbaren Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe (ich beziehe mich hier insbesondere auf die Kinder- und Jugendarbeit) kommen kann. Mittlerweile sind die ersten Vereinbarungen schon mehr als zehn Jahre alt und mehrfach überarbeitet worden. Der Ausbau von Ganztagsschulen ist weit vorangeschritten. Trotzdem sind mir nur wenige Kooperationen bekannt, die ich auch wirklich als vielversprechend ansehen würde. Uwe Gaul (Mitarbeiter der BSB und verantwortlich für den Ausbau des Ganztagsschulwesens) hat in einem Aufsatz für das „Forum Für Kinder- und Jugendarbeit“ unter dem Titel „Ohne Jugendhilfe geht es nicht!“ die Zielsetzung des Ausbaus der Ganztagsschulen in Hamburg beschrieben: „Die Entwicklung eines ganztägigen Bildungs- und Betreuungssystems beinhaltet unterschiedliche Aspekte. Insbesondere der in Deutschland seit den Pisa-Studien konstatierte Zusammenhang von sozialer Stellung der Familie und den individuellen Entwicklungs- bzw. Bildungschancen soll durch ein ganztägiges Angebot durchbrochen werden. Die Ganztagsschule mit ihrem Mehr an Zeit verwirklicht durch ihre konzeptionelle Grundstruktur eine neue Lernkultur. Sie ist mehr als Schule, sie steht für das Leitmotiv „Lebensraum Schule“, in dem allen Kindern ein gutes Bildungsangebot, vertiefende Fördermöglichkeiten und ein vielfältiges und den individuellen Talenten entsprechendes Neigungs- und Freizeitangebot in einem neuen Tagesrhythmus zugänglich werden.“ (im Forum: Für Kinder- und Jugendarbeit, 28. Jahrgang, 1. Quartal, Seite 21) Ein, wie ich finde, sehr guter Ansatz, der einen weiter gefassten Gedanken zur Inklusion beinhaltet, als vielfach zu hören ist! Im Folgenden schreibt er zur Frage, welche Rolle die Offene Kinder- und Jugendarbeit in diesem Zusammenhang spielt: „Vor dem Hintergrund eines erweiterten Bildungsverständnisses, für das die Ganztagsschule vom konzeptionellen Ansatz steht, kann es nicht allein die Aufgabe der Schule sein, junge Menschen mit all ihren Potenzialen zu bilden. Zur Entwicklung der Persönlichkeit und zur Ausprägung individueller Kompetenzen wird eine Vielzahl ergänzender Möglichkeiten benötigt. Ganztagsschule meint nicht eine Ausdehnung der Stundentafel und damit der Lerninhalte im klassischen Sinn, sondern eine Ausweitung des Angebotes zur Unterstützung des Lernens. Dabei ist es besonders wichtig, dass die Angebote so unterschiedlich und vielfältig sind, wie die Kinder unterschiedlich und vielfältig sind. Ebenso ist ein bedeutender Bestandteil einer guten Ganztagsschule die selbstverantwortete bzw. nicht organisierte Zeit, in der Kinder allein oder in kleineren Gruppen toben, spielen, ruhen, lesen, im Netz surfen und recherchieren, „chillen“ u.v.a.m. können. Unter anderem hier setzen die verantwortlichen Behörden auf die Kernkompetenzen anderer Institutionen. Ein wichtiger Baustein der Ganztagsschulentwicklung wird die Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen sein. Hier nimmt die Jugendhilfe und vor dem Hintergrund der oben

Foto: hlz

Dieter Bänisch (dritter von links) auf dem Podium der Veranstaltung: Inklusive Bildung in Hamburg – ein Armutszeugnis

skizzierten Entwicklung die Offene Kinder- und Jugendarbeit in all ihren Schattierungen und mit ihren vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen eine herausgehobene Stellung ein."

Nun sind Schule und Jugendhilfe recht unterschiedliche Angebote und haben gänzlich andere Aufgaben im Leben und Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Ich möchte Ihnen die Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit etwas näher bringen, um die vorab angesprochene Unterschiedlichkeit zu verdeutlichen. Ich zitiere daher aus einem Artikel von Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, den er ebenfalls für das Forum Für Kinder- und Jugendarbeit geschrieben hat. Er verdeutlicht, wie ich finde, gut die Rolle und die damit verknüpften Aufgaben, die der Kinder- und Jugendarbeit durch das SGB IIIV aufgegeben sind.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGBVIII) entwirft mit den Wirkungszielbegriffen der „Selbstbestimmung, gesellschaftlichen Mitverantwortung und des sozialen Engagements" ein mündiges und engagiertes Subjekt in einer demokratischen Zivilgesellschaft, das die eigene Autonomie im Rahmen gesellschaftlicher Mitbestimmung, Mitgestaltung und Mitverantwortung realisiert. Dieses Ziel der Bildung einer demokratischen Bürgerin bzw. eines demokratischen Bürgers wird konkretisiert durch die demokratische Strukturierung der jugendarbeiterischen Bildungsbedingungen: Jugendarbeit soll bei den Interessen der Kinder und Jugendlichen ansetzen und von ihnen mitgestaltet und mitbestimmt werden. Damit wird der Prozess von Jugendarbeit als demokratischer entworfen: Die Beteiligten artikulieren Interessen und bestimmen und gestalten gemeinsam ihre Umsetzung mit. Demokratie soll also durch ihre Praxis angeeignet werden. Demokratie wird zugemutet und die Fähigkeiten der Selbst- und Mitbestimmung entstehen im Prozess ihrer Aus-Übung. Solche entwicklungsförderlichen Erfahrungen sollen als „Angebote" zur Verfügung gestellt werden. Jugendarbeit ist damit gekennzeichnet durch Freiwilligkeit: ihre Potentiale von Demokratiebildung können sich nur frei und nicht unter Zwang entfalten. Es wird eine freie Assoziation der Kinder und Jugendlichen ermöglicht. Sie können sich in der Jugendarbeit frei gesellen und bestimmen, was und wie sie etwas zusammen tun möchten. Damit wird Demokratie als Ziel und (Selbst-)Bildung als Form von Jugendarbeit bestimmt: Es ist die selbsttätige Aneignung und Verwirklichung von Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitverantwortung – kurz: Demokratiebildung –, die in Jugendarbeit möglich werden soll. Selbstbestimmung und Mitverantwortung können nicht unter Zwang gelehrt werden, sondern müssen als freies Aneignungsangebot zur Verfügung gestellt werden."

Ganztagsschule meint nicht eine Ausdehnung der Stundentafel, sondern eine Ausweitung des Angebotes zur Unterstützung des Lernens

Prof. Sturzenhecker beschreibt in diesen beiden kurzen Absätzen sehr genau die Auftragslage, aber auch die Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit. Sie soll eben für die Kinder und Jugendlichen da sein und zwar in einer eher anwaltlichen Haltung, sozusagen als Begleitung in die demokratische Zivilgesellschaft. Im darauf folgenden Absatz beschreibt er das, was Kinder- und Jugendarbeit, will sie dem vorab beschriebenen Auftrag nachkommen, bei der Kooperation mit Schule bedenken muss. „Kinder und Jugendarbeit muss, um diesem Auftrag nachzukommen, auch in der Kooperation mit Schule die Förderung der demokratischen Partizipation der Kinder und Jugendlichen als ihre vorrangige Aufgabe begreifen. Daraus folgt auch, dass sie keine originär schulischen Aufgaben übernehmen darf, sondern an Schule ihrem eigenen Auftrag nachgehen muss. Sie verwandelt sich dann in eine andere Organisation, die man vielleicht „jugendnaher Schuldienstleister" nennen könnte, die dann aber nicht mehr die Charakteristika von Kinder- und Jugendarbeit trägt. Da sich allerdings auch Schule neben Ausbildung einer demokratischen Bildung öffnen muss, entsteht hier ein Überschneidungsbereich zwischen beiden Institutionen, den sie kooperativ gestalten können und sollten." Wie Prof. Sturzenhecker im weiteren Verlauf des Artikels anmerkt, ist die Konstellation Schule/Jugendhilfe eine nicht ganz einfache; zu differierend sind die jeweiligen Auftragslagen. Schule folgt Lehrplänen, Kinder- und Jugendarbeit soll sich auf die „Interessen", die Inhalte und Themen der Kinder und Jugendlichen einlassen. Ich bin daher skeptisch, ob unter den gegebenen Kooperationsbedingungen es eine wirkliche Kooperation geben wird. Das zurzeit mehrheitlich angewandte Verfahren entspricht eher einem Dienstleistungsvertrag als einer Kooperation. Sollte sich die Kinder- und Jugendarbeit darauf einlassen, verlöre sie meiner Meinung nach ihre fachliche Linie und verfehlt ihren gesetzlichen Auftrag.

DIETER BÄNISCH, Mitglied im Vorstand des „Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V." und Mitglied des Arbeitskreises Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft

Berufliche Neuorientierung

Der Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik (AfGG) hat am 10. März im Rahmen der Woche zum Internationalen Frauentag erstmalig eine Veranstaltung von Frauen für Frauen angeboten – ein Erlebnisbericht

Von KOBRA aus Berlin ist Susanne Kasczinszki angereist, um ein kurzes straffes Nachmittagsprogramm von drei Stunden für Frauen anzubieten, die nach Elternzeit, vielleicht auch Erwerbslosigkeit oder Krankheit wieder in ihrem Beruf arbeiten wollen. Frauen, die sich auch eine andere, eine neue Tätigkeit vorstellen können, sich in einer neuen Branche versuchen wollen, sich mehr Verantwortung oder bessere Arbeitsbedingungen wünschen, eine sinnvollere Tätigkeit und wieder mehr Freude an der Arbeit. Frauen, die sich beruflich verändern möchten, bekamen hier einen Kurzeinstieg für einen Kurswechsel.

Wichtig, das zeigte sich an diesem Nachmittag, sind das Warum? Wohin? und der eigene Standort: Wo stehe ich? Wo will ich hin? Was heißt „Neuorientierung" für mich? Was möchte ich genau anders haben? Ein neuer/ anderer/ besserer Job? Aufstieg/ mehr Verantwortung? Andere Arbeitsbedingungen? Eine andere Tätigkeit? Ein neues Berufsfeld/ eine neue Branche? … Welche Tätigkeiten und Arbeitsbereiche/ Branchen wecken mein Interesse? Wie passen für mich die favorisierten Tätigkeiten zu den von mir bevorzugten Branchen? Welche meiner Fähigkeiten kann ich hier einbringen? In Gedankenspielen sammelten wir fragen- und impulsgeleitet in diesen drei Stunden Ideen und planten nächste Schritte. Nach einem generellen Austausch, nach einer Klarstellung, was jede für wichtig erachtet, benutzten wir eine Priorisierungsmatrix, um unsere Wünsche klarer herauszuarbeiten. Die große Überraschung: Das Ergebnis ist manchmal anders, als erwartet!

Susanne Kasczinszki zeigte uns, wie wir die gewonnenen Erkenntnisse in konkrete Ziele umwandeln und weiterbearbeiten können.

Jede von uns ging nach diesen drei Stunden mit neuen Ideen und Hoffnungen nach Hause. Es war eine aufschlussreiche Reise, ausgehend von einer ersten Annäherung an den eigenen Standort, über Tätigkeiten und Berufsfelder hin zu neuen Berufsideen. Eine Reise zu sich selbst in Gemeinschaft – das gibt Kraft, das macht Mut, das vereint!

SUSANNE JACOBS, EVA KLOCK,
AfGG Hamburg

Foto: AfGG

v.l.n.r.: Eva Klock, Gerlinde Hartmann, Barbara Scholand, Heidemarie Thiele, Susanne Jacobs

Foto: © Elisabeth von Dücker / Vogelperspektive

Veranstaltungstipp – Filmpremiere:

„Mädchen in Sicht – Zukunft im Hafen“

Der Film, der u.a. vom Bildungs- und Förderungswerk (BFW) der GEW gesponsert wurde, erzählt von der Entstehung eines Wandbildes, von den aufregenden Erkundungen und Gesprächen in unterschiedlichen Hafenbetrieben, den Diskussionen und Entwürfen in den Räumen der Malschule der Hamburger Kunsthalle und dem intensiven Arbeiten direkt an der Wand bis zum Einweihungsfest mit der damaligen Justizsenatorin Jana Schiedek, der Schirmfrau des Projektes.

Acht Mädchen haben im Rahmen eines Kunsthallenkurses den Blick in die Arbeitsrealität von Handwerks- und Technikberufen der meist als „männlich“ wahrgenommenen Hafen-Arbeitswelt gewagt. Sie sind einer Segelmacherin, einer Metallbauerin, einer Seilerin, einer Schiffs- und Bootsbauerin sowie einer Hafenschifferin begegnet. Sie haben das durch Medien propagierte Bild von Weiblichkeitsentwürfen hinterfragt und sind zu ihrer eigenen Darstellungsform gelangt. Das von den Mädchen gestaltete Wandbild gehört zu einer Reihe von 14 Wandbildern der Open-Air-Galerie an der Großen Elbstraße in Hamburg-Altona (sieht unter http://www.frauenfreiluftgalerie.de/).

Filmtermin: Mittwoch, 6. Juli 2016, 18.00 Uhr.

Ort: Veranstaltungssaal der Kunsthalle Hamburg, Glockengießerwall 1

Bei der Filmvorführung sind anwesend: die Mädchen, die Interviewpartner_innen aus den Betrieben, die Filmemacherin, die Cutterin, der Musiker und die Projektleiterinnen.

Es sprechen: Prof. Dr. Hubertus Gassner, Direktor der Hamburger Kunsthalle; Thomas Sello, ehem. Museumspädagoge; Dr. Elisabeth von Dücker, Kunsthistorikerin und Kuratorin; Hildegund Schuster, Wandmalerin.

Der Film kann für 16.- € erworben werden, **eine Aufführung** mit der Filmemacherin Leslie Franke, der Malerin Hildegund Schuster, der Kuratorin Elisabeth von Dücker sowie einer der jungen Malerinnen kann gebucht werden.

Kontakt:
Hildegund-Schuster@t-online.de.

Leben in Deutschland

PoetrySlam mit Schüler_innen aus AVM- und VSM-Klassen

Unter dem Motto „Leben in Deutschland“ fand am 13. April 2016 der erste Poetry Slam im Bildungsgang Ausbildungsvorbereitung für Migranten (AvM-Dual) an der Staatlichen Gewerbeschule Stahl- und Maschinenbau (G1) statt. 17 Schülerinnen und Schüler aus VJM- und AvM-Dual-Klassen der Staatlichen Gewerbeschule Stahl- und Maschinenbau sowie 7 Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule für Wirtschaft Hamburg-Eimsbüttel präsentierten ihre selbst geschriebenen Texte vor einem interessierten Publikum.

Foto: Susanne Jacobs

24 Slamer_innen aus 9 Ländern

Eine Vielfalt der verschiedensten Sprachen erfüllt die Schulaula der Gewerbeschule 1 an diesem Mittwoch kurz vor elf Uhr. Gespannt warten die Gäste aus Klassen der Fachschule für Technik, Berufsqualifizierung für Metallberufe, Berufsschule, weiteren AvM-Klassen und der Schulleitung auf den Beginn des Poetry Slams.

Poetry in Fremdsprache

Dieser Slam ist ganz besonders. Für die Jugendlichen ist es ein Poetry Slam in einer Fremdsprache. Für viele der jungen Menschen aus den Ländern Syrien, Iran, Irak, Afghanistan, Indien, Eritrea, Libanon, Somalia und der Slowakei ist es der erste Bühnenauftritt in der neu gelernten Sprache Deutsch – der Sprache, die in unseren Schulen alle Nationen zusammenführt.

24 Schülerinnen und Schüler tragen nacheinander ihre selbstverfassten Texte vor – Rondells, Gedichte, Geschichten, Rapsongs. Mal laut, mal leise, autobiographisch oder kritisch-reflektierend, humorvoll oder melancholisch schildern sie ihre persönlichen Gedanken, Assoziationen, Erlebnisse, Erfahrungen und Eindrücke über das Leben in Deutschland. Jeder Auftritt beginnt und endet mit einem tosenden Applaus. Wir spüren es alle: Eine ganz besondere Stimmung liegt im Raum – mitreißend, emotional, herzbewegend! Eine achtköpfige Publikumsjury bestehend aus Schülerinnen und Schülern verschiedenster Herkunftsländer ist zum Mitwerten eingeladen und bewertet jede Performance im Anschluss an den Auftritt mit Punkten.

Und dann ist es so weit. Für die Siegerehrung werden die Punkte aller Teilnehmenden zusammengerechnet. Ein Schüler aus Afghanistan singt in diesem Moment Lieder in seinen Sprachen. Ausgelassen, begeistert und voller Gefühl singen die jungen Menschen, 16- bis 18-Jährige aus vielen Ländern lautstark mit. Als er das letzte Lied anstimmt, ein Liebeslied in Hindi, steht eine Schülerin spontan auf und beide singen im Duett. Welch unvergesslicher Moment! Zu sehen und zu spüren, wie diese Jugendlichen, die wir Lehrende täglich dabei begleiten Deutsch zu lernen, nun auf der Bühne stehen und den Mut finden, die neu gelernte Sprache auch vor großem Publikum erfolgreich einsetzen. Wie sie ihre eigene Kultur mit einbringen und nicht vergessen, woher sie kommen und was sie bereits können – das beglückt.

Autobiografisch, kritisch-reflektierend, humorvoll oder melancholisch

Angekommen? Ja!

Das Endergebnis steht fest. Die Siegerinnen und Sieger werden gekürt. Alle Teilnehmenden erhalten eine Urkunde. Der Erstplatzierte bekommt neben seiner Siegermedaille eine vom Bildungssenator Ties Rabe signierte Hamburgflagge. Alle teilnehmenden Jugendlichen haben sich an diesem Vormittag mutig in diesen bisher einzigartigen Wettbewerb begeben und sich dem unmittelbaren Feedback der Zuhörenden gestellt. Und wenn mich jemand fragte: „Sind diese Jugendlichen in Hamburg angekommen?“, so antwortete ich nach diesem Slam voller Überzeugung: „Ja!“.

SUSANNE JACOBS
Staatliche Gewerbeschule Stahl- und Maschinenbau (G1)

„Das Leben in Deutschland“

Arbeit und die Arbeit und die Arbeit.

Arbeit ist das Logo für Deutschland im öffentlichen und auch im privaten Leben, sogar in der Freizeit.

Die Arbeit bestimmt das Denken in Deutschland.

In Deutschland lächelt man, wenn man sich begrüßt. Das Verhalten finden hier alle gut.

In der Vergangenheit hatten die Deutschen mehr Kontakt zueinander. Ich habe gehört, dass es früher in der DDR (also in Ostdeutschland) so wie in vielen arabischen Ländern war. Die Menschen haben mehr zusammen gearbeitet und haben sich ohne Termin gegenseitig besucht. Jetzt ist das nicht mehr so, früher haben sie getanzt ohne sich in einer Tanzschule anzumelden.

Die Deutschen bewahren aber auch ihre Tradition. Viele gehen am Sonntagmorgen in die Kirche und danach besuchen sie den Friedhof und legen Blumen auf das Grab.

Geburtstag wird in Deutschland gefeiert, egal wie alt die Person ist.

Viele Sachen sind in Deutschland genau wie in meinem Heimatland.

Das sind meine Gedanken über das Leben in Deutschland.

Danke

FARAH SALMAN
VJM/Berufliche Schule für Wirtschaft
Hamburg-Eimsbüttel

Eigentlich einer der wichtigsten Punkte für die Integration ist die Sprache. Wenn du die Sprache nicht sprechen kannst, kannst du nicht reden. Wenn du nicht reden kannst, kannst du nicht deine Probleme lösen.

Wenn du die Probleme nicht lösen kannst, dann das Leben ist nicht fröhlich. Dann bist du immer traurig. Dann hast du immer Probleme.

Also ich freue mich jetzt, dass ich jetzt in Deutschland bin. Dass ich Deutsch gelernt habe und ich habe jetzt klare Ziele, die ich in Deutschland erreichen möchte.

Danke schön, dass ihr mir zugehört habt.

FEYZ
Auszug aus seinem Beitrag/VJM/
Berufliche Schule für Wirtschaft
Hamburg-Eimsbüttel

SIEGERTEXT

„Frag dich selbst“

Ein deutscher Mensch kommt zu mir und er sagt: „Hallo, können wir uns kennenlernen?“

Ich sage: „Ja natürlich, ich bin Mohamad und du?“

Er sagt: „Ich bin Markus. Ich bin Deutscher aus Hamburg und du?“

Ich sage: „Ich komme aus Syrien aus Damaskus.“

Er sagt: „Aus Syrien, warum bist du nach Deutschland gekommen?“

Ich sage: „In meinem Land ist Krieg und ich möchte weiter zur Schule gehen.“

Er fragt: „Welche Religion hast du Mohamad?“

Ich sage: „Ich bin Moslem und du?“

Er sagt: „Ich bin Christ.“

Und er sagt: „Mohamad, was fehlt dir?“

Ich sage: „Mir fehlt die Heimat und ich kann nicht hier bleiben, weil mein Kopf in meinem Land ist und ich wünsche mir, dass der Krieg in meiner Heimat beendet wird und ich sage jeden Morgen „Oh Allah, beschütze mein Heimatland.“

Er sagt: „Oh gib nicht auf! Der erste Schritt ist immer der schwerste. Das Leben ist schön, wenn wir es verstehen!“

MOHAMAD IBRAHIM

„Rondell“

Ich möchte in Ruhe leben
in meiner Heimat
in einem grünen Garten
Ich möchte in Ruhe leben
Hier gibt es Frieden
und gleiche Rechte für Menschen
Ich möchte in Ruhe Leben
in meiner Heimat.

ZAHRA ZIWARI

„Schlechtes Leben“

Wenn man arbeiten möchte, muss man lange zu Schule gehen, wenn man eine Frau möchte, muss man gut Deutsch sprechen

Schlechtes Leben

man verdient nicht viel Geld, wenn man keine Schule gemacht hat

Schlechtes Leben

man muss Geduld haben, bis das Leben besser wird.

BEHRE GHIRMAY

„Über die Geographie“

Als ich Kind war, habe ich amerikanische Filme gesehen

Ich fand Amerika sehr schön und wollte nach New York

Über die Geographie

Als ich in Italien angekommen bin, dachte ich, dass Amerika neben Italien liegt

Über die Geographie

Als ich in Hamburg angekommen bin, dachte ich, dass ich in New York bin.

HEESHAM OSMAN

„Deutschland hat mein Leben verändert“

Ich gehe zur Schule

Ich habe die Freiheit

Deutschland hat mein Leben verändert

Jetzt habe ich viele Freunde

Ich kann meine Probleme mit Freunden teilen

Deutschland hat mein Leben verändert

und ja, ich habe eine zweite Mutter gefunden

Meine Lehrerin..., ich liebe sie.

GEMEINWOHLÖKONOMIE

Spielregeln ändern kann der Mensch

Statt Markt- und Wachstum den Wirtschaftserfolg am Gemeinwohl messen

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes TNS Emnid, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde, wünschen sich acht von zehn Bundesbürger_innen angesichts der europaweiten Krise eine neue Wirtschaftsordnung. Zwei von drei Befragten misstrauen bei der Lösung der Eurokrise den Selbstheilungskräften der Märkte. Der Kapitalismus sorge weder für einen „sozialen Ausgleich in der Gesellschaft“ noch für den „Schutz der Umwelt“ oder einen „sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen“.

Die Kritikpunkte an der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sind zahlreich, sie betreffen auch die grundlegenden Annahmen von Teilen der Wirtschaftswissenschaften, so etwa die Annahme, dass egoistisches Verhalten einzelner zur Mehrung des Wohls aller führt, also das Gemeinwohl mehrt.

Insbesondere die Annahme, dass sich durch ständiges Wirtschaftswachstum der Wohlstand für alle erhöhen lässt, wird mittlerweile stark angezweifelt.

Gefragt sind deshalb alternative Konzepte, die realistisch sind, schrittweise umgesetzt werden können und damit auch eine Chance haben.

Ein Konzept für solche Veränderungen bietet die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung:

„Die in der wachsenden Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung aktiven Unternehmer_innen, Selbständigen, Privatpersonen, Wissenschaftler_innen und Organisationen haben zusammen eine vollständige alternative Wirtschaftsordnung entwickelt, die sich aus 20 Schlüsselelementen zusammensetzt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um „Positionen“ oder inhaltliche „Forderungen“, sondern um Inspirationen und Diskussionsanstöße, die sich mit anderen Ideen und Alternativen befruchten und in demokratischen Prozessen von unten diskutiert und entschieden werden sollen. Das könnten zunächst kommunale, später nationale oder EU-weite Wirtschaftskonvente sein, in denen alle Vorschläge und Positionen gehört und zu Gesetzesentwürfen verdichtet werden. Die Entscheidung über alle Vorschläge obliegt dem demokratischen Souverän.“

Zu den genannten 20 Schlüsselelementen gehören u. a. die folgenden vier, deren Kenntnis für das Planspiel von besonderer Bedeutung ist:

- Die Gemeinwohl-Ökonomie beruht auf denselben Grundwerten, die unsere Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen.
- Der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft wird umgepolt von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation.
- Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger an den Mitteln des Wirtschaftens gemessen (Geld, Kapital, Finanzgewinn), sondern an den Zielen (Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität, Gemeinwohl). Auf der Makroebene (Volkswirtschaft) wird das BIP als Erfolgsindikator vom Gemeinwohl-Produkt abgelöst, auf der Mikroebene (Unternehmen) die Finanzbilanz von der Gemeinwohl-Bilanz. Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer Unternehmen agieren und sich organisieren, desto bessere Bilanzergebnisse erreichen sie. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse der Unternehmen in einer Volkswirtschaft sind, desto größer ist das Gemeinwohl-Produkt.
- Die Unternehmen mit guten Gemeinwohl-Bilanzen erhalten rechtliche Vorteile: niedrigere Steuern, geringere Zölle, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen

Foto: Christian Felber

Was kann denn so ein „Wirtschaftskonvent“?

Einkauf und bei Forschungsprogrammen et cetera. Der Markteintritt wird dadurch für verantwortungsvolle Akteur_innen erleichtert; und ethische, ökologische und regionale Produkte und Dienstleistungen werden billiger als unethische, unökologische und globale.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist weder das beste aller Wirtschaftsmodelle noch das Ende der Geschichte, nur ein nächster möglicher Schritt in die Zukunft. Sie ist ein partizipativer und entwicklungsoffener Prozess und sucht Synergien mit ähnlichen Ansätzen“

Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung wurde von Christian Felber initiiert. Er gestaltet das Konzept nach wie vor mit und gehört zu denen, die es sehr engagiert auf verschiedenen Veranstaltungen weltweit vertreten.

Inzwischen unterstützen das Konzept

8128	Unterstützer_innen
6064	Privatpersonen
1769	Unternehmen
227	Vereine
6	Gemeinden/Regionen
62	Politiker_innen

Zu den Unternehmen, die das Konzept umsetzen, gehören u. a. der Outdoor-Ausrüster VAUDE Sports GmbH & Co. KG sowie die Sparda Bank München. Als Beispiele können deren Gemeinwohl-Berichte und die auditierten Gemeinwohlbilanzen eingesehen werden.

Seit dem 1.März 2015 gibt es ein Forschungsprojekt an der Europa-Universität Flensburg zur wissenschaftlichen Bewertung des Konzepts. Es soll untersucht werden, welches Potenzial die GWÖ für einen sozial-ökologischen Wandel hat. Das Forschungsvorhaben wird in Kooperation mit Prof. Dr. Ludger Heidbrink, Professor für Praktische Philosophie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Sozial-ökologischen Forschung (SÖF) zum Themenschwerpunkt „Nachhaltiges Wirtschaften“ mit etwa 550 000 Euro gefördert.

Ein Planspiel hilft umdenken

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II lernen in einem Planspiel dieses alternative Wirtschaftskonzept spielerisch kennen. Voraussetzung ist - je nach Schulart und wirtschaftlichem Grundwissen - eine Einführung in das gegenwärtige Wirtschaftssystem und in das Konzept der Gemeinwohlökonomie nach Christian Felber.

Das Planspiel kann gut an einem Projekttag oder in einer Projektwoche durchgeführt werden (etwa 6-8 Stunden).

Beschreibung des Planspiels:

Im Planspiel wird fiktiv eine Gemeinde „Wohlstedt“ angenommen, in der die Bürgerinnen und Bürger über die Einführung der Gemeinwohlökonomie auf der Gemeindeebene entscheiden können. Nach der fiktiven Grundsatzentscheidung setzen sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem Konzept und seinen Auswirkungen auseinander und bereiten einen Wirtschaftskonvent vor, der dann am Ende des Planspiels auch durchgeführt wird.

Vorbereitung und Durchführung des Wirtschaftskonvents bilden den Kern des Planspiels.

Es werden Gruppen gebildet, deren Mitglieder bestimmte Rollen zugewiesen bekommen. Sie vertreten praktisch die Zivilgesellschaft. Es gibt Unternehmer- und Arbeitnehmergruppen, einen Stammtisch, eine Pressegruppe und eine Kirchengruppe. Die vorbereiteten Rollenkarten beschreiben die Personen kurz und skizzieren die Position, die die Spielerinnen und Spieler einnehmen. Innerhalb der Gruppen erfolgt eine Auseinandersetzung über die Positionen zur Gemeinwohlökonomie.

Ergebnisse sind

- eine Liste mit Argumentationen (pro und/oder kontra)
- und gegebenenfalls Vorschläge, wie die Unternehmen, die sich an dem Konzept der Gemeinwohlökonomie nach Christian Felber beteiligen, gefördert werden können.

Im Wirtschaftskonvent werden

- die Argumente durch Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen vorgestellt
- die Vorschläge zur Förderung der Unternehmen durch die Methode des systemischen Konsensierens abgestimmt und in diesem Zusammenhang auch gegebenenfalls kontrovers diskutiert.

Das Planspiel wurde so ausgearbeitet, dass es unmittelbar eingesetzt werden kann. Wie oben erwähnt ist aber eine inhaltliche Beschäftigung mit dem Kern des Konzeptes der Gemeinwohlökonomie nach Christian Felber notwendig.

Pädagogische Absicht des Planspiels ist das Denken in Alternativen, das Üben kontroverser Diskussionen, das Hineindenken in die Position anderer, das kritische Hinterfragen der Wirtschaftsordnung und das Erproben zivilgesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten.

CHRISTIAN FELBER

Quellen zur Vorbereitung:

- Christian Felber: Gemeinwohl-Ökonomie, Wien 2012 (besonders S. 35-68).
- GEMEINWOHL-ÖKONOMIE (Kernkonzept/Christian Felber): http//hamburg.gwoe.net
- www.gemeinwohl-oekonomie.org

Hamburger-Schülerkonzerte.de

Dreitausenddreihundertundsechs

Das ist die Zahl der Besucher, die „Peter und der Wolf“ am 30.3., 31.3. und 1.4.2016 in der Nikolaikirche am Kosterstern hören und sehen wollten, gespielt von der Hamburger Camerata und dem Kinderstreichorchester „Saitenspiel“ unter der Leitung von Marianne Petersen, dirigiert von Andreas Peer Kähler, erzählt von Wolfhagen Sobirey und organisiert von Hannelore Kalwies

Das ist (Welt-)Rekord!

- Noch nie hatten wir so viele Hörer_innen,
- noch nie war die Nikolaikirche so voll mit erwartungsvoll gespannten Schüler_innen,
- noch nie ist mir zu Ohren gekommen, dass ein Kinderkonzert irgendwo auf der Welt so einen Zuspruch hatte. Oder kann mich da jemand eines besseren belehren?

Und dabei hatte weder das Hamburger Abendblatt, noch das Hamburg Journal auf die ihnen zweimal gegebenen Hinweise reagiert und von diesem spektakulären Ereignis berichtet. Stattdessen erfahre ich in diesen Medien von Cafés, die seit neuestem veganen Kuchen anbieten oder von kommerziellen Ausstellungen, von Straßenfesten und Outlets, von aufstrebenden Jungunternehmen und neuen Blumenzüchtungen.

- Ist musikalisch-kulturelle Bildung nicht wert, dass sie in den Hamburger Medien erwähnt wird?
- Ist nachhaltiger Musikunterricht mit einem wunderbaren Konzert als Höhepunkt nicht wichtig?
- Soll das zukünftige Konzertpublikum einfach so aus dem städtischen Milieu erwachsen, ohne Anleitung, ohne Vorbilder?

Der Erste Bürgermeister schlug vor einiger Zeit vor, dass jede_r Hamburger Schüler_in einmal während der Schulzeit in die Elbphilharmonie gehen solle. Das bringt Publikum. Sicher. Ist das nun die unfehlbare Methode, zahlendes Konzertpublikum für die Zukunft zu generieren? Lieber Herr Scholz – bestimmt nicht! Es gehört mehr dazu, um kulturelle Bildung zu vermitteln, Liebe zur Musik zu wecken und Konzerterlebnisse als etwas anzusehen, das zum Leben einfach dazugehört. Kulturelle Bildung im Bereich Musik beginnt im Kindergarten (wenn sie nicht schon im Elternhaus geschieht) mit musikalisch geschulten Erzieher_innen, wird in der Grundschule weitergeführt mit Musik-Fachunterricht und ersten Konzertbesuchen; in der Mittel- und Oberstufe kann darauf aufgebaut werden und dann ist ein Konzert in der Elbphilharmonie ein ganz besonderer Höhepunkt, der durchaus dazu führen kann, dass sich junge Menschen angeregt fühlen, öfter Konzerte zu besuchen. Dazu gehört aber auch, dass die Angebote finanziell zu bewältigen sind und die Auswahl des Abend-Programms nicht zu einer negativen Konditionierung führt.

Die Hamburger Camerata bietet seit Jahren mit unterschiedlichen Dirigenten und Moderatoren äußerst kostengünstige Konzerte für Kinder an, die deren Aufnahmekapazität nicht überfordern und dennoch immer Musik auf hohem Niveau anbieten. Der Musikausschuss der GEW arbeitet eng mit Musiker_innen und Textern zusammen,

damit ein kindgerechtes, aber dennoch anspruchsvolles Programm entsteht. Denn wir wollen unbedingt vermeiden, dass Kinderkonzerte zu Spaß-Events verkommen, deren momentane Wirkung vielleicht Juchzen hervorruft, die dann aber schnell vergessen werden. In einem Abonnementskonzert eines Orchesters wird auf der Bühne kaum ein Clown auftauchen, werden Texte sicher nicht mit Quietschstimme vorgetragen, werden die Zuschauer_innen nicht aufgefordert, in ihren Sitzen zu hopsen – und ist es dann langweilig? Nein, bestimmt nicht, wenn man denn konzentriert zuhören kann! Und das lernt man eben in der Kindheit. Das wollen die Schülerkonzerte des Musikausschusses erreichen, dass Kinder vorbereitet ins Konzert kommen, die Musik mit Spannung verfolgen, interessiert und konzentriert zuhören und erfüllt nach Hause – oder zurück in die Schule – gehen.

Wenn man die Lerngruppen beobachtet, die die Nikolaikirche füllen, kann man schnell erkennen, welche Kinder auf die Musik, auf das Konzerterlebnis, auf beides oder auf nichts vorbereitet wurden. Die doppelt vorbereiteten Schüler_innen hatten den doppelten Genuss! Sie konzentrierten sich nach vorn, verfolgten die Geschichte und die Musik, reagierten positiv, wenn sie etwas wieder erkannten und hatten kaum jemals das Bedürfnis, mitten im Geschehen die Toilette aufsuchen zu müssen.

Ich kann jeder Kollegin, jedem Kollegen nur empfehlen, sich die Zeit zu nehmen, die Kinder auf Konzerte gut vorzubereiten. Es haben dann alle mehr davon! Die Klasse lernt ja nicht nur neue Musik und/oder eine neue Geschichte kennen, sie lernt auch, dass besondere Ereignisse besondere Verhaltensweisen erfordern, dass man eigene kurzfristige Bedürfnisse zurückstellen kann, ohne zu leiden und dass das gemeinsame Erlebnis viel Freude bereitet, die lange anhält.

In diesem Sinne planen wir für das nächste Jahr während der Faschingszeit Konzerte im Miralles-Saal der Staatlichen Jugendmusikschule: Karneval der Tiere von Camille Saint-Saens

Wir freuen uns auf viele Besucher und leuchtende Kinderaugen!

Am Schluss möchte ich noch einmal der Leitung der Nikolaikirche am Klosterstern und ihren Mitarbeitern danken für hilfreiche Unterstützung bei der Durchführung der Veranstaltungen. Es ist wunderbar, wenn Verständnis und Tatkraft zusammen spielen!

Danke!

HANNELORE KALWIES
Beauftragte für den Musikausschuss der GEW

Foto: Hannelore Kalwies

Diese bunte Musiktruppe zog 3306 Zuhöher_innen in ihren Bann

„Neue deutsche Flüchtlingspolitik“

Trotz Willkommenskultur bleiben Zuwander_innen ungebetene Gäste

F. Huisken, emeritierter Hochschullehrer der Uni Bremen, hat sich mit der Neudefinition deutscher Flüchtlingspolitik befasst.

Betreff: „Neue deutsche Flüchtlingspolitik“

F. Huisken, emeritierter Hochschullehrer der Uni Bremen, hat sich mit der Neudefinition deutscher Flüchtlingspolitik befasst.

Beginnend mit ***„Deutschland, ein Flüchtlingsparadies!“*** kritisiert er, das mit zweierlei Maß von „*berechtigten und unberechtigten Schutzsuchenden*“ gemessen wird. Abgewiesen werden kategorisch Menschen, offiziell „Wirtschaftsflüchtlinge“, die vor Hunger und Not fliehen. Er widerlegt die Mär von paradiesischen Zuständen; ihre „*längerfristige Unterbringung in Massenlagern mit Minimalversorgung, unzureichender medizinischer Hilfe und mangelhaften Hygienebedingungen*“ weist auf `ungebetene´ Gäste hin.

Bei den *„Fluchtursachen“* geht er den nun leisen Tönen nach, dass an der `Flüchtlingskrise´ „*der Westen nicht ganz unschuldig sei*“. Der globale Kapitalismus aus den Metropolen verursacht an der Peripherie millionenfach Hungerleider und absolut Mittellose. Nur ein kleiner Teil von denen ist in der Lage, überhaupt zu fliehen. Daran leistet die Politik gewissermaßen Selbstkritik, die jedoch keine Abkehr von bisheriger Außenpolitik ist: weg von ökonomischer Benutzung und politischer Herrichtung dieser Staaten für ihre Zwecke. Vielmehr wird ihre Zuständigkeit für die Folgen des Elends des globalen Kapitalismus festgezurrt. Beispielhaft benennt er die Fluchtursachen in *Syrien*, *Somalia*, dem *Horn von Afrika* und dem *Westbalkan*. Letzteres ein Gebiet – nur einige Autostunden von hier entfernt – mit den Staaten Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, in denen nach der Zerlegung Jugoslawiens unter tätiger Mithilfe der NATO und der EU-Führungsmächte ein *„blutiges Staatsgründungsprojekt“* vollzogen wurde. Die Arbeiterselbstverwaltung Titos mit der unglücklich geplanten Versorgung, Hunger war unbekannt, war passé. Das ehrgeizige EU-Großprojekt – an den Flüchtlingen droht die Einigkeit zu bröckeln – hat sich einen Hinterhof geschaffen, in dem die Arbeiter der Kombinate zahllos arbeitslos wurden. Als Folge machten sie sich in Trecks – bis Deutschland diese Länder zu *„sicheren Herkunftsstaaten“* erklärte – auf ins `gelobte Land´. In diesen Ländern, die in der EU sind oder hinein wollen, herrscht nun Pressefreiheit, Not ist Normalität.

Zum *„Grundrecht auf Asyl“* gibt er provokante Denkanstöße. Huisken weist am Beispiel des `Ost-West-Gegensatzes´ – Erzfeind Sowjetunion – den politischen Charakter des Asylrechts nach. Aktuell mache sich Deutschland zur Schutzmacht für Flüchtlinge. Asylsuchende werden zum Mittel, Kritik am Herkunftsstaat zu leisten. Einflussnahme und Hineinregieren bis hin zur Absetzung des Herrschaftspersonals gehören dazu. Demokratischer Kapitalismus als Wert schlechthin, an dem kein Land vorbeikommt. Wer sich weigert, bekommt die Feindschaft des Westens zu spüren: Handelsverbote zielen auf Hungeraufstände; „leading from behind“; „regime Change“, Anwerbung von Söldnertrupps.

Im *„Schengengrenzregime“* spricht er das „Milliardengeschäft“ der Schleuserbanden an, die es locker mit der *Mafia* und den *Drogenkartellen* aufnehmen können. Politik und Öffentlichkeit verklären die Schlepper zu Fluchtursachen. Im Unterschied zu heute hießen die Schleuser in Zeiten des kalten Krieges gegen den „Unrechtsstaat“ DDR *Fluchthelfer*. Die *„Schengenregelung“* hat innerhalb der EU zum freien Verkehr von Waren, Kapital, Kredit und Arbeitskräften auf Grundlage nationaler Konkurrenz untereinander gesorgt. Die Konkurrenz produziert Gewinner- und Verliernationen, für Griechenland, Spanien, Portugal mit den brutalen Folgen von Verarmung und Verelendung großer Teile der Bevölkerung.

Beim Ruf *„Wir schaffen das!“* wird der fordernde, optimistische Anspruch hinterfragt. Das nationale „Wir“ zielt auf Zusammenschluss von Führung und Geführten. Von den Notlagen,

Schäden und Gegensätzen wird abstrahiert, die nicht nur dem Prekariat und „Bildungsfernen“ einen dauerhaften Lebenskampf bescheren.

In *„Deutsche Flüchtlingspolitik als imperialistische Offensive“*, dem Kern seines Buches, kennzeichnet er Flucht „*als eine nie völlig zu eliminierende Begleiterscheinung des Wirkens der Weltmächte in der `globalisierten Welt´*“. Gegen „*unsichere Staaten, Schurkenstaaten, Terrorregimes, failed states*“ gehen die Führungsmächte diplomatisch erpresserisch, bei fortdauernder Unbotmäßigkeit militärisch vor. Dass die Kanzlerin Mitleid mit den Flüchtlingen empfindet, sei nicht zu bestreiten. Dem Kurswechsel liegt die Unzufriedenheit der Politik zugrunde, die sich aus dem „*nationalen Selbstbewusstsein*“ speist, die neben der Rolle als Führungsmacht in Europa nach mehr Teilnahme in der Weltpolitik strebt. In Sachen Flüchtlingspolitik bietet sie sich als Moderator und Initiator an, will richtungsweisend in der EU sein und darüber hinaus Vorgaben machen.

Die *„Integration der `Neubürger´ und neue Nationalerziehung für `Altbürger´“* schreibt von der „Jahrhundertaufgabe“ (Steinmeier) der Politik, die eine Million und mehr Geflüchtete in ihre „*nationale Konkurrenzgesellschaft“* einbauen will. Gestreift wird die Spaltung im Regierungslager durch die Seehofer-Forderung nach einer „Obergrenze“. Der sieht in der AfD und ihren Wahlerfolgen einen lästigen Konkurrenten. Er befürchtet, dass das Nationalgefühl der Mehrheit (60 Prozent für „Obergrenze“) beeinträchtigt wird, sich eine Spaltung im deutschen Volk vollziehe, die den sozialen Frieden gefährde. Jovialer der Präsident: „Begrenzung hilft Akzeptanz zu erhalten“. Der neue Erziehungsauftrag ans Volk heißt, das alte *Nationalbewusstsein* mit der Parole „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, ist

Der neue Erziehungsauftrag ans Volk heißt: „Rendezvous mit der Globalisierung“ (Merkel)

durch ein neues für die *“globalisierte Welt*“ passendes Leitmotiv zu ersetzen, nämlich, dass Zuwanderung ein „Rendezvous mit der Globalisierung“ (Merkel) sei. Sie bewertet die Folgen der herrschenden Weltordnung mit vielen Kriegen neu. Stabilität – ihr Wunsch, um den `friedlichen´ Geschäftsgang zu gewährleisten, Krieg als `ultima ratio´. Ihr Ziel: Flüchtlingsströme eindämmen, Elendsgestalten aus der EU fernhalten, `heimatnahe´ Lagerunterbringung mit dem Quantum Essen, um Flucht zu unterbinden. Schulbau in den Lagern für die Kinder, um zu glauben, Ausbildung sei der Garant für Einkommen. Für dieses Aufgabenpaket sei weltweit mehr Geld zu akquirieren.

In der *„Zwischenbilanz´ nach Köln“* ist die Rede von den Flüchtlingen aus dem Maghreb, „*die deutsche Frauen als Freiwild betrachten*“ und Diebstahl als ihr Mittel ansehen. Die Gebräuche der Armen sind so hässlich wie die Armut selber! Leben in sozialen Brennpunkten, die „*Trostlosigkeit des Lagerlebens*“, die Illegalität ufern aus in solch scheele Handlungen des „Lumpenproletariats“ (Marx), das Produkt imperialer Politik. Nach der Verschärfung des Asylrechts zu Jahresbeginn folgt der „*Null Toleranz*“-Kurs mit den Schnellabschiebeverfahren für nicht-deutsche Straftäter_innen.

Wenn die `Anständigen´ das Asylverfahren durchlaufen haben und das `Glück´ haben, Aufenthalt zu kriegen, sehen ihre Perspektiven nicht rosig aus, das Gros geht zum Sozialamt und der Rest wird „*als billige Arbeitskraft*“ integriert.

Erhellend die Diskurse *„Überleben auf der Flucht als Qualifikationsnachweis“* – Kritik am Arbeitgeberpräsidenten – und *„Werterziehung, das A & O der Integration“* – nehmen z.B. den „*Glaubensartikel*“ der Muslime, „*Frauen als private Schutzobjekte“* zu behandeln, aufs Korn.

Die Abhandlung liefert eine Menge Argumente, sich dem Thema gesellschaftskritisch und sozioökonomisch zu nähern. Fragen, Einwände, Kritik beantwortet der Autor unter info@fhuisken.de .

F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK, GEW'ler

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Stefan Gierlich, Manni Heede, Wolfgang Svensson, Stephan Willers-Inselmann

Redaktionsassistent: Peter Weissenburger

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz

Rückseite: hlz

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: ALBERS DESIGN, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: Inke Hirsch, VerlagsvertretungHirsch@web.de, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 7-8/2016: 15.6.2016

TAG DER BEFREIUNG

Lebendiges Gedenken

Die Zahl der Zeitzeugen nimmt ab – Enkel_innen setzen dem Vergessen und Verharmlosen etwas entgegen

Kriegsende und Befreiung von Lagerhäftlingen und Zwangsarbeiter_innen. Nach 71 Jahren wird es schwieriger, noch Zeitzeugen zur Gedenkveranstaltung am 3. Mai nach Neuengamme einzuladen. Umso wichtiger wird die wache Anteilnahme der Enkel- und Urenkel_innen von damaligen Opfern und Tätern. Aus Belarus. Belgien, Dänemark, Frankreich, Israel, den Niederlanden, Österreich, Polen, Schweden, Tschechien und der Ukraine waren sie angereist, legten Kränze am ehemaligen Arrestbunker nieder, in dem Hunderte erhängt, 448 sowjetische Kriegsgefangene mit Zyklon B erstickt wurden, und gedachten der 42 000 Toten des KZ-Neuengamme.

Wie notwendig dieses Gedenken über die Generationengrenzen hinweg bleibt, demonstriert die AFD, die gerne von der Überbewertung von 12 Jahren deutscher Geschichte faselt, oder die Waffentechnikfirma C.Walther GmbH, die in ihrer Internetpräsentation davon sprach, dass sie mit mehr als 2500 Beschäftigten in den Jahren 1943-45 „im Zenit des Erfolges“ stand.

So geht die Firma mir ihrer Vergangenheit um: 1943 produzierte sie mit 1000 Häftlingen im KZ-Neuengamme Gewehre für den verbrecherischen Krieg NS-Deutschlands. In der zweibändigen Schrift zum 125-jährigen Bestehen unter dem Titel „Walther. Eine deutsche Erfolgsgeschichte“ steht davon kein Wort. Unter der Überschrift „Die braune Epoche und ihre dunklen Zeiten“ bemerkt sie statt dessen: „Die Betreuung und Verpflegung der Ausländer(...) war bei Wal-

Fotos: Stefan Gierlich

Respekt vor den Opfern am Ort der zügellosen NS-Gewalt: Grundmauern des Arrestbunkers

Zusammenhalten. So gelang das Überleben und der Aufbau der „Amicale“, die Organisation der Überlebenden und ihrer Angehörigen

ther vorbildlich.“

Wie gerade auch junge Menschen heute Grenzen übergreifend gegen diese Art der Erinnerungspflege aktiv werden können, zeigen die Jugendprojekte, die die Gedenkstätte Neuengamme unterstützt.

STEFAN GIERLICH

Die Generation der Enkel_innen stellt sich der Verantwortung

„Ich lebe noch und habe die Hoffnung, ein paar Jahre auf dieser doch wunderschönen, wenn auch furchtbar verqueren Welt zu leben. “(Roman Kamieniecki, Polen)

Studienfahrt in die Gedenkstätte Esterwegen – 17./18. September 2016

Der Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuengamme organisiert in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis kirchliche Gedenkstättenarbeit an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im September 2016 eine Fahrt in die Gedenkstätte der „Emslandlager“. Diese war eine Gruppe von Konzentrations-, Straf- und Kriegsgefangenenlagern im Landkreis Emsland, die bereits 1933 errichtet wurden. Die Studienfahrt beinhaltet u.a. den Besuch der Gedenkstätte Esterwegen, Informationen zur Geschichte der Emslandlager und zur Topographie des Lagers Esterwegen, Einführungen in die Haupt- und Nebenausstellungen der Gedenkstätte, einen Besuch des Gedenkortes für das Lager Börgermoor, Gespräche über die aktuelle Arbeit der Gedenkstätte und Gelegenheit zum individuellen Besuch des Geländes und der Ausstellungen.

Kosten inkl. Fahrt, Unterkunft und Verpflegung: 109 € pro Person im Doppelzimmer, 126 € im Einzelzimmer.Teilnehmende in der Ausbildung bezahlen 55 €.

Anmeldung und weitere Auskünfte bis 15.6. 16 schriftlich bei Bernhard Esser, Walter Frahm Stieg 24, 22041 Hamburg, mail: abcd.esser@t-online.de , Tel.: 040 6564559. Dort bitte auch die Kontoverbindung erfragen.

Ein Bericht über die Gedenkstättenfahrt 2015 in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, an der einige Studierende der GEW Hamburg teilnahmen, findet sich in der HLZ Januar/ Februar 2016.

Das HLZ-Rätsel

70? KEINE PANIK!

Gerade heute ist sein Beitrag für den Frieden, gegen Rechts und für die *Bunte Republik Deutschland* vonnöten: Wir wünschen Udo Lindenberg, dass er weiter den richtigen Ton findet! Auch über den Großraum Hamburg hat der Sänger mehrfach profunde Kenntnisse gezeigt.

CC0 Public Domain

Welche Orte tauchen in Udos Liedern auf?

a) Buxtehude b) Lüneburg c) Pinneberg
d) Quickborn e) Winsen

Einsendungen bitte unter Angabe der Postanschrift bis zum 14.6.2016 an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de*.
Als Gewinn winkt ein DVD/CD-Set *Mit Udo Lindenberg auf Tour - Deutschland im März 2012*.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

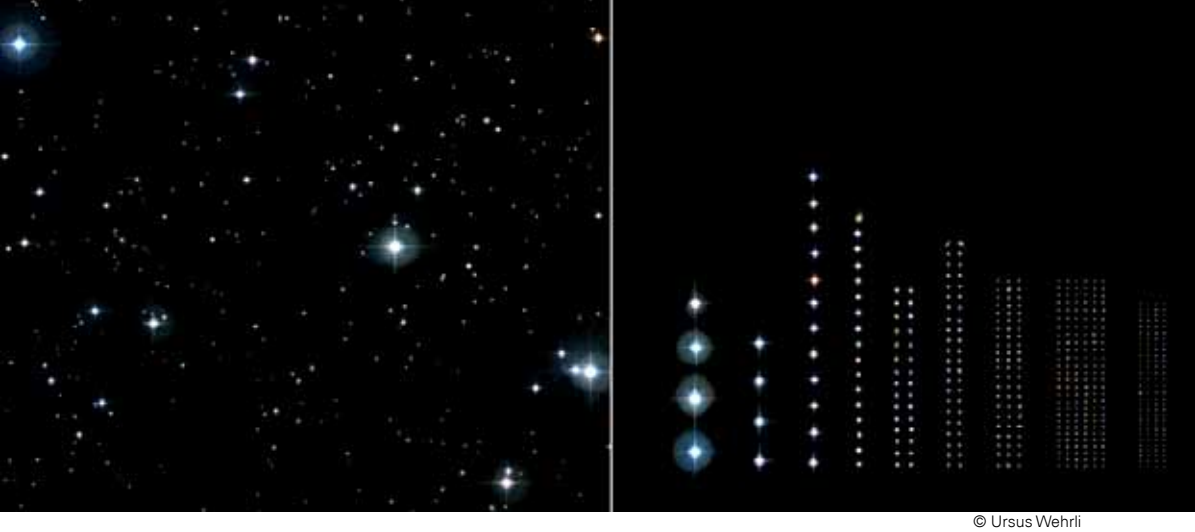
Des letzten Rätsels Lösung...

Public Domain/Wikimedia Commons

Weiter erstklassig: HSV und Werder

… sind Werder Bremen und HSV. Diese Nordklubs spielen auch in der nächsten Saison in der Fußball-Bundesliga. Gewonnen haben diesmal Susanne Fincken und Hajo Luuk. Sie erhalten je zwei Eintrittskarten für Matthias Richling im St. Pauli-Theater.
Viel Spaß!

MH/MK



© Ursus Wehrli

Aus der Kunsthalle

Immer wenn es mich mal in die ‚Galerie der Gegenwart' verschlägt, komme ich verwirrt heraus, weil ich zu vielen Werken keinen Zugang habe. Die Neugierde bleibt aber und – so die Erfahrung: es gibt immer wieder Überraschungen, die allerdings meist von einem Guide angestoßen werden müssen, sei es einem mit Haut und Haaren oder auch nur per Konserve auf dem elektronischen Gerät.

Bei den Werken, die wir für unser Titelthema ausgewählt haben, war das anders. Irgendwann hatte ich diese Bilder, die neu geordnet wurden, gesehen. Da war es mir durch den Kopf geschossen, dass dies eigentlich unser Thema genau trifft. Ich hatte zwar keine Ahnung, wer sich das ausgedacht hatte, aber mit ein paar Mausklicks ist heutzutage sowas ja schnell zu finden. So hatte ich den Namen des Künstlers, der, wie ich erfuhr, sehr vielseitig – unter anderem als Kabarettist – unterwegs ist, denn auch schnell gefunden. Na, wenn der so drauf ist, dachte ich, haben wir vielleicht eine Chance, die Abdruckrechte zu bekommen. Ich hatte mich nicht getäuscht: Nachdem die von mir angeschriebenen Verlage und Agenturen wohl meine Mail weitergeleitet hatten, kam vom Künstler himself, Ursus Wehrli, die Nachfrage: „Wofür bitte?" Das hab' ich ihm dann ausführlich beschrieben und ihm gleich die letzte Ausgabe der *hlz* elektronisch angefügt. Daraufhin kam unmittelbar die Zusage, dass wir zwei seiner Werke verwenden dürften!

Schule ohne Selektion – was passt besser, als in dem unendlich chaotischen System des Kosmos eine Parallele zu der Vielfalt der menschlichen Wesen zu sehen

Vielleicht hat ja auch eine Rolle gespielt, dass die Schweizer das gleiche diskriminierende mehrgliedrige Schulsystem haben wie wir. Sei's drum. Wir können auf diese Weise wunderbar unterstreichen, was wir meinen, wenn wir eine Schule fordern, die ohne Selektion auskommt. Und was passt besser, als in dem unendlich chaotischen System des Kosmos eine Parallele zu der Vielfalt der menschlichen Wesen zu sehen. *Kunst aufräumen* so hieß zu Beginn Wehrlis Projekt. Aber mittlerweile ist er eben dazu übergegangen, die Welt zu ordnen!

In einem Interview hat er einmal geäußert, dass er selbst über den Erfolg seiner Idee überrascht gewesen sei. Heute werden seine Werke international ausgestellt, die Bücher erreichen Auflagen im fünfstelligen Bereich! Das, was vielleicht einmal mit einem ironischen Unterton, ja eigentlich als grotesker Fingerzeig gemeint, in die Welt gesetzt worden war, ist jetzt das geworden, von dem Leute meinen, dass es Kunst sei. Ich find' das auch: wenn nämlich schlaglichtartig klar wird, dass das Ganze mehr ist als die Summe der Teile – und das trifft eben auch auf das soziale Gebilde Schule zu. Aber nur um dieser Erkenntnis willen wär's vielleicht noch keine Kunst, sondern eher Pädagogik. Das Eigentümliche ist eben, dass durch das bewusste – oft zweckfreie – Einwirken des Menschen auf einen Gegenstand etwas ganz Neues entsteht, das bei den Betrachtenden etwas auslöst, das sie aus ihrem Alltagsdenken herausreißt. Deswegen gehe ich eben manchmal in die ‚Galerie der Gegenwart'.

JOACHIM GEFFERS

+++ Lyrik und Saxophone ++++ Saxophone und Lyrik ++++ Lyrik und Saxophone +++

Schlar Affen Land

Das Duo LySax präsentiert

Rezitation und Saxophon zum Thema

Müßiggang

Gedichte und Geschichten über das glückliche Faulsein und den Müßiggang von W. Busch, H. Böll, G. Lessing, N. Lenau, E. Jandl, M. Kaleko, T. Brasch u.a. Das nutzlose, leistungsarme, kreative, spielerische Faultier in uns muss sich verstecken und tarnen - in Zeiten der Optimierung und Effizienz. Was fürchten unsere eigenen Antreiber? Welche Befreiung und Beglückung hinter der abstoßenden Drohung (pfui: Was soll aus dir werden?) kann erfolgen? Welche Kämpfe und Bewertungen dürfen wir aufgeben? Wir beschreiben die schönen, lustvollen Zustände und verbreiten Mut zum... eigenen Lassen, Überlassen.

Freitag, 10. Juni – 19 Uhr – Eintritt 8 € (Erm. möglich)

KLUB im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 62

Anmeldung unter post@wolfgang-rose.info - Imbiss und Getränke stehen bereit

VORVERKAUF ab sofort in der BÜCHERGILDE

kultur im gewerkschaftshaus

Verantwortlich: Wolfgang Rose, Kultur im Gewerkschaftshaus e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel. 0172 4344799

GEW TERMINE – MAI / JUNI 2016

Referat F	**Gruppe Gewerkschaftliche Bildung** Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto: rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule/Vorschule	16.06.2016, 17.00-20.00 Uhr, Raum A/C
FG Stadtteilschulen	31.05.2016, 18.00-21.00 Uhr, GBW
FG Berufliche Schulen	08.06.2016, 16.30-19.00 Uhr, GBW
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik und Inklusion	09.06.2016, 17.00-20.00 Uhr, Raum C
FG Hochschule u. Forschung	06.06.2016, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	14.06.2016, 16.30-19.00 Uhr, GBW
Ausschuss Bleiberecht	In der Geschäftsstelle nachfragen
Friedensforum	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruheständler	01.06.2016, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	02.06.2016, 17.00-18.30 Uhr, Raum C
AG Bildung gegen Kinderarbeit	14.06.2016, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	06.06.2016, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI), 18.30 Uhr, im von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 09
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine **gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.**

ANZEIGE

TRAVELXSITE

- Berlin - Stadtführungen
- Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus

Große Auswahl an Touren:
Mauertour, Regierungsviertel, Kreuzberg...

Tagestouren mit dem Rad
Kulinarische Stadtführungen

www.travelxsite.de
Telefon 030-21805214

ANZEIGE

KREISEL e.V.
... für das Leben mit Kindern

Institut für Weiterbildung
Ehrenbergstr. 25 22767 Hamburg-Altona
Tel. 040 - 38 61 23 71

So kann Inklusion gelingen!

Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie (1 Jahr berufsbegleitend)
Starttermine: 1. April, 23. September 2016 & Januar 2017

Weiterbildung Pädagogische Assistenz in Schule & Kita (10 Tage)
Starttermine: 20. April & September 2016

Informationen, Anmeldung & weitere Fachseminare unter www.kreiselhh.de

Nahe am Burnout?

LEHRER: SCHWERSTARBEITER IM KLASSENZIMMER

Individuelles Coaching und Supervisionsgruppen

In meiner Arbeit orientiere ich mich an den Ressourcen der Betroffenen. Das Auffinden von Hilfen und Schutzfaktoren für die gesundheitsförderliche Bewältigung der Anforderungen steht im Vordergrund.

Rainer Kudziela • rk@psychotherapie-kudziela.de • Tel. 040 - 827 336
Praxis für Psychotherapie • Emilienstraße 78 • HH-Eimsbüttel
www.psychotherapie-kudziela.de

Debeka Versichern und Bausparen

Chancenorientierte Privatrente

Garantie und Renditechancen

Innovative Produkte für Ihre Altersvorsorge.
Informieren Sie sich jetzt.

anders als andere

Landesgeschäftsstelle
Hamburg
Holzdamm 42
20099 Hamburg
Telefon (0 40) 24 82 18 - 0

Debeka

Schul-Organisation

Lehrerkalender

groß oder klein,
auch Tischkalender,
alle für das
Schuljahr.

Bei uns erhältlich!

www.schulorganisation.com

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

ENGLAND KLASSENFAHRTEN
mit Jürgen Matthes. Seit 1982 Zweigbüro in Eastbourne. **Sofort-Angebot online:**
www.klassenfahrten-matthes.de
25524 Itzehoe · Tel. 04821-680140

Großes Gelände, Pool, kleiner Niedrigseilgarten, Fußballwiese, Klavier, Smartboard, WLAN, Vollverpflegung
www.slh-hoisdorf.de

SCHULLANDHEIM HOISDORF

TimeTEX **So leben Lehrer/innen leichter**

Schulplaner 2016/2017

- verschiedene Ausführungen und Größen
- flexibler Tagesplaner,
- Schüler- und Notenlisten
- Ferientermine, Notizen, Jahres- u. Projektplaner etc.

ab **5,95 €**

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH
93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0
www.timetex.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Privatklinik für psychologische Medizin
Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

HOTLINE: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • **www.leisberg-klinik.de** • info@leisberg-klinik.de

Körperorientierte Psychotherapie
Traumatherapie
Musiktherapie

Freude am Leben
Selbstvertrauen
Zufriedenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HPG
Privatkasse und Beihilfe

www.andreasmerk.de
Tel.: 040/30093736

ANZEIGE

Debeka

Clever für den Ruhestand vorsorgen

Private Altersvorsorge ist unumgänglich – Die moderne Rentenversicherung geht neue Wege

Die Deutschen stecken in der Demografie-Falle: Sie werden immer weniger und immer älter. Ohne zusätzliche private Altersvorsorge wird sich der gewohnte Lebensstandard im Ruhestand nicht halten lassen. Wer jetzt angesichts des Niedrigzinsniveaus nichts tut, hat schon verloren. Eine vielseitige Variante ist die private Rentenversicherung. Sie kann je nach Gestaltung Sicherheit, Flexibilität und Rendite miteinander vereinen.

Stichwort Sicherheit
Bei Vertragsabschluss wird eine garantierte Rente vereinbart, die Planungssicherheit gewährleistet. Wichtig ist, dass die Rente aus dem angesparten Kapital fließt, solange man lebt. Für die gesamte Laufzeit wird eine Mindestverzinsung zugesichert. Für den Fall des vorzeitigen Todes oder einer Berufsunfähigkeit kann eine Absicherung eingeschlossen werden.

Stichwort Flexibilität
Viele moderne Rentenversicherungen lassen sich an veränderte Lebenslagen anpassen. So kann zum Beispiel der Todesfallschutz durch Nachversicherungsgarantien auch während der Laufzeit ohne Risikoprüfung ausgebaut werden, beispielsweise bei Heirat, Geburt eines Kindes oder Berufseintritt nach der Ausbildung. Eine Rentenversicherung kann auch in die Finanzierung einer Immobilie einbezogen werden. Zudem sind Kapitalentnahmen oder Sonderzahlungen möglich. Der Beginn der Privatrente kann kurzfristig an den der Pension angeglichen werden. Man hat die Wahl zwischen einer lebenslangen Rente und einer einmaligen Kapitalzahlung.

Stichwort Rendite
Neben einer garantierten Mindestverzinsung gibt es Überschüsse. Staatliche Zulagen und Steuerersparnisse, zum Beispiel bei Riester-, Rürup- und Betriebsrente, verbessern das Preis-Leistungs-Verhältnis zusätzlich. Einen weiteren Pluspunkt, gerade in der Niedrigzinsphase, bieten Unternehmen mit niedrigen Verwaltungskosten, z.B. die Debeka. Wer auf einen Teil der Sicherheit und Flexibilität verzichtet, kann sich als Antwort auf die Niedrigzinsphase für ein innovatives Produkt entscheiden, das die Vorteile einer soliden Rentenversicherung mit den hohen Renditechancen des europäischen Aktienmarkts verbindet. Bei dieser Variante werden die aufgrund einer geringeren Garantieverzinsung höheren Überschussanteile in einen Indexfonds investiert, der dem STOXX® Europe 600 folgt. Damit entstehen zusätzliche Chancen für eine höhere Verzinsung.

Nähere Informationen finden Interessierte zum Beispiel unter www.debeka.de/vt-rente.

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

PRAHA

Prag? Nur mit uns!
Vor Ort Service:
Wir sind immer für Sie da.

das tschechische team

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Berlin 4D
Ihre freundliche Berlin Tourismus Agentur
- **Klassenfahrten** (Freiplatzregelung nach Wunsch)
- **Stadtführungen**
- **Programm**

www.Berlin-4D.de

Tel. 030 7800 6669 Salzburger Str. 7
Fax 030 7870 8703 10825 Berlin

schnurstracks Kletterparks

Mit der Klasse in die Bäume!
Spaß, Bewegung, gemeinsam Hindernisse meistern!

Erlebnispädagogische Klassen-Trainings

Sonderkonditionen für Schulen
info@schnurstracks-kletterparks.de
Tel. 04104 - 907 15 11

Wir.Leben.Abenteuer.

schnurstracks Kletterpark Hamburg-Sachsenwald
www.schnurstracks-kletterparks.de

Hamburger Beamten– Feuer– und Einbruchskasse
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

Nach über 20 jähriger Beitragsstabilität jetzt sogar eine Beitragssenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer) pro 1.000 € Versicherungssumme

Wenn nicht jetzt? Wann dann?
Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer!

Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem Beitragssatz!

- ✓ Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- ✓ Aufräumkosten bis 100 % der VS* nach einem Schadenfall
- ✓ Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- ✓ Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS* (max. 500 €)
- ✓ Überspannungsschäden bis 10 % der VS*
- ✓ Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS* (max. 500 €)
- ✓ Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m² Wohnfläche
- ✓ Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS* (max.1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

*(Versicherungssumme)

Beispiel:
Bei einer Wohnfläche von 100 m² und einer Versicherungssumme von 70.000 € zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 70,00 € (inkl. Vers. Steuer) !

Kann Ihre Versicherung das auch?

Hamburger Beamten– Feuer– und Einbruchskasse
Sascha Suppe
Hermannstrasse 46
20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12
Fax: 040-28 05 96 06
E-Mail: info@hbfek.de
Web: www.hbfek.de

Hier könnte Ihre private oder gewerbliche Abzeige stehen!

VerlagsvertretungHirsch@web.de

Private Akutklinik für Psychologische Medizin

Mit Fachabteilung für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Infos unter Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • **www.schlossklinik.de** • info@schlossklinik.de

Deutsch lernen
für Ausländerkinder
perfekte Sprachausgabe

Hören-Sehen-Schreiben
Die besten Programme von
www.etverlag.de

HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit gegründet 1897

Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck für Angehörige aller pädagogischen Berufe

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) und das unverändert seit 1996.
Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:
Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Diebstahl aus Krankenzimmern, Diebstahl von Hausrat aus Kraftfahrzeugen, Hotelkosten bis zu 100 Tagen (jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag z. T. möglich).

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
info@h-l-f.de - www.h-l-f.de (mit Prämienrechner)

www.hoeffmann.de

Schule unterwegs.

Begegnung mit Papst Franziskus: Schulleiterin und Schülersprecher vom Liebfrauen-gymnasium Berlin

Liebes Lehrerkollegium!

Planen Sie eine Klassenfahrt? Feiert Ihre Schule ein Jubiläum oder gibt es sonst einen außergewöhnlichen Anlass? Wie wäre es in diesem Fall mit einer Schulfahrt für alle? Mit Schulen aus ganz Deutschland sind wir während des Jahres in ganz Europa unterwegs! Erkundigen Sie sich über uns. Im Internet finden Sie ein tolles Programmangebot!

Egal für welche Reise Sie sich entscheiden, wir sind der richtige Partner für Sie!

Ihr

Hans Höffmann

Begegnungen...

Betreuer Simon Scholz von Höffmann Reisen Vechta tauscht während der Generalaudienz einer Schulfahrt das Cappy (Pileolus) mit Papst Franziskus!!!

Abendimpuls in der Bucht von Santander

Pilgern auf dem Jakobsweg

„Schulfahrten sind Höhepunkte der schulischen Qualitäts-sicherung …"
Prof. Dr. Egon Spiegel im „Anzeiger für die Seelsorge."

Pisa / Toskana

Lichterprozession in Rom

London

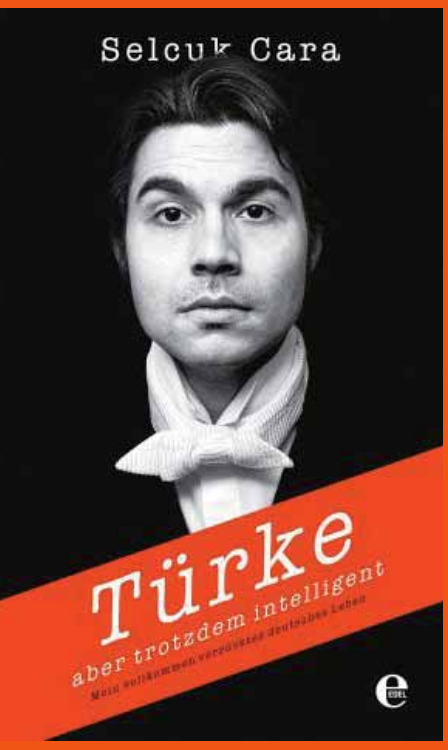
Athen

HÖFFMANN SCHULREISEN GmbH

Carpe diem.

Kamps Rieden 3-7 · 49377 Vechta/Germany
Tel. 04441/89200 · Fax 04441/83409
office@hoeffmann.de · **www.hoeffmann.de**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt



GEW-Salon

SELCUK CARA spricht, singt und liest!

Er ist ein Tausendsassa: Diplomierter Opern- und Konzertsänger, Dritter Schwarzer Gürtel in der koreanischen Kampfkunstart Kyeok-Too-Ki, preisgekrönter Regisseur und Autorenfilmer, Vize-Europameister im Jazzdance und Hessenmeister im Breakdance. Er ist aber auch: Deutschtürke, Gastarbeiterkind, Fremder im eigenen Land. In TÜRKE, ABER TROTZDEM INTELLIGENT erzählt Selcuk Cara seine unglaubliche Geschichte. Hineingeboren in eine deutsche Kleinstadt, die weit über ihre Grenzen hinaus als Hochburg und Zentrum der Neonazis bekannt war, macht er sich auf die Suche nach dem Ort, der die Menschenverachtung nicht kennt.
Er studiert Philosophie, Operngesang, Szenografie und Kommunikation mit Schwerpunkt Film. Er ist der erste türkischstämmige Opernsänger mit internationalen Engagements. Im Wagnerjahr 2013 sang er die Partie des Hagen in Richard Wagners „Götterdämmerung“ mit der NDR Radiophilharmonie, und auf dem Beethovenfest Bonn Ludwig van Beethovens „Neunte Sinfonie“ – die „Ode an die Freude“. Nach einem Bühnenunfall reüssiert er als Autorenfilmer. Bereits sein erster Film, das Holocaustdrama „Mein letztes Konzert“, erhielt zahlreiche internationale Preise und Auszeichnungen.
Caras Außenseiter-Blick ins Innere der deutschen Gesellschaft liefert einen wertvollen Beitrag zur aktuellen Integrationsdebatte und ist gleichzeitig ein gesellschaftspolitisches Zeitdokument voller Poesie, Authentizität und Skurrilität. Sein „deutsch-türkischer Bildungsroman“ liest sich spannend wie ein Krimi und amüsant wie eine Komödie, bei der dem Leser ein ums andere Mal das Lachen im Halse stecken bleibt.
Moderation Joachim Geffers (hlz)

Freitag, 8. Juli 2016, 20 Uhr

kostenlos für GEW-Mitglieder, 10 EUR für Nicht-Mitglieder

Hamburg, Curio-Haus,
Rothenbaumchaussee 15

hlz gba GEW